

Anhang 4

zu

„Die Bundestagswahl 2005“ von Tristan Abromeit / Juli 2005

-X

Texte und Text-Auszüge zu den Gliederungsziffern

4.6 Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Kapitalismus

4.7 Geldverfassung, das Bodenrecht, das Patentrecht und ...

Vorweg:

=====

Am Schluß des Anhanges 4 gebe ich das Inhaltsverzeichnis und das Verzeichnis der Dokumentationen zu meinem Text „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil vom 1. 5. 2001 wieder. Hier finden sich viele Auszüge zu den Themen Marktwirtschaft und freie Gesellschaftsordnung. Die Texte sind zugänglich unter der Nr. 19.1 auf dieser Internetseite. Auf doppelte Wiedergabe von Quellen habe ich nicht geachtet. Hier in diesem Anhang findet man das, was ich im Moment für meinen vorliegenden Text für wichtig erachte. Die „Agenda Niedersachsen 2001 / erster Teil“ vom Oktober 1999 habe ich noch nicht für die digitale Präsentation vorbereitet. In den weiteren Arbeiten von mir befinden sich weitere Hinweise und Quellen zu den obigen Themen.

Soweit ich die nachfolgenden Texte aus dem Internet habe, gehe ich davon aus, daß sich die Webseiten-Betreiber darüber freuen, daß ich ihre Botschaften weitertrage. Textausschnitte aus Büchern, die ins Internet gelangen, haben ja den Vorteil, daß sie auf Bücher aufmerksam machen, die schon fast vergessen sind. Diese Aktivitäten beleben das Geschäft der Antiquariate. Ich selber benutze die Fremdtex te nicht mit Gewinnabsichten. Die Kosten meiner Internetaktivitäten bleiben bei mir selbst hängen.

TA, August 2005

[Inhaltsverzeichnis nächste Seite >>>>>>](#)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Aus einer Einladung der Ev. Akademie Loccum, 1972	3
2. Auszug: Gliederungsziffer 4.4 / 4.4.1 und 4.4.2 Elimar Rosenbohm (Kybernetik) 1965 ...	7
3. Soziale Marktwirtschaft: Ludwig Erhard im <i>SPIEGEL</i> Nr. 37 vom 9.9. 1953	12
4. Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund von Ludwig Erhard, 1988	25
5. Franz Oppenheimer, Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages, von Erich Preiser	31
6. Franz Oppenheimer / Lebensdaten	42
7. Alfred Müller-Armack / Lebensdaten	43
8. Quellen der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft (die Gebrüder Lilienthal)	44
9. Marktwirtschaft (lt. Wikipedia)	46
10. liberaler Sozialismus (evolution Nr. 15 / 1977)	52
11. Geleitwort zu „Währung und Wirtschaft“, L. Erhard u.a., 1949	54
12. „Die natürliche Wirtschaftsordnung / Buchbesprechung	57
13. Die Indexwährung im Marshall-Plan 1948	60
14. Hinweis auf: Die neue Soziale Ordnung, 2. Denkschrift, 1948	68
15. Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, 1951	76
- Zitat aus der Begrüßung von Otto Lautenbach	77
- Zitat aus dem Vortrag von Otto Lautenbach	77
- WIRTSCHAFTSORDNUNG UND STAATSFORM / Alexander Rüstow	77
- THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT	90
16. Das Programm der Freiheit, 1952	
- Inhaltsangabe	92
- Begrüßung: Paul Diehl	93
- THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT (ASM) mit einem Kommentar von Ludwig Erhard	95
17. Zum Bodenrecht: siehe Text Nr. 22.1, 22.2 und 22.3 auf dieser Internetseite und www.sffo.de	
18. Das Patentrecht: siehe www.sffo.de : Gedanken zum Patentrecht Fragen der Freiheit des SFFO, Heft 253, Fritz Andres, Jurist, Vorstand sffo I/2000 // Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechtes, Fragen der Freiheit des SFFO, Heft 253, Prof. Dr. Fritz Machlup I/2000 // Zwei Nachbemerkenngen zum Gutachten von Fritz Machlup, Fragen der Freiheit des SFFO, Heft 253, Fritz Andres I/2000	
19. Inhaltsverzeichnis zu Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil mit Dokumentationen zum Thema Marktwirtschaft	99 - 109

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Zwischenbilanz eines ordnungspolitischen Experimentes

kritische Analyse — zukünftige Gestaltung

Tagung vom 6. bis 9. Oktober 1972

Leitung der Tagung: Dr. Bodo B. Gemper, P.S.S., Köln/Siegen

Der Grundstein für die „Soziale Marktwirtschaft“ wurde vor 25 Jahren gelegt, als im Jahre 1947 Alfred Müller-Armacks Veröffentlichung „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ erschien und Wilhelm Röpke sein Manuskript über „Die Ordnung der Wirtschaft“ verfaßte. Zwei Jahre später hat sich die erste Bundesregierung für diese Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Seitdem ist das Grundprinzip der bewußt sozial gesteuerten Marktwirtschaft Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Gegenwärtig wird der Vorwurf laut, daß auch die Soziale Marktwirtschaft die in sie gesetzten Erwartungen, zu einer Lösung der dringenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Probleme beizutragen, nicht erfülle.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt ein, eine Zwischenbilanz zu ziehen, das heißt,

- die Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft sachlich und kritisch zu analysieren,
- Wege und Methoden zu erkunden, wie diese Wirtschaftsordnung auf veränderte Verhältnisse ausgerichtet werden kann,
- neue Ansätze für die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Währungsordnung in einer freien und demokratischen Gesellschaft zu entwickeln und aus dem Rückblick der Erfahrungen mit der Wettbewerbswirtschaft,
- die Voraussetzungen zu definieren, die für die Realisierung dieser Ansätze angesichts der sich verändernden technischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten zu schaffen sind.

Ziel dieser Tagung ist es, die ordnungspolitische Diskussion voranzubringen und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu fördern.

Die wirtschaftspolitischen Erfahrungen anderer Länder, die sich bildende Staatengemeinschaft in Europa und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit innerhalb des atlantischen und des östlichen Raumes werden dabei auch im Blickfeld dieser Zwischenbilanz liegen.

Pastor Dr. Hans S t o r c k
Akademiedirektor

Dr. Bodo B. G e m p e r
Studienleiter

Die Referenten:

Begrüßung: Pastor Dr. Hans Storck, Akademiedirektor

Staatsverfassung, Wirtschaftsordnung und nationales Selbstverständnis

- Einführende Betrachtungen zur Tagung -

Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. Gemper, F.S.S., Gesamthochschule Siegen

Bilanz der ordnungspolitischen Experimente - 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack, Universität Köln

„Neue Wirtschaftspolitik“ - Fortsetzung der Sozialen Marktwirtschaft?

Prof. Dr. Egon Tuchtfeldt, Universität Bern

Market Economy in Japan and the USA - basic comparisons on alternatives of a free-enterprise economy -

Prof. Dr. Daniel Lloyd Spencer, Washington, D.O., USA

Planifikation nach französischem Vorbild als Grundlage für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der EWG?

Dr. Hans Gunnar Fleischmann, Institut „Finanzen u. Steuern“ e.V., Bonn

Die Währungsordnung in der Marktwirtschaft - international und national

Ministerialdirektor a. D. Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Präsident der Landesbank- Girozentrale, Frankfurt am Main

Morgenandacht

Pastor Dr. Hans Bolewski, Hannover

Die deutsche Finanzpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft - eine kritische Analyse

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark,

Universität Frankfurt am Main

Soziale Indikatoren - eine Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft

Dipl.-Volkswirt Ralf Zeppernick, Bonn

Verteilungspolitische Probleme der Marktwirtschaft

Rudolf H e n s c h e l, Vorstandssekretär,

Abt. Wirtschaftspolitik, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf

Wandlung oder Umbruch der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung?

Alt-Bundeskanzler Prof. Dr. Dr. h. c. mult.

Ludwig Erhard, Bonn

Gespräch im Kreise mit Prof. Ludwig Erhard

Marktwirtschaft und internationaler Kapitalverkehr

Dr. h. c. Hermann J. Abs, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG,

Frankfurt am Main

Die Notenbankpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

Dr. Leonhard Gleske, Präsident der Landeszentralbank Bremen

Wirtschaftslenkung durch Steuervergünstigungen?

Hermann Fredersdorf, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Steuerbeamten,
Präsident der Union der Finanzbeamten Europas, Düsseldorf

Währungspolitik im Spannungsfeld wirtschaftspolitischer Zielkonflikte

Prof. Dr. Otmar Issing, Universität Erlangen-Nürnberg

Morgenandacht

Pastor Dr. Hans Storck

Von der „Ökonomisierung der Finanzpolitik“ zur „Konzertierten Aktion“

Dr. et lic. rer. pol. Bodo B. Gemper, F.S.S., Gesamthochschule Siegen

Unternehmen und Unternehmensführung in der Sozialen Marktwirtschaft

Dr. Friedrich A. Neuman, Vorsitzender der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens, Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Düsseldorf

Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft

Ludwig Rosenberg, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969),
Düsseldorf

Gewerkschaften und demokratische Parteien in der Sozialen Marktwirtschaft

Dr. Ludwig Bußmann, Mitglied des Beraterstabes des Ministerpräsidenten des Landes
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Organisierte Interessen und Soziale Marktwirtschaft

Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln

Das Schicksal der Marktwirtschaft im separierten Teile Deutschlands (DDR)

Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze,
Mitglied des Forscherkreises des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung
Deutschlands, Berlin / Bonn

Der westliche Industriestaat in kommunistischer Sicht

Prof. Dr. Hans Lades, Universität Erlangen-Nürnberg

Soziale Marktwirtschaft als permanente Herausforderung

Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht,
Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bereich Wirtschaft, Bonn

Kann die Soziale Marktwirtschaft unsere dringenden gesellschafts- u. wirtschaftspolitischen
Probleme lösen?

Ein kontradiktorisches Gespräch mit

- Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

- Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze,

Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (1954-1968),
Köln/Düsseldorf

- Prof. Dr. Norbert Kloten, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Universität Tübingen v
- Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack, Universität Köln
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Fritz Neumark, Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Otto Pfeleiderer, Präsident a. D. der Landeszentralbank in Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ludwig Rosenberg, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1962-1969), Düsseldorf
- Ministerialdirektor Dr. Otto Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bereich Wirtschaft, Bonn
- Pastor Dr. Hans Storck, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum
- Prof. Dr. Christian Watrin, Universität Köln

Leitung: Dr. Bodo B. Gemper, Gesamthochschule Siegen

Morgenandacht

Chancen und Grenzen einvernehmlicher Regelungen in der Marktwirtschaft
Nationalrat Prof. Dr. Leo Schürmann, Ölten (Schweiz)

Soziale Marktwirtschaft als staatliche Veranstaltung?
Prof. Dr. Erich Hoppmann, Universität Freiburg i. Br.

Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Aspekte des Wirtschaftsinterventionismus
in der Sozialen Marktwirtschaft
Prof. Dr. Karl Heinrich Friauf, Universität Köln

Diskussion

Wirtschaftsordnung und Grundgesetz
Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Karlsruhe

Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft
- Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung
Wolfgang Frickhöffer, Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft
Soziale Marktwirtschaft, Heidelberg

2. Auszug: Gliederungsziffer 4.4 / 4.4.1 und 4.4.2 Elimar Rosenbohm
(Kybernetische Planwirtschaft oder Marktwirtschaft)

elimar rosenbohm

DIE
KYBERNETISCHE
AUTOMATISIERUNG

voraussetzungen
anwendung
wirtschaftliche und soziologische auswirkungen

DK 338.92:007 / August 1965

mtg STUDIEN FÜR SOZIALÖKONOMIE
(heute: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE)

4.4 Kybernetische Planwirtschaft?

Es ist erschreckend festzustellen, daß so viele Abhandlungen über die Automation zu dem Ergebnis kommen, jetzt muß und kann richtig geplant werden und zwar allerhöchsten Ortes. Bei der gesamtwirtschaftlichen Planung geht es ohnehin hauptsächlich um die Daten- und Informationsverarbeitung, die ja durch die Kybernetik, durch die Input-Output-Technik und durch die Computer zu einer ungeahnten Perfektion gebracht werden kann.

Trotzdem standen die Sowjets der Kybernetik zunächst ablehnend gegenüber. In dem 1954 in Moskau erschienenen philosophischen Wörterbuch wurde sie noch als reaktionäre Pseudowissenschaft bezeichnet, die den Menschen zum Zubehör der Maschine degradiere. Auf dem Parteitag der KPdSU von 1961 wurde aber dann eine umfassende Anwendung der Kybernetik und der Elektronenrechenmaschinen beschlossen. Es wurde sogar ein Ministerium für Automation errichtet. Inzwischen bedienen sich auch Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei der Kybernetik und der LEONTIEFFschen Input-Output-Technik.

Was ist unter der Input-Output-Analyse zu verstehen?

Sie wird - z. B. betriebswirtschaftlich - angewendet, um einen Überblick über sämtliche Ein- und Ausgänge und deren Beziehungen zueinander zu gewinnen. Sie soll sich aber auch wie keine andere Methode zur Betrachtung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge eignen. Darum hat der Osten diese Technik vom Westen begeistert aufgegriffen; von Erfolgen, die speziell auf die Anwendung dieser neuen Methoden zurückzuführen wären, hat man bislang noch nicht viel gehört.

Die Input-Output-Technik ist eine rein statistische Angelegenheit. Es werden z. B. Tabellen erstellt, in denen festgehalten wird:

welcher Wirtschaftszweig Was von Wem erhält (Input) - in waagerechten Reihen – und
welcher Wirtschaftszweig Was an Wen gibt (Output) - in senkrechten Reihen.

In eine weitere Tabelle werden Koeffizienten eingesetzt, die sich aus dem Vom-Hundert-Satz des Inputs bezogen auf den Output ergeben. Die Beziehungen der Wirtschaftszweige können aus dieser Matrize wiederum errechnet werden. Bei einer Matrize von 450 Wirtschaftsgruppen - mit 450 Waagerechten und 450 Senkrechten also – sind 90 Millionen Zwei-Faktoren-Multiplikationen für eine solche Rechnung erforderlich. Ohne Elektronenrechner ist diese Methode also überhaupt nicht zu bewältigen. LEONTIEFF sagt, der Vorteil seiner Methode bestehe darin, daß endlich einmal die Wirtschaftsentwicklung von einem Techniker und nicht von einem Philosophen beurteilt werden kann.¹

20 Input-Output-Techniker des Statistischen Büros der US-Regierung haben in fünfjähriger Arbeit ein solches gesamtwirtschaftliches Tabellenwerk fertiggestellt. Hieraus können nunmehr Informationen folgender Art entnommen werden:

Jede Nachfragesteigerung von 1 Million Dollar bedeutet: 98880 Dollar Umsatzsteigerung für die Möbelhändler, 182000 Dollar Umsatzsteigerung für die Holzlieferanten.

Oder: eine Kürzung im Raketten- und Flugzeugbau bedeutet pro Dollar Rückgang für die Farbenfabrikanten einen Absatzrückgang von 0,246 Cents. Der Farbenfabrikant, der seinen Anteil an diesem Markt kennt, kann sich somit seine voraussichtliche Geschäftseinbuße ausrechnen.

Bei den Input-Output-Tabellen läßt sich also die Interdependenz der Wirtschaftszweige genau zahlenmäßig ablesen. Für prognostische Zwecke wird zunächst angenommen, daß die Relationen bei den Veränderungen gleichbleiben. Ob das wirklich zutrifft, soll noch geprüft werden.

Die Input-Output-Tabellen sollen aber nicht nur Orientierungshilfen für die Unternehmer sein, sondern vielmehr Hilfsmittel für die staatliche Wirtschaftspolitik, Hilfsmittel für die Planwirtschaft. Nichts anderes empfiehlt nämlich LEONTIEFF selbst:

Wettbewerb und Planung, so führte er aus, seien keine unvereinbaren Gegensätze. Der Unsicherheitsfaktor des Marktes könne die Pläne einzelner Unternehmen wertlos machen; der Unsicherheitsfaktor sei der Staat mit seiner Möglichkeit, Nachfrage zu erzeugen, indem er Geld druckt. Nun will LEONTIEFF die einzelnenwirtschaftssektoren den Anforderungen einer wachsenden Wirtschaft anpassen. Er glaubt offenbar, daß man die Wachstumsrate vorher bestimmen kann, so daß alle Wirtschaftszweige dann eben nur darauf ausgerichtet zu werden brauchen. Er weist denn auch auf das Beispiel der Planifikation in Frankreich hin und auf den „National Economic Council“ der Engländer.

Im Vergleich zur mehr freiwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik können beide Beispiele aber doch eher als Warnung denn als Empfehlung angesehen werden. Und gerade die „Erzeugung von Nachfrage“ war in den letzten 10 Jahren in England und besonders in Frankreich größer als in der Bundesrepublik.

¹ Endnote 69: „Industriekurier vom 24. 11. 1964“

LEONTIEFF schreibt dann wörtlich: „Der Typ der Planung, dessen Anatomie hier analysiert wurde, ist kein fürchterliches Ungeheuer mit Krallen und Tatzen und einem zuckenden Schwanz, wie einige Leser vielleicht erwartet haben; er ist auch kein Trojanisches Pferd. Man sollte ihn besser mit einem gutaussehenden, jungen Traber vergleichen, der beim Training schon recht gute Zeiten erreicht hat. Nachdem er bislang für einen anderen Stall im Rennen gelegen und uns dabei ernst zu nehmende Konkurrenz gemacht hat, wäre es sicherlich keine schlechte Idee, ihn jetzt einmal für uns starten zu lassen.“²

LEONTIEFF denkt offenbar in betriebswirtschaftlichen Dimensionen. Die Einzelleistungen der Sowjetwirtschaft sollen in keiner Weise herabgesetzt werden; aber gesamtwirtschaftlich gesehen kann doch bis jetzt keine Rede davon sein, daß die russische Planwirtschaft für die Vereinigten Staaten eine ernst zu nehmende Konkurrenz bedeute.

Während LEONTIEFF für die Planwirtschaft eintritt, experimentiert man im planwirtschaftlich erfahrenen Rußland mehr und mehr mit marktwirtschaftlichen Elementen, um die Wirtschaft effektiver zu gestalten, als es mit planwirtschaftlichen Mitteln möglich wäre. Es ist somit doch ein Anachronismus, im Westen zu Techniken zu greifen, die sich offenbar als unzureichend und unzureichend erwiesen haben. Als ob Amerika mit den marktwirtschaftlichen Methoden bisher nicht gut gefahren sei. Als ob die Bundesrepublik nicht gerade durch die Marktwirtschaft es wieder zu einer wirtschaftlichen Weltgeltung gebracht hätte.

Durch diese Input-Output-Technik haben anscheinend alle Planwirtschaftler im Westen wieder Aufwind bekommen. Die freie Preisbildung halten sie vielfach für die Ursache der inflationistischen Entwicklung und machen sie somit für die ungerechtfertigte Vermögensverschiebung - vom Gläubiger zum Schuldner – verantwortlich.

Inflation und Verschiebung des Preisniveaus nach oben sind aber ein und dasselbe, somit kann das eine nicht Ursache für das andere sein. Der Preismechanismus - ein kybernetisches Analogon - hat deshalb auch nichts mit den Ursachen einer Inflation zu tun.

4.41 Gefahr der Überrationalisierung

Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang eine Zwischenbemerkung zu machen über die Gefahr der Überschätzung des Alles-berechnen-Wollens und damit auch über die Gefahr der Überschätzung der Computer.

„Für den entwerfenden und konstruierenden Ingenieur bleibt die schöpferische Phantasie von primärer Bedeutung“.³ Was hier für Ingenieure gesagt wurde, gilt ebenso für Unternehmer.

Selbst Erich SCHNEIDER, der als Wirtschaftswissenschaftler ganz besonders die mathematischen Formulierungen liebt und beherrscht, und der wegen dieser Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre öfter angegriffen wurde⁴, gibt heute folgenden Rat:

„So sehr hat sich die Verwendung mathematischer Denkmethode durchgesetzt, daß heute eher eine Warnung angebracht ist: Die Warnung, daß die Mathematik für die Ökonomen nur

2 Endnote 70: „Anatomie und Planung, Sonderdruck aus Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 9. Jg. 1964

3 Endnote 71: Hertel, Heinrich, in „Struktur – Form – Bewegung“, Mainz 1963

4 Endnote 72: Walker, Karl: Neue Europäische Währungsordnung, Lauf bei Nürnberg, 1962, S. 63 ff.

Werkzeug, kein Ziel ist. Allen werdenden Ökonomen möchte ich sagen: Fragen Sie immer nach dem ökonomischen Sinn der Voraussetzungen und der Ergebnisse eines Rasonnements“⁵

In diesem Zusammenhang ist ein praktisches Beispiel aus der Statistik interessant: „Es hat sich gezeigt, daß die Indexziffer der Fertigwarenpreise in Deutschland, die 230 Produkte umspannt, nicht nennenswert anders verläuft als der auf 740 Waren erweiterte Fertigwarenindex.“⁶

Das Beispiel zeigt, daß eine größere Genauigkeit statistischer Erhebungen nicht immer zu einer Verbesserung der Ergebnisse führen muß. Die exakte Arbeitsweise der Computer kann ebenfalls dazu verführen, sie mehr einzusetzen als für die optimale Lösung eines Problems praktisch erforderlich ist. (Als Beispiel: Man errechnet ein Ergebnis bis zu 5 Stellen hinter dem Komma genau, obgleich nur eine Zahl ohne Komma praktisch verwertbar ist.) Insofern birgt die elektronische Datenverarbeitung auch eine gewisse Gefahr der Überrationalisierung in sich.

4.42 Die „geregelte“ Marktwirtschaft

LEONTIEFF möchte offenbar die Gesamtwirtschaft steuern, wie man ein Unternehmen steuern muß, damit es die gewünschte und gewollte Richtung nimmt. Zum Wesen der kybernetischen Automation gehört aber gerade die Selbststeuerung, die der Kybernetiker Regelung nennt. Der Unterschied von Steuern und Regeln mag aus folgendem Beispiel klar werden:

Eine Signalanlage zur Verkehrsregelung - kybernetisch richtig muß es Verkehrssteuerung heißen - ist mit einem einprogrammierten Plan versehen. Sie funktioniert auch, sofern nicht unvorhergesehene Störungen auftreten, z. B. durch den starken Verkehr zu bestimmten Tageszeiten. Dann kann es vorkommen, daß das Steuerungssystem zusammenbricht und ein Verkehrschaos entsteht. Dieses Steuerungssystem zwingt dem Verkehr seinen einprogrammierten Rhythmus auf. Diese Starrheit wird im modernen Verkehr vielfach als Hindernis empfunden. Man entwickelte daher flexiblere Verkehrsregelungen - in Paris gibt es sie schon -, die den Namen Regelung - vom Standpunkt des Kybernetikers - auch zu Recht tragen. Denn bei diesen ist es umgekehrt: Der Verkehr zwingt der Signalanlage einen Rhythmus auf. Bei starkem Verkehr sind die Intervalle anders als bei geringem Verkehrsfluß, so daß Stockungen vermieden werden. In diesem Regelungssystem tritt die Rückkopplung und damit die Automatisierung in Aktion.

Der Verkehr wirkt auf die Signalanlage und die Signalanlage wirkt wieder auf den Verkehr, es liegen die typisch kybernetischen, wechselseitigen Abhängigkeiten von Ursache und Wirkung vor; es handelt sich also um einen geschlossenen Regelkreis.

Das ist der Unterschied zwischen programmierter Steuerung und automatischer Regelung.

Wie schon erwähnt, zeigt die Natur viele solcher Regelkreise; für den Kybernetiker sind das vollkommene, autonome Systeme, die er auf die Technik zu übertragen sucht. Sei es nun eine Verkehrsregelung durch eine automatisch arbeitende Signalanlage, sei es eine Wärmeregelung durch einen Thermostaten, oder sei es eine Regelung der Straßenbeleuchtung durch einen entsprechenden Lichtmesser mit automatischer Schaltung, Überall, wo es möglich ist, geht

⁵ Endnote 73: In Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft – Ausgewählte Aufsätze“, Tübingen 1964

⁶ Endnote 74: JAKOBS. Grenzgebiete der Repräsentativstatistik“, Allgem. Stat. Archiv, 24. Bd., S. 256; zitiert von Wagemann: Narrenspiegel der Statistik, München 1950, 3. Aufl., S. 170.

man also von der Steuerung zur Regelung über. Nur in der Wirtschaft sollte man umgekehrte Schlüsse ziehen?

Denn unsere Marktwirtschaft ist ja bereits ein kybernetisches System. Es ist daher - vom Standpunkt des Sozio-Kybernetikers aus gesehen - völlig unverständlich und unlogisch, daß LEONTIEFF die „Steuerung“ einer Wirtschaft anstrebt, die bereits „geregelt“ ist.

Die planwirtschaftlichen Sozio-Kybernetiker in Ost und West verhalten sich bis heute noch systemwidrig. Es muß überraschen, daß bisher kaum vor dieser Gefahr gewarnt wurde.

Die kybernetische, gesamtwirtschaftliche Planwirtschaft ist eine *contradictio in adiecto*.

LEONTIEFF selbst hat auf die Störungen des marktwirtschaftlichen Systems - in dem „der Staat Geld drückt“ - hingewiesen. Anstatt Störungen auszuschließen, will er - obgleich Mathematiker und Kybernetiker - die Planwirtschaft einführen.⁷

Ohne hier auf die Kontroverse Planwirtschaft und Marktwirtschaft näher einzugehen, soll doch einmal die kybernetische Zuordnung aufgezeigt werden:

Die Planwirtschaft erfordert die Steuerung des Wirtschaftsprozesses, die Unterordnung unter einen „Programmierer“. In ihrer extremen Form entspricht sie der Diktatur. Der „Programmierer“ lenkt den Verkehr, indem er der Signalanlage seinen Willen einprogrammiert. -

Die Marktwirtschaft ist ein Regelkreis, der – auch nach einer evtl. Phasenverschiebung – immer einem Gleichgewicht zustrebt; vorausgesetzt, der Automatismus wird nicht gestört und kann sich frei auspendeln.

Sie entspricht daher der Demokratie, bei der die politische Führung der „Rückkopplung durch Wahlen“ unterworfen ist. In ihrer extremen Form entspricht sie etwa der schweizerischen Referendumsdemokratie, wo jedes Gesetz der Referendums-Rückkopplung unterliegt.

Die Signalanlage zur Verkehrsregelung wird vom Verkehr selbst gesteuert. Sie paßt sich den Verkehrserfordernissen geschmeidig an.

Die Regelung einer Marktwirtschaft erfolgt – wie schon die klassische Nationalökonomie darlegte - durch den Preismechanismus.

Die neuere, *trans-klassische* Sozialökonomie - sagt K. Th. RICHTER - erkennt in diesem ‚Mechanismus‘ einen monetären Regelkreis, der auf der Grundlage einer kybernetischen Währungstheorie besser verstanden und in der Praxis optimal ausgelegt werden kann.⁸

Nun weiß man natürlich, daß es einer Aktivität der Notenbank bedarf, um die Währung stabil zu erhalten. Es könnte daher der Einwand erhoben werden, daß die Steuerung der Nachfrage nicht zum Regelkreis gehöre, daß also auch in der Marktwirtschaft, wenn sie funktionieren soll, planwirtschaftliche Elemente erforderlich seien. Doch würde der Sozio-Kybernetiker darauf erwidern, daß auch die Währung - als stabile Währung verstanden - nicht „gesteuert“ werden darf, sie muß „geregelt“ werden.

7 Endnote 75: Der Rationalisierungsfachmann Dr. Kurt PENZLIN bemerkte auf der Automations-Tagung der Unternehmer in Duisburg: „Wenn wir nicht genug Mathematik lernen, müssen wir Russisch lernen. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 6./7. 2. 1965.

8 Endnote 76: RICHTER, K.Th.: „Kybernetische Systeme in Technik, Natur und Wirtschaft“, mtg 1/65

Diese kybernetische Regelung bestünde in der automatisierten Anpassung der Gesamtnachfrage an das Angebot. Dabei müssten die Ursachen einer evtl. Angebotsveränderung unberücksichtigt bleiben, ob das Angebot z. B. rasch ansteigt, wegen der Rationalisierung der Wirtschaft, oder ob es wegen einer Naturkatastrophe oder wegen Krieg und Kriegsgefahr abnimmt.

Eine inflatorische Konjunkturpolitik wäre dann allerdings nicht mehr systemgerecht.

Die Goldwährung funktionierte ebenfalls wie ein Regelkreis - sofern man den „Goldautomatismus“ nur der Theorie entsprechend spielen ließ. Wahrscheinlich fasziniert die Goldwährung gerade deswegen auch heute noch; wie ja alle Vorgänge faszinieren, die sich selbst regulieren und nicht „manipuliert“ zu werden brauchen.

Nur war es der Sinn dieses Goldautomatismus, den Wechselkurs möglichst stabil zu halten, während heute die Stabilisierung der Binnenkaufkraft das Ziel der Währungspolitik ist. Für diesen Zweck hat sich der Goldautomatismus - abgesehen von externen Einflüssen auf ihn - als völlig unzureichend erwiesen.

In der Sprache des Sozio-Kybernetikers heißt das: Die Führungsgröße ist beim Goldautomatismus der Außenwert der Währung, der Wechselkurs. Bei einer auf die Stabilität der Binnenkaufkraft eingestellten Währung ist die Führungsgröße der - gleichbleibende - Preisindex (Indexwährung). Welche Führungsgröße nun den Sollwert der Währungsregelung bestimmen soll, unterliegt einer freien oder politischen Entscheidung.

...

3. Soziale Marktwirtschaft: Erhard im *SPIEGEL* Nr. 37 vom 9.9. 1953

<http://www.opp.uni-wuppertal.de/oppeneimer/eh53b.htm>

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Flucht nach vorn

in: Der Spiegel, Jg. 7, Nr. 37 vom 9. September 1953, S. 11-17.

Acht Tage vor der westdeutschen Steuersenkung für Kaffee schlürfte am Frühstückstisch eines Heilbronner Hotels ein massig - älterer Herr seine Tasse Schwarzen. Dabei fragte er den bedienenden Ober: "Sagen Sie mal, was soll denn die Tasse Kaffee bei Ihnen nach der Steuersenkung kosten?" Ein wenig zögernd kam die Antwort: "Der Preis wird von 65 auf 60 Pfennig herabgesetzt."

Worauf der massig - ältere Herr explodierte: "Das ist ja unerhört. Und wenn wir die Steuer noch einmal senken, setzt ihr den Preis wohl um zwanzig Prozent herauf, was?" Sprach's, spuckte die abgebissene Zigarrenspitze aus und verließ dampfend das Frühstückszimmer. Der verdatterte Oberkellner forschte dann im Anmeldebuch nach den Personalien des erzürnten Gastes: Erhard, stand da; Wirtschaftsminister.

Die Kaffeesteuersenkung, mit, oder besser gegen Finanzminister Schäffer durchgeführt, war vor den Wahlen Ludwig Erhards letzte Tat für den Verbraucher. Die letzte primitive Reverenz einer Wirtschaftspolitik, die durch den Magen ging und die als Antriebskraft ganz ungeniert Genuß und Eigeninteresse des einzelnen benutzte. Dieser jahrtausendealte Brennstoff hat in der westdeutschen Wirtschaftsmechanik enorm gezündet: von 1500 Tageskalorien stieg der allgemeine Lebensstandard fast auf Friedensniveau, das Sozialprodukt⁹ wuchs von 50 auf über 130 Milliarden Mark.

Auf achtzig Wahlversammlungen hat die scheidende Bundesregierung am Ende der ersten vierjährigen Regierungsperiode im westlichen Nachkriegsdeutschland noch einmal jenes rosige Gesicht herumgezeigt, das in der Weltöffentlichkeit mit dem neuerrungenen deutschen Wohlstand nahezu identisch geworden ist:

Eine Stirn, wie die westdeutsche Produktionskurve (1948 Index 63, heute 152), steil nach oben gerichtet, schmale Schweinsäuglein über aufgeplusterten Wangen (Einzelhandelsumsatz 1948 15 Mrd., heute 36) und herabhängende Fettpolster für schlechtere Zeiten (Devisenreserve 6,5 Mrd. Mark), die das kleine Kinn umrahmen. Darüber, qualmend wie die Schlotte des Ruhrgebietes, die ewige schwarze Brasil.

Auch dieses Gesicht hat anders ausgesehen, als an einem Oktoberabend des Jahres 1945 ein Jeep vor Ludwig Erhards Haus in Fürth hielt, um ihn als bayrischen Staatsminister für Wirtschaft nach München zu bringen. Bis dahin kannte kaum jemand den hohlwangigen Professor des Nürnberger Instituts für Wirtschaftsbeobachtung. Und noch als Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg war Erhard ziemlich unbekannt.

Erst als er im März 1948 als Nachfolger von Hühnerfutter-Semler Direktor der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft wurde, sprach es sich in breiteren Wirtschaftskreisen herum, daß da so ein Verrückter namens Erhard herumlaufe, der direkt vom Mond kommen müsse. Denn der Mann führe so wirre Reden über einen in Deutschland notwendigen liberalen Wirtschaftsvorstoß.

Entsetzen aber verbreitete sich selbst unter seinen Anhängern, als dieser Mann sich dann ganz kurz nach der alliierten Währungsreform an das Mikrophon des Rundfunks stellte und für große Warengruppen die bis dahin strenge Bewirtschaftung aufhob. Der einzige Bezugschein, den man künftig noch brauchen werde, sei die neue Deutsche Mark, erklärte er kühn.

Die Militärregierung machte darauf kurzen Prozeß. Sie holte den Wirtschaftsdirektor sofort nach der Rede aus seiner Amtsstube in der Frankfurt-Höchster Kaserne heraus, um ihn vor die alliierten Wirtschaftsoffiziere zu zitieren. Als Erhard in den kleinen Versammlungsraum des IG-Farben-Hauses eintrat, begegnete er nur feindseligen Blicken.

Auf den Tischen der Offiziere lagen Statistiken, die über die seinerzeitige Versorgungslage Aufschluß gaben. Sie besagten nichts anderes, als daß die legal zur Verteilung kommende Produktion je Kopf der Bevölkerung folgende Leistungen ermöglichte:

* alle 18 Jahre ein Hemd,

⁹ Das Sozialprodukt ist die in Mark ausgedrückte Gesamtsumme des Wertes aller in einem Jahr erzeugten Güter, Dienstleistungen usw.

* alle 29 Jahre ein Paar Strümpfe,

* alle 98 Jahre einen Anzug.

Wie er unter diesen Umständen dazu komme, die alliierten Bewirtschaftungsvorschriften abzuändern, herrschten die Offiziere Erhard an. Was der Deutsche auf diesen Vorwurf, hinter dem das Militärstrafgesetz drohte, erwidert hat, traute sich der Dolmetscher kaum zu übersetzen: "Ich habe sie nicht geändert. Ich hebe sie auf."

Die Offiziere fluchten, er solle die Bewirtschaftung wieder einführen. Aber sofort. Eine Rundfunkerklärung sei bereits vorbereitet. Da verlangte Erhard den General Clay zu sprechen.

Es ist nicht verbürgt, ob der amerikanische General begriffen hat, was ihm der deutsche Professor damals in einer mehrstündigen Besprechung auseinandersetzte. In diesen Stunden aber wurde Erhards Prinzip des ökonomischen Durchbruchs nach vorn gesichert. Nach langen Jahren der Zwangs und Planwirtschaft begann die Rückführung der deutschen Wirtschaft auf die Gesetze des Marktes.

Was immer noch manchem als ein Vabanque-Spiel erscheint, erläutert Professor Erhard heute nach dem gelungenen Experiment: "Wir kannten damals zwar nur eine Seite der Bilanz, die Geldseite. Soudso viel Milliarden neuer Mark waren ausgegeben. Aber das Risiko war nicht zu groß. Denn die Planwirtschaftler vergessen, daß damals über die Kopfquote hinaus alles neue Geld nur verdient wurde durch (Produktions-)Leistung. Außerdem hatten die Leute das Gefühl, dieser neue Geldschein ist etwas Wertvolles. Damit mußt du vorsichtig umgehen."

Hier irrte Erhard. Denn die meisten Kopfquoten-Bürger starteten in jenem Sommer 1948 mit ihrem neuen Geld sofort zum Run auf die Geschäfte. Viele befürchteten eine neue Abwertung in Kürze.

Jeden Morgen, wenn Erhard in der Frankfurter Kaserne am Schreibtisch Platz nahm, fragte er seine Sekretärin, Frau Muhr: "Na, Frau Muhr, sind schon wieder mehr Textilien in den Schaufenstern?"

Bald wurde es der blonden Frau Muhr, die schon im Nürnberger Institut für Erhard gearbeitet hatte, recht sauer, zu berichten. Denn Schaufenster und Warenlager konnten kaum so schnell nachgefüllt werden, wie die aus aufgeschmolzenen Festkonten und ersten DM-Löhnen gespeiste Nachfrage wuchs. Unter oft enormen Verdienstspannen schossen die Preise nach oben. Professor Erhard aber hatte auf alles Drängen nur eine Antwort: "Wir müssen die Preise auspendeln lassen."

Im November drohte das ganze Experiment zusammenzubrechen. Erhards Erzfeinde, die Gewerkschaften, forderten jetzt die sofortige Wiedereinführung von Bewirtschaftungsmaßnahmen. Sie riefen zum Generalstreik auf.

In der Nacht vor diesem Streik bearbeiteten zehn hitzige Gewerkschaftsführer den dickköpfigen Erhard in einem Frankfurter Sitzungssaal. Um Mitternacht drohten die DGB-Vertreter, unter ihnen Georg Reuter: "Wenn morgen die Scheiben eingeschlagen werden und Blut fließt, dann kommt das auf Ihr Haupt." Erhard blieb ungerührt.

Am Weihnachtsabend machte der Prophet dieser neuen Wirtschaftspolitik, die er soziale

Marktwirtschaft nannte, dann seine erste Weissagung. Über Rundfunkstationen und Zeitungen verkündete Erhard den Verbraucherfamilien am Tannenbaum die frohe, wenn auch stark angezweifelte Botschaft: Zum Frühjahr werden die Preise bestimmt wieder fallen!"

Das war die erste einer Reihe von Voraussagen, deren meist mysteriös-exakte Erfüllung dem Volkswirtschaftler Erhard ein Odeur verschaffte, um das ihn jeder afrikanische Medizinmann beneiden würde.

Der Volkswirtschafts-Professor Erhard machte hier offensichtlich Anleihen bei der Massen- und Tiefenpsychologie. Denn das wußte er nur zu gut. Wenn alle glauben, daß die Preise sinken, dann warten die Käufer ab, die Auftragsbücher der Industrie werden schwindstüchtig, und der entsprechende Druck des Warenangebots zwingt die Preise tatsächlich hinunter.

Auf die Frage, wieso er damals und in den folgenden Jahren seine Prognosen (s. Graphik) mit solcher suggestiven Festigkeit abgeben konnte, nimmt Ludwig Erhard heute feierlich die Zigarre aus dem Mund, denn es geht hier an den Kern seiner stark gefühlsbetonten Wirtschaftspolitik, und verkündet: "Weil ich es tief im Herzen wußte. Ich wäre ja ein Scharlatan gewesen, wenn ich nicht selbst daran geglaubt hätte."

Was er gesagt hätte, wenn es schiefgegangen wäre? Erhard: "Es konnte mit tödlicher Sicherheit nicht schiefgehen. Was man oft als meine Sturheit ausgelegt hat, war doch die wissenschaftliche Erkenntnis, daß alles so verlaufen muß, wenn wir uns richtig verhalten, und ich durfte mich durch nichts davon abbringen lassen. Das ist eben der Vorzug des Wissenschaftlers, daß er von den aktuellen Zeitverhältnissen abstrahieren kann und die ökonomischen Zusammenhänge im Auge hat."

Tatsächlich hatte sich Erhards Weihnachtsprognose bereits nach drei Monaten erfüllt. Unter dem reichhaltiger werdenden Warenangebot (auch ERP-Lieferungen) begannen die Preise erst zu stocken, dann zu purzeln. Der westdeutsche Preisindex fiel

* von 211 im Winter

* auf 188 im Sommer 1949.

Damit war die erste Schlacht gewonnen. Als sich dann bei der Herausnahme von immer mehr Warengruppen aus der Rationierung¹⁰ das gesamte Preisniveau noch bis in den zweiten D-Mark-Herbst hinein weiter senkte, begann die Bevölkerung der neuen Wirtschaftspolitik Geschmack abzugewinnen. Im Propagandakrieg der Wahl zum ersten Bundestag lieferten ihre Erfolge schon die wirksamste Munition am rechten Flügel. Die zweiten Bundestagswahlen fußten schon wie selbstverständlich auf Erhards Postament, so daß man es beinahe übersah.

Am 20. September 1949 konnte, jenseits der Schwelle zum biblischen Alter, Dr. h. c. Konrad Adenauer vom Rednerpult des Bonner Bundestages herab die erste Regierungserklärung verlesen. Daß sein damals schon mehr als zwanzig Jahre alter Ehrgeiz, deutscher Kanzler zu werden, in Erfüllung gegangen war, verdankt er Ludwig Erhard. Denn mehr als der Prinzipi-

¹⁰ Als wichtigste Beiträge zur Liberalisierung der Wirtschaft wurden unter Erhard verordnet: die Aufhebung der

Preisbindung am 25. Juni 1948, die Aufhebung des Bewirtschaftungsnotgesetzes am 30. Juni 1950, der Runderlaß Außenwirtschaft am 30. April 1952 über die Liberalisierung der Einfuhr.

enstreit einer Politik der "christlichen Verpflichtung" mit der anderen des "sozialistischen Fortschritts" zog die glaubwürdige Verheißung voller Läden und guten Geldes.

Aber schon ein halbes Jahr später schien es, als sei es ein Fatum, daß der Errichtung eines demokratischen Staates in Deutschland diskreditierende Wirtschaftsmisereen folgen müssen. So war es im Weimarer Staat, dem nur die drei letzten zwanziger Jahre eine kurzlebige Prosperität beschieden. So drohte es schon im ersten bundesrepublikanischen Winter 1949/50 zu werden.

Anderthalb Jahre nach Ausgabe der neuen D-Mark rannte sich der wirtschaftliche Aufschwung fest. Die binnenwirtschaftliche Expansion brach sich an den engen Grenzen des Landes, bevor Westdeutschland in den internationalen Handel zurückkehren konnte. Das Außenhandelsdefizit des Jahres 1949 betrug 3,7 Milliarden Mark.

Die Lohnwellen, durch aufreizende Unternehmer-Gewinne des ersten D-Mark-Jahres in Bewegung gebracht, hatten eine Kaufkraft geschaffen, der die Produktion noch nicht folgen konnte. Warenverknappungen drohten die Ära des schlechten Geldes und des Schwarzmarktes wieder heraufzuführen. Zugleich trotteten jede Woche 1,3 Millionen Arbeiter zum Stempeln.

Am 9. Februar 1950 stand der kürzlich verstorbene sozialdemokratische Wirtschaftsprofessor Dr. Erik Nölting am Rednerpult des Bundestages und begann seinen Rede-Feldzug gegen Ludwig Erhard, für den ihm zwei Jahre hindurch der Stoff nicht ausging. Nölting: "Am Horizont der Wirtschaft steht die Arbeitslosigkeit wie ein gespensterhaftes Wetterleuchten."

Nölting wußte die Wirtschaftsexperten der Hochkommissare auf seiner Seite. Amerikanische New Dealer, Austerity-Engländer und deutsche Sozialdemokraten fanden sich darin, daß es besser sei, zur, wenn auch gemäßigten, Verwaltung des Mangels zurückzukehren, als Ludwig Erhards massivem Optimismus weiterhin zu vertrauen.

Professor Erhard absolvierte auch diese zweite Gratwanderung, die zwischen den Abgründen Inflation und Zwangswirtschaft entlangführte, nach der Methode des französischen Philosophen Coué "Es wird, besser, es wird von Tag zu Tag immer besser", deklamierte er unentwegt. Er verhinderte damit, was in den modernen, vom Weltmarkt abhängigen und von der großen Außenpolitik beeinflussten Wirtschaften am gefährlichsten ist: die psychologische Depression der Unternehmer und Manager.

Der SPD-Professor Erik Nölting verstand es anders: "Optimismus in allen Ehren, aber es gibt einen Optimismus, für den es eine einfache deutsche Übersetzung gibt: Bequemlichkeit."

Die baldurhafte Siegessicherheit des Wirtschaftsministers war keine Bequemlichkeit. Sie wuchs aus dem Vertrauen in die rasante Investitionsfähigkeit der konsumnahen Industrie. Was später das deutsche Wunder heißen sollte, das waren nicht zuletzt die Geschwindigkeit und der Umfang, mit denen in allen Fabriken neue, moderne Maschinen aufgestellt, die Produktionskapazitäten ausgeweitet und Arbeitsplätze geschaffen wurden.

"Die Preise werden sich auspendeln", redete Erhard sich selbst, den Produzenten und den Konsumenten Tag für Tag ein. Der Slogan wurde zur zündenden Pointe aller politischen Kabarettis. Erhard genügte es, daß er damit die Angstkäufe der Erzeuger und der Verbraucher in Grenzen hielt.

Als aber im Juni 1950 in Korea die Kanonen losgingen, da glaubte kaum noch jemand daran, daß es dem Professor Erhard gelingen könne, solange das gläubige Vertrauen im nachkriegs-deutschen Gemüt festzuhalten, die westdeutsche Wirtschaft sei total gesund, bis sie es wirklich geworden war.

Erik Nölting bepflasterte jetzt den Bundestag im Gegenpart, mit bilderreichern Pessimismus: "Die Marktwirtschaft macht die Reichen nur reicher und die Armen ärmer."

Korea lieferte den Sprengstoff, der den Ministersessel des Ludwig Erhard fast zerpulvert hätte. Nur den Mann, der auf diesem Sessel saß, erschütterte der Spektakel nicht. Rohstoffverknappung, Rohstoff- und Seefrachten-Verteuerung riefen nun die Planungswilligen auch in Erhards eigener Partei, der CDU/CSU, auf den Plan. Der Kanzler zog die Hand von seinem Schöpfer ab.

Nölting frohlockte im Bundestag: "Herr Wirtschaftsminister, Sie haben in der heutigen Rede etwas verdächtig oft betont, daß Sie die für die Wirtschaftspolitik allein zuständige Instanz seien. So etwas legt immer den Verdacht nahe, daß sich neben Ihnen noch irgendeine Nebenregierung etabliert hat." (Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Kanzler Dr. h. c. Adenauer hatte sich in der Tat eine wirtschaftspolitische Nebenregierung zugelegt. In seinem Palais Schaumburg bemühte sich der Dr. Friedrich Ernst mit einem Expertenstab um Plan-Alternativen zur Erhardschen Unbekümmertheit angesichts des koreanischen Krieges.

Der Wirtschaftsminister nahm diese Schläge kompakten Mißtrauens nicht anders als jenen Überschlag, mit dem Chauffeur Stadler ihn auf einer Fahrt nach Hannover samt dem Mercedes 300 im Straßengraben aufs Kreuz legte.

Chauffeur Stadler hatte sich noch nicht ganz aus dem Wagen gezwängt, da stand Erhard schon neben ihm, klopfte gelassen die Zigarrenasche von den Revers und sagte nur: "Da, meine Zigarre is ausgegangen. Geben's mir Feuer. Und dann wollen wir schauen, daß wir weiterkommen. Ich muß da reden." Stoppte ein vorüberfahrendes Auto und hielt anderthalb Stunden später die Eröffnungsansprache auf der Hannoverschen Messe.

Der Korea-Sommer trieb die westdeutschen Lebenshaltungskosten steil in die Höhe. In der Mitte des Jahres wurden sie von den Löhnen noch überholt. Die Inflationsschraube drehte sich beängstigend schnell und bedrohte die neue Währung.

Im Frühjahr 1951 schließlich, nach einem kohle-armen Winter, war der Triumph der sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages vollkommen. Und die Männer der Regierungskoalition zitterten. Alles deutete darauf hin, daß der professionelle Optimist Erhard auf seiner dramatischen Flucht nach vorn ins Loch gefallen war.

Am 14. März 1951 rief der Professor Nölting mit Falsettstimme im Bundestag seinem Gegner zu. "Herr Professor Erhard, was Sie heute auf diesem Podium brachten, das war die Mumie Ihrer Marktwirtschaft. Wenn Sie in den Spiegel schauen, möchte ich Sie fragen: Erkennen Sie sich selbst dann eigentlich noch wieder?"

Was war geschehen? Der Schöpfer der sozialen Marktwirtschaft, der liberale Professor Dr. Ludwig Erhard, hatte planwirtschaftliche Methoden angekündigt: "Was die Frage nach der

Konsumbeschränkung anlangt, so ist bis zur Wiedererholung einer organischen Spartätigkeit nicht damit zu rechnen, daß ohne irgendwelche staatlichen lenkenden Einflüsse auszukommen ist." (Zurufe: Aha! und Lachen bei der SPD.)

Die in der Bevölkerung nun doch durchgebrochene Kaufnervosität hatte den Minister also belehrt. Niemand sparte mehr, alles rannte in die Läden. Zur Abwehr der Preissteigerungen wollte Erhard den Staat einsetzen. Die Zigarre war ausgegangen.

Das mußte das Ende sein. Denn Ludwig Erhard sprach auch von Zwangssparen, behördlich festgesetzten und kontrollierten Kalkulationsnormen und von Richtpreisen, von den Erzelementen der Planwirtschaft also. Nöltings Fraktion forderte: der Wirtschaftsminister soll zurücktreten.

Die Epoche Erhard schien damit vorüber. Schon sah der Kanzler sich vorsichtig nach einem neuen Wirtschaftsminister um. Eine Zeitlang glaubte er, ihn in Dr. Johannes Semler, Erhards Vorgänger beim Frankfurter Wirtschaftsrat, gefunden zu haben. Und Ludwig Erhard holte sich tatsächlich aus Hinrich Kopfs niedersächsischer SPD-Regierung den Preiskommissar Ebisch nach Bonn.

Doch der bekam kaum etwas zu tun. Denn als jedermann in Deutschland der marktwirtschaftliche Boden unerträglich heiß unter den Füßen zu werden begann, hatte Ludwig Erhard längst Morgenluft gewittert: Trotz aller aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die aus dem Korea-Krieg erwachsen, brachte Korea auch günstigen Wind.

Dieser Krieg war das außenpolitische Glückslos Konrad Adenauers, der nun seine EVG-Politik beginnen konnte. Er war bares Gold für die bundesrepublikanische Ausfuhr.

Als Erik Nölting noch im Bundestag tönte "Die Sozialdemokratie gibt sich nicht gemeinsam mit diesem Kabinett zu einer Pokerpartie der Brotkarte und der Zwangswirtschaft her", da hatte die Ausfuhr schon aufwärts zu schnellen begonnen. Durch die Mitgliedschaft in der EZU wuchs der deutsche Außenhandel weiter.

Die westliche Welt produzierte Waffen. Westdeutschland lieferte Verbrauchsgüter. Ende 1951 schon hatte der Außenhandel nahezu den Umfang erreicht, aus dem sich inzwischen eine Devisenreserve von 6,5 Milliarden Mark ansammelte. Das war die Zeit, da Ludwig Erhard in seinem Ministerbüro einen Besucher anlächelte: "Wissen Sie, was ich von all den angekündigten Planereien wirklich gemacht habe? - Nix!"

Er hatte die dritte Gratwanderung mit vorgetäuschten Planmaßnahmen getarnt. Getarnt vor den Amerikanern, die in ihrem reichen Land umfassende Preiskontrollen einführten ("Wie an Schulbuben ham's mich 'nüberzitiert und gefragt, ob wir armen Teufel auf solche Maßnahmen verzichten könnten"), vor den Engländern, deren Außenhandel in dieser Zeit rüstungskrank wurde und vor den eigenen Freunden, die ihm nicht mehr vertrauten.

Als damals im Winter Mao Tse-tungs Divisionen zur Verstärkung der Kommunisten ausrückten, da fieberte der Westen in Weltkriegsfurcht. Die Regierungen horteten Lebensmittel und Rohstoffe, regulierten den Wirtschaftsablauf mit staatlichen Eingriffen.

In dieser Zeit sah Ludwig Erhards Kalkül einfach so aus: In einem Volk, das gegen jede Bezugschein-Methodik durch lange Erfahrungen so gewappnet ist wie das deutsche, erreiche ich

mit Waren-, Rohstoff- und Preisbewirtschaftung gar nichts. Korea ist die Chance für den deutschen Außenhandel, der nur von freien Unternehmern in der freien Wirtschaft mobilisiert werden kann. Die marktwirtschaftlichen Anfänge dürfen nicht zerstört werden. Kommt es zum Weltkrieg, dann ist in der Bundesrepublik als wahrscheinlichem Schlachtfeld sowieso alles hin. Daran können Bewirtschaftung und Hortung nichts ändern.

Ludwig Erhard hatte die Kriegsgefahr ignoriert, genau so wie er es bei seinem Autounfall Numero eins mit dem brennenden Benzintank tat. Erhard fuhr zu dieser Zeit noch seinen alten Maybach, als, ihn eines Tages aufgeregt winkend ein anderer Wagen überholte. Fahrer Stadler stoppte, stieg aus. Aus dem Benzintank schossen helle Flammen. Stadler löschte, stieg dann wieder ein und berichtete dem Chef.

Erhard: "Ich hab's gemerkt. Mir ist die ganze Zeit schon so heiß gewesen."

Stadler: "Das hätte böß ausgehen können. Wenn der Benzintank nun explodiert wäre."

Erhard: "Da wär' mir nix passiert. Das wär' doch alles hinter mir losgegangen."

"Der Mann hat ein penetrantes Glück gehabt", ist heute bei vielen Freunden und Feinden die billige Erklärung dafür, daß ein Mann allein eine Nationalwirtschaft so beeinflussen konnte.

Professor Erhard hat Glück gehabt. Konjunkturstöße im rechten Augenblick kamen ihm zu Hilfe. Wäre er aber den weisen Bewirtschaftungs-Ratschlägen der Experten gefolgt, hätte Korea ihn umgebracht. Und schließlich: es war schon vorher, um die Ausfuhr zu steigern, ein Wagnis unternommen worden, das der Warenfreigabe nach der Währungsreform gleichkommt.

Erhard hatte die Stagnation des westdeutschen Außenhandels mit dem Vormarsch in die Liberalisierung pariert. Seine Berechnung war: Wenn wir dem Ausland unseren Markt öffnen, dann werden so viele Waren hereinfließen, daß wir bis über die Ohren in Schulden geraten. Dann müssen die anderen bei uns kaufen, wenn sie ihr Geld wiederhaben wollen.¹¹ Die Rechnung ging am Ende auf.

Der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik ist weniger ein Nationalökonom als ein ökonomischer Psychologe. Die Volkswirte haben sich während der letzten fünfzig Jahre viel zu oft im Entscheidenden, ganz Primitiven, geirrt, als daß ein Ludwig Erhard eine unfehlbare Nationalökonomie auch nur für denkbar halten könnte.

Aber schon der junge Assistent im Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Nürnberg und der spätere Leiter des Instituts für Industrieforschung am gleichen Ort hat bis 1945 von *Markuntersuchungen* gelebt. Das Metier beherrscht er aus dem FF. Es ist sein wissenschaftliches Fundament.

Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

¹¹ Über Westdeutschlands erfolgreichen Aufstieg im Außenhandel hat Erhard noch kurz vor den Wahlen ein Buch herausgegeben: "Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt", Econ Verlag, Düsseldorf. 288 Seiten. Ln. 12,80 Mark.

„Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich – soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.“

Seine nachtwandlerische Sicherheit in der Marktbeurteilung und bei Konjunkturvorausagen jedoch ist jener "Funke", von dem Erhard sagt, kein junger Mensch, der ihn nicht habe, dürfe Volkswirtschaft studieren.

Es war nur eine unbedeutende Inkonsequenz, daß Erhard seine Tochter Elisabeth, die ganz sicher ist, diesen Funken bei sich noch nie gespürt zu haben, trotzdem zwang, Nationalökonomie zu studieren.

Da auch Professor Erhards Frau Luise Volkswirtin ist, kann es nicht verwundern, daß die soziale Marktwirtschaft den Gesprächsstoff auch innerhalb der Familie Erhard abgibt. Der Minister selbst trägt seinen von Granatsplittern des ersten Weltkrieges geschundenen Leib und die von einer spinalen Kinderlähmung dünn gewordenen Glieder mit dem Gedanken an seine Marktwirtschaft ins Bett und steht mit ihnen auf. Seine Mitarbeiter sagen: "Die Marktwirtschaft, das ist sein Hobby, seine Entspannung, seine Arbeit, das ist sein Leben."

Auch in der Gesellschaft kennt er nur Variationen des gleichen Themas. Als ihn vor seinem Besuch im Hause des belgischen Außenministers van Zeeland seine Mitarbeiter darauf hinweisen, er müsse aber zu der Gastgeberin besonders freundlich sein, da brummte er: „Na, was soll i denn der sag'n?“ Später fand man ihn mit der Dame des Hauses angeregt auf einem Sofa diskutieren: Soziale Marktwirtschaft.

Nachweislich hat er es auch fertiggebracht, auf einer Adventsfeier bei Kerzenschein die Unterhaltung ausschließlich mit marktwirtschaftlichen Thesen zu bestreiten.

Erhard spricht nicht von sich. Selbst die Männer, die täglich um ihn sind, kennen nicht einen Spalt des privaten Erhard. Sie glauben seit langem, daß es in ihm neben etwas klassischer Musik nur soziale Marktwirtschaft gibt. Was Wunder, daß auch seine Leute für ihn nur Faktoren in seinen Überlegungen sind.

Als im Zuge der Platow-Affäre einer seiner Hauptabteilungsleiter, Ministerialdirektor Dr. Günter Keiser, aus dem Amt gefegt wurde, rührte Erhard sich kaum. Er stellte sich auch nicht vor den Ministerialdirektor Dr. Graf und den Geheimen Legationsrat Dr. Strack, als diese mit dem Bonner Außenamt wegen ihrer den Kanzler-Intentionen zuwiderlaufenden Ansichten über das Israelabkommen kollidierten, obwohl er die gleiche Meinung vertrat wie sie.

Dabei ist einer seiner wesentlichsten Züge sein unbekümmerter Mut, der auch das Sprungbrett für seine große Nachkriegs-Karriere schuf. Erhard hatte Mitte Juli 1944 an den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ein Exposé geschickt mit seinen Ansichten über die nach dem Umsturz bald notwendig werdende Währungsreform, dazu einen Begleitbrief. Ein gnädiger Postbeamter schrieb auf das Päckchen "Empfänger nicht zu ermitteln". Die Sendung ging an den Absender zurück, als Goerdeler bereits gehängt war.

Mit diesen Beweisen seiner Gesinnung zog Ludwig Erhard nach dem Einmarsch der Ame-

rikaner in seinem Wohnsitz Fürth zum US-Stadtkommandanten. Ihm trug er in gutem Englisch seine Pläne vor.

"Sie verstehen, also etwas von Wirtschaft", zog der US-Major das Fazit aus der Unterhaltung. "Da können Sie mir helfen bei der Erteilung von Produktionsgenehmigungen für Fürther Firmen." Über diese Zusammenarbeit hinweg machten ihn die Amerikaner später zum bayrischen Minister.

Damals kam er auch zum erstenmal mit Fritz Schäffer in nähere Berührung, den die Amerikaner zum Chef der deutschen Zivilverwaltung für Bayern ernannt hatten. Erhard konnte nicht ahnen, daß er mit dem kleinen, eisgrauen Mann aus dem Bayrischen Wald noch einmal als Bundesminister um jeden Meter Kompetenz und Einfluß zu kämpfen haben würde. Tatsächlich verlagerten sich Erhards Auseinandersetzungen dann in den letzten beiden Jahren seiner Amtszeit auf die fiskalische, rechnerische Politik des Finanzministers.

Denn der Erfolg der Marktwirtschaft war nach Überwindung Koreas und der EZU-Außenhandelskrise im Jahre 1950/51 so gefestigt, daß Erhards planwirtschaftliche Gegner schon in seiner literarischen Vergangenheit herumsuchten, um noch Angriffsflächen zu entdecken. In den "Wirtschaftspolitischen Blättern der deutschen Fertigung", die Ludwig Erhard von 1933 bis 1940 redigiert hatte, fanden sie dabei Leitsätze, die zu dem heutigen liberalen Erhard allerdings wenig passen. Zum Beispiel:

"Das eine ist jedenfalls gewiß, das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus ist vorbei. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu - versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden."

Darauf abzielende Anwürfe sozialistischer Kritiker bringen ihn noch heute in Wut: "Das ist doch geradezu idiotisch; was sind das nur für Eunuchen. Ich habe damals gesagt, der *alte* Liberalismus ist unter allen Umständen vorbei."

Angesichts der Tatsache, daß gerade die westdeutsche Industriearbeiterschaft mit einem Anstieg ihrer Reallöhne

* von der Indexziffer 100 im Jahre 1948 auf die Indexzahl 142 im Jahre 1953

unter der westdeutschen Arbeitnehmerschaft den größten Nutzen aus der neuen Wirtschaftsform zog, blieben solche Angriffe der Planwirtschaftler nur Rückzugsgefechte.

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug, als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettssitzungen, Erhard nicht.

Einmal hatte Konrad Adenauer versucht, hinter das Geheimnis der Politik seines Wirtschaftsministers zu kommen: "Hören Sie mal, Herr Erhard, Sie haben mir da neulich was über die Wirtschaft gesagt, und was Sie heute machen, das ist ja ganz was anderes." Als Erhard antwortet: "Ja, und morgen mache ich wieder was anderes, das ist nun einmal bei der Wirtschaft

so", da gab es der Kanzler auf.

Von den beiden Wirtschafts-Raben, die während der vergangenen vier Jahre auf den Schultern des weisen Odin von Rhöndorf hockten, war deshalb der kleine mit der Brille immer näher am Ohr des Kanzlers. In Bonn galt es sogar als ausgemachte Sache, daß Schäffer, der mit seinen Steuern und seiner Verwaltung der Bundesvermögen schon erhebliche Teile der Wirtschaft unter den Einfluß des Staates gebracht hat, so eine Art Über-Wirtschaftsminister werden wollte.

Selbst dann noch, als beispielsweise der Kompetenzstreit um das Ressort Geld und Kredite zugunsten des Wirtschaftsministeriums geregelt war, hielt der Finanzminister die Hand darauf. Nur wenige Sachbearbeiter des Ressorts wechselten in Erhards Duisdorfer Kaserne hinüber. Die entscheidenden Leute sitzen noch heute bei Schäffer. Auch die Akten kommen nur langsam herüber.

Innerhalb der Auseinandersetzung mit dem Finanzministerium liegt auch jener Sektor der Bonner Wirtschaftspolitik, auf dem die Befreiung aus der Zwangswirtschaft bisher versagt hat: der Sektor des Kapitalmarkts. Unter dem amtlich festgesetzten Zinsfuß von fünf Prozent für Pfandbriefe und Kommunalobligationen und sechseinhalb Prozent für Industrieanleihen blieb der westdeutsche Kapitalmarkt praktisch tot.

Während Schäffer sich gegen eine Freigabe des Zinses stemmte, schöpfte er mittels attraktiver Steuervergünstigungen den Rahm des Kapitalmarktes für Staatsanleihen des Bundes und der Länder sowie für Pfandbriefe und Kommunalanleihen ab. Wer in Westdeutschland beispielsweise mit seinem Einkommen in der fünfzigprozentigen Steuer - Progressionsstufe liegt, bekommt durch diese Vergünstigungen bei der Zeichnung von Bundesanleihen bis zu 17 Prozent Zinsen.

Dagegen kann die Privatwirtschaft nicht anstinken. Denn eine Aktiengesellschaft, die wenigstens sechs Prozent Dividende ausschütten will, muß dazu bereits zwanzig Prozent ihres eigenen Kapitals verdienen. Den Schaden aus dieser Vorzugspolitik der Staatsanleihen aber trägt die Allgemeinheit: Der Steuerausfall aus staatlich begünstigten Kapitalanlagen beträgt jährlich rund 750 Millionen Mark.

Auch die Wohnungswirtschaft, die noch in den Fesseln der Zwangswirtschaft liegt, würde nach Meinung von Fachleuten durch eine Freigabe der Pfandbriefzinsen und den Abbau der 7c-Begünstigungen nicht zusammenbrechen. Denn die Wohnungsbaugesellschaften, in deren Eigentum fast 80 Prozent aller in der Bundesrepublik erstellten Wohnungen übergehen, haben die schwarzen Kurse auf dem Pfandbriefmarkt bisher offensichtlich durchaus vertragen können (SPIEGEL 28/1953).

Ludwig Erhard jedenfalls sagt: "Wenn wir das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft auch auf den Wohnungsbau übertragen, wird sich dieselbe Aufwärtsentwicklung zeigen wie nach der Aufhebung der Bewirtschaftung im Anschluß an die Währungsreform."

Erhard will die Wirtschaft vorn Staat befreien. Er wehrt sich aber auch gegen jede staatliche Einmischung oder Stützung, wenn die Geschäfte einmal schlecht gehen. Hier stieß der Wirtschaftsminister auf das Unverständnis seiner ureigensten Anhänger, der Unternehmer. Denn der unerläßliche Partner seiner auf dem Eigeninteresse des Einzelnen basierenden Politik ist der königliche Kaufmann, der Reglementierungen auch durch die Wirtschaft selbst ablehnt.

Von diesen königlichen Kaufleuten aber hat Ludwig Erhard in Westdeutschland noch nicht sehr viele gefunden. Sobald es vielmehr mit dem Absatz brenzlich wurde, riefen die westdeutschen Unternehmer nur zu gern nach dem Schutz des Staates und nach einem Kartell.

Erhard gibt zu, daß ihm einige Branchen in den Rücken gefallen sind: "Im Grunde genommen hat man in der Wirtschaft immer noch nicht begriffen, was das Attribut sozial bei der Marktwirtschaft bedeutet. Dieses Soziale, das zum Beispiel keine Preisabsprachen duldet, die den Verbraucher irgendwo betrügen."

Die Automatik seiner Wirtschaftspolitik aber bringt es mit sich, daß an manchen Stellen das Beiwort sozial bis dato nicht berechtigt ist. Denn das Streben nach dem optimalen volkswirtschaftlichen Ergebnis schafft auch Ungerechtigkeiten.

Schon bei den Hortungsgewinnen am Währungsstichtag fing das an. Erhard: "Ja, aber was wollten Sie denn anders machen? Wer hätte denn diese Waren sonst bekommen? Doch nur die Leute mit den besten Beziehungen zu den Wirtschaftsämtern. Es war doch in der Konsequenz richtig, denn der erste Nachfragestoß wurde mit diesen Waren aufgefangen."

Ob denn der Zweck bei ihm die Mittel heilige? "Natürlich nicht", sagt Erhard, "aber man kann doch wegen dieser Hortungsgewinne oder weil die Renten oder die Beamtengehälter nur ungenügend erhöht wurden, nicht sagen, diese Wirtschaftspolitik sei nicht sozial. Sie ist es doch in ihrer Endauswirkung, denn mit der höheren Gesamtleistung werden auch Verbesserungen für diese Schichten erzielt." Das andere sei schon nicht mehr eine Frage der Wirtschaftspolitik.

Tatsache ist, daß Erhards Marktwirtschaft die vordringendsten sozialen Fragen aller gelöst hat, die in den aufblühenden Arbeitsprozeß selbst eingeschaltet sind. Die Untätigen aber kommen nur mit Verspätung in den Genuß der Früchte des Aufschwungs. Wie etwa die Rentner.

Ludwig Erhards Partei hat dieses Manko immerhin begriffen. Im vergangenen Wahlkampf stellte die CDU für die zweite Phase der sozialen Marktwirtschaft den Programmpunkt groß heraus:

- * Stärkere Beteiligung bisher zurückstehender Bevölkerungsteile (Rentner, Pensionäre, Kriegsoffer, Beamte, Angestellte, bäuerliche Bevölkerung, freie Berufe) an den Erfolgen der Marktwirtschaft.
Bildung privaten Eigentums für möglichst breite Schichten.

Professor Erhard selbst hat für die neue Phase, ganz allgemein gesehen, den kühnen Plan gefaßt, Westdeutschlands Lebensstandard derart zu steigern, daß er nahe an den der USA heranreicht. Der dazu nötige Produktionsapparat konnte seiner Meinung nach in den vergangenen Jahren aufgebaut werden. Zauberformel für diesen weiteren Aufschwung sollen Rationalisierungsmaßnahmen und eine Mengenkonjunktur sein, deren größere Umsätze auch Steuer-senkungen ermöglichen sollen.

Erhard weiß: "Der Bedarf ist nie gedeckt. So ein Monstrum von Mensch ist mir noch nicht begegnet, der keine Wünsche mehr hat."

Seine weiteren Angriffspläne, die ihn wieder in gefährliche Nähe des Finanzministeriums

bringen würden, beziehen sich auf den Abbau von staatlichem Dirigismus auf den Gebieten Kapitalmarkt, Wohnungsbau und Landwirtschaft ("Das mit den Bauern ist eine reine Nervensache").

Nach außen hin aber will Professor Erhard die Konvertierbarkeit jetzt energisch vorantreiben. Wie bei der deutschen Währungsreform von 1948 erwartet er auch hier bahnbrechende Erfolge für die Arbeitsteilung und Leistungsfähigkeit der westlichen Welt. Entgegen den Ansichten des britischen Schatzkanzlers Butler, der schrittweise vorgehen will, vertritt Erhard auch hier die Meinung, wenn er einer Katze den Schwanz abhacken müsse, warum solle er es dann stückweise tun?

Der Gedanke, daß auf dem Ministersessel des Bonner Wirtschaftsministeriums nach der Wahl ein anderer Mann sitzen könnte, kommt dem Optimisten Erhard gar nicht. Auf die Frage, was ihm sein prophetisches Gefühl in dieser Hinsicht sage, erklärte Erhard zwei Tage vor der Bundestagswahl mit der erprobten Festigkeit: "Ich weiß, daß ich wiederkomme."

Fußnoten: jeweils unten auf die betreffende Seite gesetzt. TA

Zur "Franz Oppenheimer Homepage" <<http://fropp.de/index.php?id=5>>

Anmerkung von TA vom August 2005. Da ich die betreffende Ausgabe des *SPIEGELs* im Bestand habe, habe ich schon vor Jahrzehnten daraus zitiert. Ich bin aber froh, daß ich den Text für diese Wiedergabe nicht einscannen mußte. Im Kopf dieses Textes ist auch die Ursprungs-Internetseite zu finden. In diesem Internet-Ursprungs-Text sind auch die Seitenzahlen des *SPIEGELs* eingebaut, ebenso die Titelseite des *SPIEGELs* und eine Grafik.

4. Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund von Ludwig Erhard, 1988

Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund

von Ludwig Erhard

In: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften,
hrsg. v. Karl Hohmann, Düsseldorf u. a. 1988, -S. 858 – 864-.

Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag, gehalten in der Freien
Universität Berlin (1964).

[S. 858] Diese akademische Feierstunde bedeutet für mich eine junge und doch so alte Begegnung mit meinem verehrten, bewunderten und geliebten Lehrer Franz Oppenheimer, der mir zugleich ein väterlicher Freund war. Ich erinnere mich noch genau, auf welche Weise ich ihm begegnete.

Mein Weg war nicht klar vorgezeichnet. Nach dem ersten Weltkrieg habe ich - schwer verwundet -, wie das üblich war, ein akademisches Studium angefangen. »Diplomkaufmann« zu werden war gar nicht meine Absicht, und das Studium hat mir auch in den Anfängen nicht sehr viel bedeutet. Ich kann das bei allem schuldigen Respekt vor dieser edlen Zunft nicht leugnen, um so mehr ich ja doch schon sehr frühzeitig zum volkswirtschaftlichen Denken hin gelenkt wurde. Die Fortsetzung des Studiums in Frankfurt lag mal durchaus im Fahrplan der Diplomkaufleute.

Aber dort ereignete sich etwas Merkwürdiges. Dort herrschte bereits der Massenbetrieb unserer heutigen Universitäten. Gerade in meiner Disziplin gab es einige sehr gesuchte Professoren - über die ich gewiß kein [S. 859] nachträgliches Urteil fällen möchte. Das war eben so, daß, wer sein Examen leicht und schnell hinter sich bringen mochte, zu dem und jenem Lehrer ging; also habe auch ich mir Vorlesungen angehört - und war todunglücklich. Denn ich suchte wirklich Brot und fand meist nur Steine. Als es mir zuviel wurde, ging ich ins Dekanat, faßte mir ein Herz und fragte, ob und wo man denn hier Wissenschaft geboten bekäme.

Man sagte mir etwa: »Ja, da ist schon einer da; er heißt Franz Oppenheimer, aber ich muß Ihnen gleich dazu sagen, daß Sie bei ihm nicht promovieren können. Das ist ein Außenseiter an unserer Universität; er hat auch eine ganz spezifische Lehre entwickelt, aber damit können Sie im Examen überhaupt nichts anfangen.«

Ha, das war immerhin eine Empfehlung und Trost für meine dürstende Seele. So Also begegnete ich Franz Oppenheimer und war vom ersten Augenblick an fasziniert. Ich besuchte seine Seminare dazu, ohne auch nur einmal zu fragen, wie es um eine spätere Promotion bestellt wäre. Das war mir in diesem Augenblick völlig uninteressant. Es ist wohl ein guter Zufall gewesen, daß mir in der ersten Seminar-Diskussion etwas Brauchbares eingefallen ist. So lebte ich mich schnell ein und gehörte

schon bald zu dem engen Kreis, ja man kann sagen Freundeskreis dieses wahrhaft großen Gelehrten.

Ich erinnere mich auch noch des kürzlich verstorbenen »Fritz Sternberg«, einen Feuerkopf, mit dem man stundenlang eifrig diskutieren und auch streiten konnte. Oppenheimer konnte das mit Fritz Sternberg auch - um es gleich zu sagen. Da war Leben! Praktisch hatte ich den ganzen übrigen Universitätsbetrieb abgeschrieben; das andere war lediglich eine lästige Pflicht. Seinerzeit mußte man auch noch nicht soundso viele Scheine und Klausuren nachweisen, wie das heute der Fall ist - man mußte nur eben zur rechten Stunde »fit« sein, um zu bestehen. Aber dieser ganze meist nur technische Ballast hat mich leichtsinnig sein lassen, weil ich mir dachte, daß man das ja wohl irgendwann einmal nachlesen könnte - aber studieren, das wollte ich bei Franz Oppenheimer.

Ein früherer Lehrer, Wilhelm Rieger - übrigens auch ein Verehrer von Franz Oppenheimer -, hat mich zur Wissenschaft hingeführt, aber wissenschaftlich denken gelehrt in straffer innerer Zucht hat mich Franz Oppenheimer, und das danke ich ihm noch heute! Ich erinnere noch, als er mir nach einem langen Gespräch sagte: »Sie sind ein theoretischer Kopf.« Ich kann dazu heute nur sagen: Alle nachfolgenden Ehrendoktoren, die ich erhalten habe, und sämtliche Orden bedeuten mir keine so hohe Auszeichnung als von Oppenheimer zu hören, ich wäre ein »theoretischer Kopf«. Ja, das waren beglückende und gesegnete Jahre. Dabei haben auch mich manchmal Zweifel geplagt, ob die Bodensperre - historisch gesehen wohl unbestreitbar - auch noch heute die Quelle der Unfreiheit und [S. 860] möglicher Ausbeutung sein könne. Oppenheimer ging ja so weit, den Kapitalzins aus der Bodensperre abzuleiten. Diese große Persönlichkeit aber vertrug selbst Widerspruch, wenn er nur spürte, daß den Schüler die Suche nach Wahrheit und Erkenntnis bewegte.

Schließlich ging ich also dann doch zum Examen. Oppenheimer, der seinerzeit wegen einer Bronchitis einen Winter in Cellerina verlebte, sagte mir: »Wenn Sie Zeit haben, kommen Sie doch zu mir nach Cellerina.« Und so geschah es dann auch. Vorher waren wir uns schon oft außerhalb der Universität begegnet, auch in Sommeraufenthalten auf seinem Wohnsitz im Gute Rützendorf in Wrietzen. Dort lernte ich unmittelbar, von ihm selbst demonstriert, auch das Siedlungswesen in der Praxis kennen.

Zum eigentlichen Examen fragte er mich: »Ja, was soll ich Sie eigentlich prüfen; ich kenne Sie so gut und wir haben so viel diskutiert, daß alles klar ist.« Dann sind wir auf Bergfahrt gegangen. Es war, so glaube ich, in etwa 3000 Meter Höhe, als er mir sagte: »Jetzt verleihe ich Ihnen den >höchsten< akademischen Grad - nämlich in 3000 Meter Höhe!«

Und dann kehrte ich wieder in die Niederungen nach Frankfurt zurück. Ich will von jenen Erlebnissen nur eines schildern, um doch auch den Respekt deutlich zu machen, den Franz Oppenheimer genoß. Ein damals sehr bedeutender Statistiker, Professor Zizek, war gerade in einer Fachzeitschrift heftig angegriffen worden, weil die Prüfungen bei ihm

eigentlich nur noch eine Farce wären. Zizek, ein temperamentvoller Mann, schäumte auf und sagte: »Es solle ja keiner mehr wagen, zu mir in die Prüfung zu gehen, denn natürlich kann ich auch jeden durchfallen lassen, und jetzt wird das so gemacht!«

Na, ich konnte nicht mehr ausweichen und habe mich gemeldet. »Wissen Sie auch, was Sie tun?« Ich erwiderte, daß ich von seiner Aussage gehört habe, aber es bliebe mir nichts anderes übrig. Und dann ereignete sich ein merkwürdiger Zufall! »Sagen Sie mal, bei wem haben Sie denn promoviert?« »Bei Franz Oppenheimer.« Das war nämlich eine Seltenheit -. Darauf Zizek: »Bei wem?« »Ja, bei Franz Oppenheimer.« »Haben Sie ein theoretisches Thema behandelt?« »Ja«, sagte ich, »ich habe über >Wesen und Inhalt der Werteinheit< geschrieben.« »Ach«, lautete die Antwort, »das also gibt es doch noch bei uns in Frankfurt?!« -

Damit war die Prüfung beendet.

Das sind heitere Reminiszenzen um eine ernste und bewegte Zeit, denn diese Zeit war im politischen Leben erregend genug, und nicht zuletzt hat auch das unsere Gemeinsamkeit bestimmt, vor allem aber mich selbst geprägt. Man kann bei Gott nicht sagen, daß Oppenheimer eine »wertfreie« Wissenschaft lehrte; nein, er war zu temperamentvoll, um sein Wollen nur in eine theoretische oder akademische Aussage zu kleiden. Ich denke noch daran, wenn er z. B. bei allem Respekt vor den Klassikern [S.861] - das ist hier schon angeklungen - gleichwohl von dem »Malthusschen Bevölkerungsgeschwätz« sprach, und wenn er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit, hart und oft auch ironisch, die verschiedenen modernen Beiträge zur Nationalökonomie analysierte.

Etwas hat mich so tief beeindruckt, daß es für mich unverlierbar ist, nämlich die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit. Er erkannte den »Kapitalismus« als das Prinzip, das zur Ungleichheit führt, ja das die Ungleichheit geradezu statuiert, obwohl ihm gewiß nichts ferner lag als eine öde Gleichmacherei. Auf der anderen Seite verabscheute er den Kommunismus, weil er zwangsläufig zur Unfreiheit führt. Es müsse einen Weg geben - einen dritten Weg -, der eine glückliche Synthese, einen Ausweg bedeutet. Ich habe es, fast seinem Auftrag gemäß, versucht, in der Sozialen Marktwirtschaft versucht, einen nicht sentimental, sondern einen realistischen Weg aufzuzeigen.

Aus meinem Erleben der letzten zwanzig Jahre weiß ich unmittelbar um diese Auseinandersetzung. Oppenheimer nannte seine Lehre einen »liberalen Sozialismus«. Wenn man, wie ich, im politischen Leben steht, wird man auf Herz und Nieren geprüft: Predigst du nun auch oder wirkst du im Sinne eines liberalen Sozialismus? Nun, ich habe Adjektiv und Substantiv verlagert. Das hat übrigens auch mein Freund Wilhelm Röpke getan - und sagte dazu, daß ein »Sozialer Liberalismus« die Akzente gewiß etwas verlagert, aber dem Prinzip, um das es geht, dennoch treu bleibt. Es ist der gleiche Geist, und darum ist es auch kein Zufall, daß

die Frage: Gibt es eine Oppenheimersche Schule, rein formal gesehen, zu verneinen ist. Es gibt sie nämlich deshalb nicht, weil, wie schon gesagt, Oppenheimer keine »Jünger«, sondern »Schüler« erziehen wollte. Das aber ist für eine »Schulbildung« im herkömmlichen Sinne nicht die richtige Grundlage; aber die Wirkung ist um so größer, wenn ein Mann eine so überaus starke geistige Ausstrahlung auf viele Menschen ausgeübt hat, wie das bei Franz Oppenheimer der Fall war.

Man reiht mich gemeiniglich ein in die Kategorie der »Neoliberalen«. Es mag so geschehen; ich wehre mich gar nicht dagegen, denn Gelehrte, von Walter Eucken angefangen über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm, um nur einige zu nennen, haben im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt, indem sie einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Beschränkungen des Wettbewerbs und vor allen Dingen gegen Monopole führten. Sie zerstörten wie Oppenheimer den Optimismus sowohl der klassischen Lehre als auch des üblichen Liberalismus, daß die prästabilisierte Harmonie ein Eigengewächs der wirtschaftlichen Entwicklung wäre. Nein, wenn und wo nicht ein vollständiger Wettbewerb besteht, wo immer Konkurrenz durch faktische oder rechtliche Maßnahmen unterbunden, [S. 862]unterdrückt oder geschmälert wird, gibt es keine Freiheit - dort gibt es auch keine Gerechtigkeit. Ich habe es mir angewöhnt, das Wort Gerechtigkeit fast immer nur in Anführungszeichen auszusprechen, weil ich erfahren habe, daß mit keinem Wort mehr Mißbrauch getrieben wird als gerade mit diesem höchsten Wert.

Als mir dann im Jahre 1948 der Auftrag zuteil wurde, das deutsche wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben aus dem völligen Zusammenbruch heraus neu zu ordnen, war ich mir über eines klar: Die Bilder und praktizierten Modelle der Vergangenheit reichen zu einer Lösung nicht mehr aus.

Das erste, was ich aufgenommen habe, war der leidenschaftliche Kampf gegen Monopole und gegen die mannigfachen Bindungen, die menschliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten zur Folge haben mußten. Aus dieser Haltung heraus wurde das deutsche Kartellgesetz oder besser gesagt Antikartellgesetz geschaffen.

Vor mir steht noch der Kampf um die Aufhebung der »Preisbindung der zweiten Hand«. Zwar wird man mir sagen: Du hast deine Gedanken doch nur teilweise oder begrenzt durchsetzen können. Monopole kann man unter Mißbrauchsaufsicht stellen, Kartelle kann man verbieten oder in ihrer Wirksamkeit so weit beschränken bzw. einengen, daß daraus kein Übel erwächst.

Aber da hat mich Oppenheimer ein weiteres gelehrt. Er wußte nämlich um die »Theorie der reinen und der politischen Ökonomie«. Ich habe es in der Zwischenzeit reichlich erfahren, welcher Unterschied zwischen der reinen und der politischen Ökonomie besteht.

Mir ist im Bundestag zuweilen vorgeworfen worden: »Können Sie das, was Sie da gemacht haben, mit ihren theoretischen Grundüberzeugungen in Einklang bringen?« Darauf konnte ich nur antworten, daß ich um meine Sünden weiß, aber wichtig wäre dabei, daß, wenn man schon sündigen muß, sich dessen auch bewußt ist, wann und in welchem Ausmaß das geschieht. Und das eben habe ich immer gewußt; ich habe es auch immer wieder ausgesprochen.

Auch meine Einstellung zur Macht hat ihre Wurzel in der Ethik Franz Oppenheimers. Ich meine dabei nicht nur die wirtschaftliche Macht, ich meine auch die politische Macht. Nicht, daß ich an die Verbrechen einer tragischen Vergangenheit erinnern möchte - nein, hier handelt es sich um ein modernes gesellschaftspolitisches Problem überhaupt. Natürlich weiß jede Zeit um die ihr gemäßen Mittel. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie oft mir Oppenheimer gegenwärtig und lebendig war, als ich vor Entscheidungen stand, die nach der herkömmlichen Meinung und nach der Interessenlage der einzelnen Gruppen nicht gerade immer populär anmuteten. Sie haben sich aber zuletzt doch immer als richtig erwiesen.

[S. 863] Meine Damen und Herren! Macht! - ja ich sage immer: wer Macht besitzt und dazu rechtschaffen ist, wird fast demütig sein vor den Möglichkeiten, die ihm die Macht an die Hand gibt. Man wirft mir ja allenthalben vor, daß ich kein richtiges Verhältnis zur Macht hätte. Nun, ich möchte das anders ausdrücken: Ich habe kein Verständnis für den Mißbrauch der Macht und gehe deshalb damit pfleglich um. Ich glaube zudem, daß es zu einer guten Politik gehört, zu verhindern, daß Machtpositionen sich überhaupt ausprägen können, daß Macht gegen Macht ausgespielt wird.

Wenn in der Richtung Fortschritte erzielt werden, daß wir, sei es auf europäischer oder atlantischer Ebene, über die Enge der Nationalstaaten hinwegfinden, daß wir gemeinsame Märkte schaffen - offene, freie Märkte -, in denen sich die Konkurrenz frei entfalten kann, nicht mehr behindert durch staatliche Manipulationen und nicht durch künstliche Barrieren begrenzt, dann erwächst daraus sicher eine andere Art von Konkurrenz, als sie Oppenheimer aus seiner Sicht historisch und zeitbedingt völlig zu Recht aus dem Großgrundeigentum abgeleitet hat. Weil die Wurzel absolut wahr und wahrhaftig ist, glaube ich, seinem Gebot gefolgt zu sein.

Wie sehr Oppenheimer in mir lebt, das habe ich neulich erfahren, als ich in einer freien Rede zu Europa sagte: Was ich mir vorstelle, das ist ein Europa der »Freien und der Gleichen«. Und als ich dann sein Buch »Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes« zur Hand nahm, las ich aus seiner Feder fast erschreckt von »einer Gesellschaft der Freien und der Gleichen«. Diese Gesinnung ist also offenbar so sehr Bestandteil meines eigenen Wesens geworden, daß man sich selbst in der Sprache und im Ausdruck unbewußt wieder begegnet.

Franz Oppenheimer, mein geliebter Lehrer, war ein Mann, der mit heißem

Herzen, aber mit kühlem Kopfe an die Probleme herangegangen ist, und er hat alle verachtet, die in der Umkehrung mit schwülem Kopf und kaltem Herzen ein Volk beglücken zu können glaubten. Er hatte das rechte Augenmaß für die Dinge.

Solange ich lebe, werde ich Franz Oppenheimer nicht vergessen! Ich werde glücklich sein, wenn die Soziale Marktwirtschaft - so vollkommen oder so unvollkommen sie auch sein mag - weiter zeugen wird auch für das Werk, für den geistigen Ansatz der Gedanken und die Lehre von Franz Oppenheimer.

Ich glaube, daß viele Menschen es nicht zu ermessen wissen, wieviel sie einem einzigen Manne zu verdanken haben. Ich weiß es, und ich habe dem auch dadurch Ausdruck gegeben, daß in meinem Arbeitszimmer über lange Zeit nur ein Bild stand, das meines Lehrers Franz Oppenheimer. Ich glaube, er wäre auch damit einverstanden, wenn er wüßte, daß in der »Reihe bedeutender Deutscher« jetzt auch eine Marke mit dem Porträt von [S. 864] Franz Oppenheimer herausgegeben wird. Daß ich glücklich bin, auch zu dem »Franz-Oppenheimer-Institut« etwas beitragen zu können, versteht sich von selbst.

Ich denke auch noch mit Wehmut und Trauer an den Abschied. Er hatte Tränen in den Augen, als er sagte: »Nun muß ich mein Vaterland verlassen.« Denn er fühlte sich als Deutscher. Er verkörperte im reinsten und edelsten Sinne deutschen Geist und deutsche Kultur. Seinem Andenken sei darum für heute und immerdar Dank und Ehre!

Zur "Franz Oppenheimer Homepage" <<http://fropp.de/index.php?id=5>>

übernommen von: www.opp.uni-wuppertal.de
=====

5. Franz Oppenheimer,

Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages, von Erich Preiser

Franz Oppenheimer

Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages.
In: Franz Oppenheimer zum Gedächtnis. Frankfurter
Universitätsreden, Heft 35, Frankfurt am Main 1964, (S. 11-25).

von Erich Preiser

[S. 11] Franz Oppenheimer, zu dessen Gedächtnis wir uns heute versammelt haben, gehört zu den großen Gestalten einer Gelehrten-Generation, zu der wir mit Bewunderung, aber auch mit dem Gefühl aufblicken, daß ihr Werk nur einmal und nur damals möglich war. Vereinigung von Theorie und Geschichte war ihr Ziel, Soziologie der Name für das, was sie versuchten. Neben Franz Oppenheimer steht Max Weber, im gleichen Jahre 1864 geboren, und der um ein Jahr ältere Werner Sombart. Wo immer sie ihre Wurzel hatten, in der Nationalökonomie oder in der Jurisprudenz, haben sie nach dem geschichtlichen Stoff gegriffen, haben sie ihn im Netz ihrer Begriffe und ihrer Hypothesen zu fassen gesucht. Es gehörte Mut dazu und Selbstbewußtsein und ein gehöriges Stück Optimismus. Mit dem Drang zur universalen Betrachtung des gesellschaftlichen Lebens verband sich der Wunsch, auf das Schicksal ihrer Generation Einfluß zu nehmen, sei es neben der wissenschaftlichen Arbeit wie bei Max Weber, sei es durch sie wie bei Franz Oppenheimer. Jedenfalls haben sie weit über den akademischen Bereich hinaus gewirkt, Jünger um sich versammelt, das Gesicht ihrer Zeit mitgeprägt. Trotzdem blieben sie Alleingänger. Weder bildete sich eine Schule, wie sie Gustav Schmoller aufgerichtet hatte, noch gab es die Kommunikation, wie sie heute unter den Nationalökonomien der ganzen Welt besteht. Anders also war diese Zeit und waren die Männer, die ihr den Stempel aufdrückten, aber eben weil wir so nüchtern und illusionslos geworden sind, mag uns die Besinnung auf ihr Werk und im besonderen die Erinnerung an Franz Oppenheimer die Weite des Blicks und die Begeisterung wiedergeben, die uns die trockene Sachlichkeit des heutigen Wissenschaftsbetriebs und der Perfektionismus unserer spezialisierten Arbeit geraubt hat.

Wenn die Universität Frankfurt die Gedenkstunde seines 100. Geburtstags mit den Feierlichkeiten ihres 50jährigen Jubiläums vereint, [S. 12] so ehrt sie mit der Persönlichkeit Franz Oppenheimers zugleich sich selbst. Es war nicht irgendeiner, den sie im Jahre 1919 auf den Lehrstuhl für Soziologie und ökonomische Theorie geholt hat. Sein Lebenswerk war in den Grundzügen abgeschlossen. Aber es war umstritten, und man mußte wissen, daß hier nicht nur ein Soziologe - damals sozusagen als Verzierung - kam, sondern ein scharfsinniger und kämpferischer Nationalökonom, der die Luft seiner Heimatstadt Berlin mit sich brachte und über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt war. Mit seiner Berufung hat die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, damals ein wenig despektierlich auch die fünfte Fakultät

genannt, den entscheidenden Schritt über ihre Vergangenheit hinaus getan, und wenn auch die Masse der aus dem Krieg zurückströmenden Studenten sich nach wie vor den technischen Details der Handelswissenschaften widmete und nebenbei die Langeweile der hergebrachten nationalökonomischen Vorlesungen über sich ergehen ließ, so sammelte sich jetzt doch in den Vorlesungen und besonders in den Seminaren des neuen Professors die Elite, der es nicht bloß um die Vorbereitung auf den Beruf ging, sondern um wissenschaftliche Einsicht und um Aufklärung über die Unruhe der Zeit.

Die heutige Jugend kann sich schwer vorstellen, wie es einem Kommilitonen vor 45 Jahren zu Mute war. Wer heute Nationalökonomie oder Soziologie studiert, befaßt sich mit einem Fach, in dem es zwar sachliche Differenzen und professorale Eigenheiten gibt, aber weder einen ernstlichen Streit um die Methode noch gar weltanschauliche Parteien. Theorie läßt sich ganz einfach erlernen, und es kommt auch nicht sehr darauf an, wo das geschieht. Damals aber fehlte es an der Einigkeit schon über die Grundlagen. Der Methodenstreit war freilich eingeschlafen, die Vorherrschaft der Historischen Schule, die sich in belanglosen empirischen Untersuchungen erschöpfte, zu Ende gegangen, aber es konnte immer noch vorkommen, daß ein in seinem Fach angesehener Kollege zu einem, der es erst werden wollte, mit herablassendem Schulterklopfen sagte: "Junger Mann, schreiben Sie erst einmal eine solide wirtschaftshistorische oder wirtschaftspolitische Arbeit - Theorie können Sie später noch genug treiben." In dieser Theorie aber wiederum waren die platten Allerweltsweisheiten der Vorlesungen fast noch erträglicher als der Eklektizismus der Lehrbücher - ganz abgesehen [S. 13] von der apologetischen Haltung, in der die Nationalökonomie betrieben wurde. Die Marxisten wiederum, am Rande der Universität angesiedelt, blickten mit Verachtung auf die bürgerliche Ökonomie, obwohl sie ihrerseits zu Marxphilologen und argen Doktrinären geworden waren.

So ging, wer kritisch war, zu Oppenheimer. Hier gab es eine saubere Methode, eine an den Klassikern und an Marx geschulte Theorie, ein geschlossenes und widerspruchsfreies System, das mit der Erfahrung im Einklang zu stehen schien. Man mochte Vorbehalte machen; manches schien einseitig und überspitzt. Aber man hatte Boden unter den Füßen, und wer sich Oppenheimer anvertraute, wurde in strenge Zucht genommen. Seine Seminare galten als schwer, er ließ nichts durchgehen. Freilich, Oppenheimer stand zwischen den Fronten, und wer sich zu ihm bekannte, hatte es nicht leicht. Man war auf sich gestellt, denn auch der Kreis, der sich um Oppenheimer scharte, in Frankfurt und vorher schon in Berlin, war alles andere als homogen. Allzu verschieden war die Herkunft und waren die Interessen derer, die zu ihm stießen: Philosophen, besonders aus der Schule Leonard Nelsons, Soziologen und Nationalökonomien. Allen bot er etwas, aber jeden ließ er gewähren, und wie sie kamen, so gingen sie auch wieder, jeder seinen Lebensweg: auf Lehrstühle, in die Verwaltung und in die Praxis, ohne daß man viel von der Gemeinsamkeit einer Schule spüren könnte. Wie verschieden sie waren,

bezeugen schon die Namen derer, die ich wegen ihrer besonderen Beziehungen zu Frankfurt als einzige nenne: Adolf Löwe, Julius Kraft und Gottfried Salomon, der uns schon als junger Privatdozent durch seine geistvollen Anregungen wie durch seine menschliche Wärme in den Bann gezogen und den der Tod vor kurzem mitten aus lebendigster Arbeit herausgerissen hat. Es gab und es gibt keine Oppenheimerschule, aber es gab die Schulung des Denkens bei ihm und durch ihn, und sie war es, die Frankfurt in den zwanziger Jahren neben Kiel und Heidelberg zu einem Zentrum der sozialwissenschaftlichen Ausbildung machte. Die Universität ihrerseits hat sich, als sie Oppenheimer berief, als das Geschöpf des Frankfurter Bürgergeistes erwiesen: damals wie heute offen für alles Neue, im Theater- und Musikleben und auch in der Wissenschaft.

[S. 14] Jedoch, nicht von Oppenheimer und Frankfurt soll hier weiter die Rede sein, sondern von ihm selbst, seinem Leben und seiner Arbeit. Sein Weg zur Nationalökonomie und zur Soziologie ist der Weg eines Außenseiters, der die gesellschaftliche Welt erkennen will, um sie zu verändern. Er beginnt mit dem Nachdenken über praktische Reformen und gipfelt in einem wissenschaftlichen Werk von stupender Gelehrsamkeit. Wie ist es dazu gekommen?

Franz Oppenheimer wurde am 30. März 1864 als Sohn eines Rabbiners geboren, der Altphilologie, orientalische Sprachen und Theologie studiert, sich aber bald von der Orthodoxie gelöst hatte und Prediger an der jüdischen Reformgemeinde Berlins geworden war. Es war ein durch und durch liberales Haus, in dem er aufwuchs, vom Vater und von der Mutter her, und es war ein Haus, in dem nur geistige Werte zählten; aus einer langen Reihe gelehrter Vorfahren war nur der Großvater - aus finanzieller Not - Kaufmann geworden. Ein Schwager und Freund Oppenheimers war Richard Dehmel, ein anderer Schwager der Leipziger Ägyptologe Steindorff, sein Bruder der bekannte Professor der Chemie Carl Oppenheimer. Der aufkommende Antisemitismus der Zeit ließ ihn auf das beabsichtigte Studium der Philologie und der Geschichte und einen darauf aufbauenden Berufsweg verzichten. So studierte er Medizin und war von 1886 bis 1895 zuerst als praktischer Arzt, dann als Spezialist für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden tätig. Befriedigung fand er freilich nicht: "Die größte meiner Fähigkeiten", so schreibt er, "blieb unausgenutzt: die Fähigkeit zu denken". Aber zweierlei nahm er für später mit, die Erfahrung der Krankheiten, denen offenbar nicht der Arzt, sondern nur der Nationalökonom abhelfen konnte, vor allem der Säuglingssterblichkeit und der Tuberkulose, und das Bild von Gesundheit und Krankheit auch im gesellschaftlichen Organismus, das zu einem Leitstern seiner späteren Lebensarbeit wurde. Aber was ihn dann zu den Sozialwissenschaften brachte, war doch erst die Berührung mit dem liberalen Sozialismus, die er im »Ethischen Klub« der Berliner Bohème fand. Tief beeindruckte ihn Theodor Hertzkas utopischer Roman »Freiland«; in der gleichen Zeit las er Smith, Marx und Dühring. Es war der Gedanke der [S. 15] Siedlungsgenossenschaft, der ihn von da an nicht mehr losließ und dem später auch sein Sohn Ludwig seine ganze Aufmerksamkeit widmete. Aber wenn Hertzka und andere die

Siedlungsgenossenschaft sozusagen für sich und isoliert betrachteten, so ging Oppenheimer sogleich einen Schritt weiter. Was ihn bewegte, war nicht die Oase als solche, wie sie ja in dieser oder anderer Form schon viele utopische Sozialisten erdacht und experimentiert hatten, sondern ihre Wirkung auf die nahe und ferne Umgebung: weil der Lohn in der Oase hoch steht, auf dem vollen Arbeitsertrag, wie man damals sagte, saugt sie Arbeiter an, mit der Konsequenz, daß das Lohnniveau auch draußen steigt und die Grundrente überall reduziert wird. Das Nachdenken über diese Probleme beschäftigte ihn so sehr, daß er sich entschloß, die Praxis aufzugeben. Den Mut dazu gab ihm vollends der Feuilletonwettbewerb einer Zeitung, die zwei Preise über das Thema »Norddeutsch und Süddeutsch« ausgeschrieben hatte: er gewann sie beide und verdiente seinen Lebensunterhalt von da an bis zu seiner Berufung nach Frankfurt als Journalist und freier Schriftsteller.

Im Vordergrund aber stand das Studium der Nationalökonomie und die wissenschaftliche Arbeit. Sie beginnt mit der Prüfung der genossenschaftlichen Literatur, aus der 1896 sein erstes größeres, noch etwas altmodisch anmutendes Werk »Die Siedlungsgenossenschaft« hervorging; und sie führt sogleich, nur zwei Jahre später, 1898, mit dem Buch »Großgrundeigentum und soziale Frage« zur ersten Skizze seiner Gesamttheorie. Man kennt dieses Buch seit langem nicht mehr; es ist aufgegangen im Riesenwerk des »Systems der Soziologie«. Aber es war, trotz allen Unvollkommenheiten, ein genialer Wurf, und wer nichts weiter von Oppenheimer läse, hätte hier dennoch in nuce seine ganze Theorie: zunächst die systematische Lehre von der Physiologie und Pathologie der Tauschwirtschaft, d. h. das, was Oppenheimer später die Theorie der reinen und politischen Ökonomie nannte, sodann, im zweiten Teil, einen Abriss der Wirtschaftsgeschichte, an dem er seine Thesen zu verifizieren suchte; und er hätte zugleich das Bild eines Nationalökonomens, der, damals noch ohne breite Literaturkenntnis, mit nachtwandlerischer Sicherheit die Methode handhabt, die auf Adam Smith und Johann Heinrich v. Thünen zurückgeht.

Oppenheimer war damals 34 Jahre alt, ein Neuling, unbekannt in [S. 16] der Fachwelt; sein Buch fand kein Echo. Jetzt ging er daran, was ihm an Literaturkenntnis fehlte, nachzuholen und seine Theorie auszubauen. Monographien über Malthus (1900), Marx (1903) und Ricardo (1909) folgten. Mit dem Ricardo habilitierte er sich in Berlin, wo ihm Schmoller und Wagner freundlich entgegenkamen - ein schönes Beispiel für ihre Vorurteilslosigkeit gegenüber einem Manne, der sich offen als Sozialist bekannte und auch sonst kein Blatt vor den Mund nahm. Seine Erfolge als Lehrer waren groß, die Studenten strömten dem glänzenden Redner in heller Begeisterung zu. Aus seinen ersten Vorlesungen ging 1910 sein nationalökonomisches Lehrbuch »Die Theorie der reinen und politischen Ökonomie« hervor, das später zum Kernstück seines neunbändigen, zwischen 1922 und 1935 entstandenen »Systems der Soziologie« wurde.

Ich kann mich nicht darauf einlassen, den Soziologiebegriff Oppenheimers

zu diskutieren. Soziologie ist für ihn eine Überwissenschaft, die den einzelnen Disziplinen vom gesellschaftlichen Leben die Erkenntnisgrundlagen und den gemeinsamen Bezugspunkt liefert. Zur heutigen Soziologie hat allenfalls der erste Teil seines »Systems« eine Beziehung, die allgemeine Soziologie, die auf die Motivationen des gesellschaftlichen Handelns abzielt und das typische Verhalten einer Gruppe aus ihrer Lagerung ableitet. So wichtig das Oppenheimer zu sein schien, wichtiger für seine Theorie war der zweite Teil des Systems, die Staatssoziologie. Wenn die politische Ökonomie, d. h. der Kapitalismus, sich von der reinen Marktwirtschaft durch den Einfluß unterschied, den das historisch überkommene Großgrundeigentum auf den Wirtschaftsprozess ausübte, so lag es nahe, nach dessen Ursprung zu fragen. Offensichtlich war es durch außerökonomische Gewalt geschaffen, und das wieder führte auf die Frage nach der Entstehung und nach dem Wesen des Staates. Oppenheimer hatte ihr schon 1908 eine spannende kleine Monographie gewidmet, in der er die Eroberungstheorie von Gumplowicz übernahm; im System der Soziologie wurde die Staatslehre erweitert und antikritisch gesichert. Den dritten Teil dieses Systems bildet dann, jetzt soziologisch fundiert, die Wirtschaftstheorie, während der vierte und letzte, so wie es schon in »Großgrundeigentum und soziale Frage« geschehen war, die Gesamtheorie an der Geschichte nachzuprüfen unternimmt.

[S. 17] Sieht man von den spezifisch soziologischen Teilen dieses Werkes ab, das der Verlag Gustav Fischer soeben in ansprechender Form wieder herausgebracht hat, so ist es Ausbau und Zusammenfassung der früheren Entwürfe. Grundsätzlich Neues zur eigenen Theorie Oppenheimers bringt es nicht, aber die ungeheure Literatur, die er durchgearbeitet und hier ausgewertet hat, macht es zu einer Fundgrube gelehrten Wissens und zur unerschöpflichen Quelle der Orientierung nicht nur für den Nationalökonom und den Soziologen, sondern auch und vor allem für den Studenten der Wissenschaft von der Politik, die ja heute das Erbe der Staatssoziologie angetreten hat. Allein, man darf über diesem großen Werk die vielen kleineren Bücher und die zahllosen Aufsätze und Reden nicht vergessen, die Oppenheimer hinterlassen hat. Wie er sich mit den Klassikern auseinandergesetzt hat, so mit der Grenznutzenschule, die er ins Vorfeld der Nationalökonomie verwies. Ein wahres Kabinettstück ist die dritte Auflage von »Wert- und Kapitalprofit« (1926), in dem er die objektive Wertlehre neu begründet, wobei der durch die Konkurrenz bewirkte Ausgleich des Einkommens Gleichqualifizierter den Ausgangspunkt bildet und der Kapitalprofit als Monopolgewinn abgeleitet wird. In diesen Zusammenhang gehören auch seine scharfsinnigen Diskussionen mit Schumpeter und Amonn. Mit anderen Schriften wiederum wollte er in die Breite wirken; so mit der Kritik an Kautsky in der Streitschrift »Die soziale Frage und der Sozialismus« (zuerst 1912), deren Lektüre ein intellektueller Genuß ist, sowie mit dem zuerst in den kritischen Jahren 1919 und 1931 publizierten, 1962 nachgedruckten Buch »Weder Kapitalismus noch Kommunismus«, in dem er die Grundzüge seiner Theorie vom liberalen Sozialismus zusammenfaßt und zum schleunigen Handeln auffordert.

Zum Handeln! Gemeint war die Reform, die das Großgrundeigentum

beseitigen, der Zukunft einer Marktwirtschaft ohne Klassenunterschiede den Weg ebnen sollte, die Siedlung, die innere Kolonisation, wie man damals sagte. Was Oppenheimer dabei besonders am Herzen lag, war die Form der Siedlungsgenossenschaft, von der er ja ausgegangen war, und unsere Darstellung seines Lebens und seiner Arbeit wäre nicht vollständig, wenn wir nicht die praktischen Versuche wenigstens erwähnten, die er selbst angeregt hat. Ich nenne als Beispiel [S. 18] nur die zu großer Blüte gelangte Obstbausiedlung Eden bei Berlin-Oranienburg und das Gut Bärenklau bei Velten in der Mark. Wir kehren zum Anfang zurück, zu seiner Lieblingsidee. Das Beispiel sollte Schule machen; auch ein nur kleiner Anfang würde, so meinte er, das Großgrundeigentum so ins Hintertreffen bringen, daß es von selbst verschwände. Es ist anders gekommen, als er es sich vorstellte. Auf ganz andere Weise ist das Großeigentum am Boden in Deutschland beseitigt worden, auf eine Weise, die er, der deutsche Patriot, weder gewünscht noch gebilligt hätte. Er hat es nicht mehr erlebt. Die Naziherrschaft zwang ihn zur Auswanderung, seine Bücher wurden makuliert. 1938 ging er mit seiner Tochter Renate über Japan, wo er vorübergehend einen Lehrauftrag hatte, nach Kalifornien. In Los Angeles ist er am 30. September 1943 gestorben.

Soviel über das Leben und die Arbeit Franz Oppenheimers. Es ist an der Zeit, daß wir die Bruchstücke, die uns die Darstellung seiner Entwicklung geliefert hat, zu einem geschlossenen Bild zusammenfügen und uns zugleich fragen, was von seinem Werk heute noch Bestand hat.

* * *

Man findet den Zugang zu Oppenheimer am besten, wenn man davon ausgeht, daß der Kapitalismus für ihn ein historisches Phänomen war und daß die Geschichte nicht nur gewesen ist, sondern auch gewirkt hat. Das scheint trivial; die Klassiker waren der gleichen Ansicht, und Marx erst recht, von der Historischen Schule ganz abgesehen. Vergleicht man damit aber die Art und Weise, in der nationalökonomische Theorie heute betrieben wird, so sieht man, wie sehr sich - seit der Grenznutzenschule - die Betrachtungsweise geändert hat. Wir operieren am Modell einer Tauschwirtschaft, die nichts von den großen Wirkungen der Geschichte zeigt. Technische und psychologische Daten bestimmen den Wirtschaftsprozess, und die Abstraktion von der Geschichte wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß wir - im Interesse der Wirklichkeitsnähe - zahllose Marktformen und die verschiedensten Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte unterscheiden. Der Rahmen des Prozesses, die Wirtschaftsordnung, ist ein blasser Schemen. Wohl setzen wir die Institution des Privateigentums voraus, aber seine Verteilung [S. 19] scheint für die theoretische Betrachtung gleichgültig zu sein, mit anderen Worten: wir gehen von einer beliebigen Anfangsverteilung der Güter aus. Man kann den Prozeß der Produktion und der Preisbildung damit erklären, den Prozeß der Distribution - trotz der Grenzproduktivitätstheorie - nicht. Gerade auf ihn aber richtet sich, wie vorher schon bei Smith, Ricardo, Marx, das Interesse Oppenheimers.

Die Anfangsverteilung der Güter ist nicht beliebig, sie ist das Ergebnis der Geschichte. Freilich gibt es für die Ungleichheit dieser Verteilung zwei Erklärungen: die schon von Marx verspottete Kinderfibel von der ursprünglichen Akkumulation, nach der die Ungleichheit des Vermögens sich zwangsläufig aus der Ungleichheit der Menschen ergibt, und die These von der gewaltsamen Aneignung besonders des Bodens als des wichtigsten Produktionsmittels. Es könnte auch beides zusammenwirken, aber so viel steht fest, daß die ursprüngliche Akkumulation allein niemals im Stande wäre, die tatsächliche Verteilung des Eigentums am Beginn und im weiteren Verlauf der Industrialisierungsepoche zu erklären. Die Nationalökonomie muß dieser Tatsache Rechnung tragen, und wenn sie sich selbst nicht zuständig fühlt, die Entstehung der Ungleichheit zu untersuchen, so muß sie den Historiker, besser: den Geschichtssoziologen, zu Hilfe rufen.

Wir verstehen jetzt, warum Oppenheimer seiner nationalökonomischen Theorie die Staatstheorie vorausschickt. Entstanden aus Eroberung, gegründet auf Gewalt, ist der Staat das politische Mittel, das es dem Sieger erlaubt, den Besiegten auszubeuten. Land- und Seenomaden sind die Staatengründer, und ihre erste und wichtigste Maßnahme ist immer die Aneignung des bebauten Bodens und die Sperrung auch der freien Flächen. Die Bodensperre wird damit zum wichtigsten Faktum der Sozialgeschichte.

Es mag sich nachher zwischen Ober- und Unterschicht ein Consensus herstellen - seinem Wesen nach bleibt der Staat doch, was er immer war, Klassenstaat. Die bürgerliche Revolution hat die Ständescheidung beseitigt, aber die Bodensperre hat sie bestehen lassen, und das ist der Grund dafür, daß auch nach Aufhebung aller rechtlichen Privilegien und trotz des für die Marktwirtschaft konstitutiven Prinzips des »do ut des« in Gestalt von Grundrente und Kapitalprofit die alte Herrenrente weiterbesteht. Das politische Mittel der Güterbeschaffung, die Gewalt, wirkt weiter auch in einer Gesellschaft, [S. 20] die grundsätzlich auf dem ökonomischen Mittel der Güterbeschaffung, Arbeit und friedlichem Austausch, aufgebaut ist.

Wie geht das zu? Wenn Oppenheimer die Weiterexistenz des politischen Mittels nachweisen wollte, so mußte er die ökonomische Kategorie finden, die dem soziologischen Begriff der Gewalt entspricht. Er fand sie im Begriff des Monopols, genauer: des Klassenmonopols. Wenn der Zugang zum Boden gesperrt ist, so haben alle Bodenbesitzer den Landlosen gegenüber die Stellung eines Monopolisten bzw., wie wir heute sagen würden, Monopsonisten. Faßt man diesen Begriff wörtlich, so stimmt das natürlich nicht, da ja auch die Bodenbesitzer untereinander konkurrieren; um diesen Punkt ging seinerzeit das Streitgespräch mit Schumpeter. Nimmt man aber den Begriff der Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses zu Hilfe, so ist evident, daß die Bodenbesitzer eine Vorzugsposition haben, die es ihnen erlaubt, ihre Kontrahenten, die landlosen Arbeiter, auszubeuten.

Mit dieser Argumentation war nun zwar die Grundrente erklärt, nicht aber der Kapitalprofit. Man kann den Boden sperren, er ist unvermehrbar.

Produzierte Produktionsmittel aber sind beliebig vermehrbare Güter, und es ist nicht einzusehen, wie sie zur Quelle eines dauernden Renteneinkommens werden könnten. Allein, die Erfahrung der Zeit, in der Oppenheimer lebte und schrieb, schien auch hier eine einleuchtende Erklärung zu liefern. Es war die Zeit der großen Binnenwanderungen aus den Gebieten des Großgrundbesitzes im deutschen Osten in die Industriezentren des Westens; es war die Zeit, in der v. d. Goltz (1893) einen gesetzmäßigen Zusammenhang der Auswanderung mit dem Umfang des Großgrundbesitzes feststellte. Oppenheimer hat auf dieses Gesetz den allergrößten Wert gelegt. Die industrielle Reservearmee rekrutierte sich also aus denen, die dem sozialen Druck in den Gebieten des Großgrundbesitzes auswichen; dorthin rückte der Grenzkuli nach, und er war es, der letztlich das Lohnniveau auch im industriellen Bereich bestimmte. Der Druck auf den industriellen Arbeitsmarkt aber verschaffte nun auch dem Eigentümer produzierter Produktionsmittel eine Monopolstellung. Grundrente und Kapitalprofit flossen aus der gleichen Quelle, sie waren unbezahlte Arbeit, Mehrwert. Primär aber war und blieb das Bodenmonopol. Marx scheiterte, so meint Oppenheimer, an seiner industriezentrischen Betrachtung; [S. 21] nur eine agrozentrische führt zur Aufdeckung des Krankheitskeims, der die reine Ökonomie der Marktwirtschaft zur politischen Ökonomie des Kapitalismus macht. Die Therapie ergibt sich fast von selbst. Die Beseitigung des Großgrundeigentums würde dem allgemeinen Klassenmonopol den Boden entziehen, die industrielle Reservearmee verschwände, und die Bahn wäre frei für eine auf Arbeit und Austausch allein gegründete Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Dies ist der Kern der Oppenheimerschen Theorie. Er nennt sie die Theorie des liberalen Sozialismus und kennzeichnet damit selbst ihren pragmatischen Charakter. Sie ist die Basis seiner Utopie, aber die Utopie von heute ist für ihn die Wirklichkeit von morgen. Sein ganzes Werk dient dem Nachweis, daß man die Mängel des Kapitalismus nicht dem System der Konkurrenz zuschreiben dürfe, und nirgends kann man mehr über die Triebkräfte der Marktwirtschaft und das Funktionieren der Selbststeuerung lernen als bei ihm. Man braucht sich daher nicht zu wundern, daß Oppenheimer heute gern zum Propheten der sozialen Marktwirtschaft gemacht wird. Aber man trifft damit nur die halbe Wahrheit, und mit demselben Recht können sich die Kritiker der sozialen Marktwirtschaft auf ihn berufen. Die Freibürgerschaft der Zukunft war für ihn eine Marktwirtschaft, in der der statische Profit, d. h. das reine Besitzeinkommen, verschwunden ist und nur noch dynamische Profite, Schumpetersche Fortschrittsprämien, existieren; sie war zugleich eine Wirtschaft ohne konjunkturelle Störungen. Unsere Gegenwart zeigt ein anderes Bild; wenn das Idealbild der Zukunftsgesellschaft jemals Wirklichkeit werden sollte, so liegt sie in weiter Ferne.

Jedoch, man sollte Oppenheimer nicht nach seiner Utopie beurteilen, so wichtig sie ihm selbst war. Das v. d. Goltzsche Gesetz, auf dem sie basiert, ist nicht mehr als die Erfahrung einer Epoche und eines Landes; es taugt für die Diagnose dieser Epoche und dieses Landes, aber nicht

für eine allgemeine Theorie. Wächst die Industrie schnell, so wird auch ein ständig fließendes Angebot von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft von der Nachfrageseite her aufgesogen; und wenn die steigende Produktivität den Reallohn des Industriearbeiters über das Niveau des bäuerlichen Einkommens hinaus hebt, bietet die innere Kolonisation ohnehin keinen Reiz mehr. Das gilt für die fortgeschrittenen Industriestaaten. [S. 22] Anders steht es in den Entwicklungsländern, wo eine Beschäftigungsmöglichkeit in der Industrie fehlt und wo die Aufteilung der Latifundien dem Landhunger der Bauern entgegenkommt und ihr Interesse an der Steigerung des Ertrags hebt. Aber auch hier ist die Landreform, schon wegen der starken Bevölkerungsvermehrung, kein Allheilmittel; ohne Industrie geht es nicht, und die wichtigste Aufgabe besteht darin, überhaupt erst einmal die geistigen, politischen und institutionellen Voraussetzungen der Industrialisierung zu schaffen, die die fortgeschrittenen Industriestaaten in einer langen Geschichte entwickelt haben.

Wenn Diagnose und Utopie Oppenheimers zeitgebunden sind und wenn gerade der Teil seiner Theorie, auf den er besonderen Wert legte, die Lehre von der Bodensperre als der alleinigen Basis des Klassenmonopols, der Kritik nicht standhält, so bleibt dennoch genug, was ihn über seine Zeitgenossen hinaushebt und auch in unserer Gegenwart noch weiterwirkt. Dazu gehört in erster Linie der methodische Gedanke, der schon im Titel seines nationalökonomischen Lehrbuchs seinen Ausdruck findet: die Unterscheidung von »reiner« und »politischer« Ökonomie. Sie läuft auf den Versuch hinaus, im Prozeß der entfalteten Marktwirtschaft das Geflecht derjenigen Beziehungen, die sich mit sachlicher Notwendigkeit aus der Arbeitsteilung ergeben, von den Auswirkungen gesellschaftlicher Machtpositionen zu trennen. In der neoklassischen Theorie verkörpert sich Macht lediglich in den monopolistischen Marktformen; die aus der Geschichte ererbte fundamentale Scheidung von Besitz und Nichtbesitz existiert in ihren Modellen nicht. Bei Marx andererseits stand sie im Zentrum, und er bemühte sich auch nachzuweisen, daß sich das »Kapitalverhältnis« immer wieder reproduziere: steigen die Löhne, so reagieren die Unternehmer mit dem Übergang zu kapitalintensiveren Methoden, und durch die Freisetzung von Arbeitern füllt sich die Reservearmee wieder auf. Aber dieser Beweis ist so wenig überzeugend wie die allgemeine Konsequenz, die er daraus zog, die Konsequenz, daß die Scheidung der Besitzklassen ein inhärenter Bestandteil der Marktwirtschaft sei und nur mit ihr verschwände. Indem Oppenheimer reine und politische Ökonomie gedanklich trennt, macht er den Weg für die Diskussion einer Marktwirtschaft frei, in der zwar natürlich nicht die Differenzierung des individuellen [S. 23] Besitzstandes, wohl aber die Scheidung der Besitzklassen aufgehoben ist. In der Konstruktion dieses Modells liegt der entscheidende wissenschaftliche Fortschritt, den Oppenheimer gebracht hat, nicht in der Antwort auf die Frage, wie man eine solche Ordnung schaffen könnte. Sie ist komplizierter, als er meinte. Auch wenn das Großgrundeigentum beseitigt, die Arbeitskraft knapp geworden und der Reallohn gestiegen ist, bleibt die im Eigentum an den Produktionsmitteln verkörperte Machtposition bestehen. Sie bleibt es

so lange, als die Konsumgewohnheiten sich nicht ändern und die Akkumulation nach wie vor im wesentlichen aus dem Profit erfolgt. Wenn die Einkommens- und Vermögenspolitik der Gegenwart auf eine gleichmäßigere Vermögensverteilung hinzielt, so folgt sie de facto Oppenheimers Spuren - genau so wie die heutige Distributionstheorie in ihren makroökonomischen Modellen.

Ich muß darauf verzichten, die vielen Einzelerkenntnisse aufzuzählen, die Oppenheimer bei seiner theoretischen Arbeit gewonnen hat; ich erwähne nur die Unterscheidung von friedlichem Wettbewerb und feindlichem Wettkampf, auf die er bei seinen genossenschaftlichen Untersuchungen gestoßen ist und die uns heute bei der Charakterisierung der polypolistischen und der oligopolistischen Konkurrenz wieder begegnet. Eines Wortes aber bedarf es noch zu seinen historischen Bemühungen. Wenn der Laie die Geschichte benutzt, um eine These zu beweisen oder wenigstens zu illustrieren, die er durch Nachdenken gefunden hat, so kann er bei den Fachvertretern kaum auf große Gegenliebe rechnen. Trotzdem hat Oppenheimer sich ausgezeichnet mit dem allzu früh verstorbenen Fedor Schneider verstanden, und trotzdem bleibt es richtig, daß er mit der These von der Bodensperre auf ein Faktum hingewiesen hat, das für die sozialgeschichtliche Forschung grundlegend ist. Wenn wir von der allerneuesten Entwicklung absehen, so gibt es keinen Produktionsfaktor, der auch nur annähernd die Bedeutung besäße wie der Boden, und keine Institution, die so wichtig wäre wie das Bodenrecht. Oppenheimer zeichnet die mannigfachen Wandlungen nach, die das Eigentum am Boden in den europäischen Ländern erfahren hat, aber mit nicht geringerem Interesse widmet er sich dem zweiten Grundzug der Entwicklung, der Entstehung und der Entfaltung des Handels und der Städte. Die Blüte einer sozial ausgeglichenen [S. 24] Marktwirtschaft in Stadt und Land gerade in den Jahrhunderten, in denen die Ostkolonisation den Druck auf die Bauern minderte, bestätigte ihm die Fruchtbarkeit der agrozentrischen Betrachtung. Besonders stolz, und mit Recht, war er, als es ihm gelang, den Umbruch in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des späten Mittelalters neu zu datieren. Die Historische Schule hatte den Verfall der mittelalterlichen Marktwirtschaft in die Mitte des 16. Jahrhunderts verlegt, beeindruckt von dem Glanz und vom Reichtum der Städte in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten. Oppenheimer wies nach, daß der entscheidende Wendepunkt um 1370 lag, also 180 Jahre früher, und die neuere Forschung, zuerst und vor allem Friedrich Lütge, bestätigt seine Datierung. Sie begründet sie freilich anders, aber das letzte Wort darüber ist noch nicht gesprochen, und man kann nur hoffen, daß das Problem nicht ad acta gelegt wird.

* * *

Wir beschließen damit die Betrachtung des Werkes von Franz Oppenheimer. Auch wer ihn nicht gekannt hat, gewinnt daraus das Bild einer faszinierenden Persönlichkeit. Er verband ein enzyklopädisches Wissen mit der Konzentration auf die großen Fragen, die ihn und seine Zeit bewegten. Saint-Simon und Comte gehörten ebenso zu seinen geistigen

Vätern wie die Klassiker und Marx, und mit der Ideenwelt Proudhons wie mit der praktischen Philosophie Leonard Nelsons verband ihn eine Gesinnung, die ihn erst zufrieden sein ließ, wenn science et conscience, Wissen und Gewissen, Kausalerklärung und Selbstbesinnung zusammenfielen. Wir werden ihm vielleicht nicht zustimmen, wenn er diese Kongruenz als den stärksten Beweis der Wahrheit ansieht, aber sie erklärt das Ethos seines Forschens. Was ihn antrieb, war ja nicht die Erkenntnis um ihrer selbst willen. "Nichts ist so praktisch wie die Theorie", war seine Devise, und sie wollte mehr besagen, als daß bei der Grundlagenforschung immer irgendetwas auch für die praktische Anwendung herauskomme. Hingegeben an eine Idee hat er Theorie getrieben, und so sehr es ihm auch im einzelnen gelungen ist, die, wie er sich ausdrückte, »persönliche Gleichung« auszuschalten, die jeder Forscher mit sich bringt: im ganzen ist sie gerade bei ihm unverkennbar. [S. 25]

Was diese seine persönliche Gleichung ausmachte, waren freilich nicht die Interessen eines Standes oder einer Klasse oder einer Nation. Es war die Gesinnung eines Humanisten in jeder Auslegung dieses Wortes, und es war die Ideenwelt des 18. Jahrhunderts. Wie seine liberale Grundhaltung ins 18. Jahrhundert zurückreicht, so verbindet ihn mit diesem Zeitalter auch ein unversieglischer Optimismus. Der Mensch ist gut, nur die äußeren Umstände, die Geschichte, der auf Gewalt gegründete Staat, haben ihn schlecht gemacht. Ändert man nur die Institutionen, so wird es an der Harmonie nicht fehlen. Hier liegt die Wurzel des Utopisten Oppenheimer, dem die Abgründe der menschlichen Seele fremd sind und der selbst unter der Naziherrschaft den Glauben an die Menschheit nicht verlor.

Dem geistigen entsprach das persönliche Wesen Oppenheimers. Wiewohl unermüdlich am Schreibtisch, war Oppenheimer alles andere als der Gelehrtentyp seiner Zeit und alles andere als das Zerrbild, das die Zeitungen heute vom deutschen Ordinarius zeichnen. Die Diskussion in seinen Seminaren war die Diskussion unter Gleichgestellten; nur das Rauchen behielt er sich, damit die Luft nicht zu dick werde, allein vor. Er nahm nichts übel, und nach der Arbeit war er ein fröhlicher Gesellschafter. Seine Erholung suchte er in den Bergen, er war ein leidenschaftlicher Hochtourist. Wiederum mit dem 18. Jahrhundert verband ihn die äußere und innere Haltung des Kavaliers: der persönliche Mut, der ihn als Student das Rapier, als Schriftsteller und Forscher eine scharfe Feder führen ließ; die Verbeugung vor der Leistung des Anderen, mit der er den soeben promovierten Studenten als Kollegen begrüßte; der Charme im Umgang mit Freunden und Gegnern. Nimmt man alles zusammen, so steht das Bild eines Mannes vor uns, dem die Jugend begeistert folgte und der jedem unvergeßlich bleibt, der mit ihm in Berührung kam. Wenn je Werk und Persönlichkeit eine Einheit bilden, so ist sie bei Franz Oppenheimer vollkommen.

Zur "Franz Oppenheimer Homepage" <<http://fropp.de/index.php?id=5>>
Ursprungsseite: www.opp.uni-wuppertal.de

6. Franz Oppenheimer / Lebensdaten

Franz Oppenheimer

Ludwig Erhard nannte Franz Oppenheimer einen /Lehrer und Freund/. Wie kommt es, daß jemand wie Ludwig Erhard, den die deutschen Konservativen gerne für sich als Vater einer etatistischen Marktwirtschaft beanspruchen, einen liberalen Sozialisten seinen Lehrer und Freund nennt?

Franz Oppenheimer war, wen man es auf den Punkt bringen möchte, ein Anarchist. Mit seinem Buch "Der Staat" schuf schlug er die Brücke zwischen Anarchie und Marktwirtschaft.

- * geboren am 30.03.1864 in Berlin
- * 1881-1885 Studium der Medizin in Freiburg und Berlin
- * 1886-1895 praktischer Arzt in Berlin und gleichzeitig ab 1890 Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen und der wissenschaftlichen Sozialökonomie.
- * Anschließend publizistische Tätigkeit als Chefredakteur der "Welt am Montag".
- * 1909-1917 Privatdozent in Berlin
- * ab 1917 Titularprofessor in Berlin
- * 1919-1929 ordentlicher Professor für Soziologie und theoretische Nationalökonomie in Frankfurt am Main (die erste ordentliche Soziologie-Professur Deutschlands!)
- * 1934-1935 Lehrtätigkeit in Palästina
- * 1936 Ehrenmitglied der Amerikanischen Gesellschaft für Soziologie
- * 1938 Lehrtätigkeit an der Universität von Kobe, Japan anschließend Emigration nach Los Angeles, USA
- * 1942 Gründungsmitherausgeber des American Journal of Economics and Sociology
- * verstorben am 30.09.1943 in Los Angeles

Quelle: Informationsseite über Franz Oppenheimer
<<http://www.opp.uni-wuppertal.de/>>

(über: <<http://www.google.de>> Ein Service von galt.de web :-) services
<<http://www.galt.de>> Buchhandel im Internet *seit 1998*)

7. Alfred Müller-Armack

Alfred Müller-Armack

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Alfred Müller-Armack (* [28. Juni 1901](#) in [Essen](#); † [16. März 1978](#) in [Köln](#)) war ein deutscher [Nationalökonom](#), [Kultursoziologe](#) und [CDU-Politiker](#).

Geboren als Alfred August Arnold Müller, fügte er in den 20er Jahren seinem Namen den Geburtsnamen seiner Mutter hinzu. Er veröffentlichte ab 1929 unter dem Namen "Müller-Armack".

Müller-Armack stand zunächst der [Freiburger Schule](#) um [Walter Eucken](#) nah, später betonte er jedoch die [Sozialpolitik](#).

Er war Professor an der [Westfälischen Wilhelms-Universität Münster](#) und an der [Universität zu Köln](#). Zudem arbeitet er von 1952 an im [Wirtschaftsministerium](#) unter [Ludwig Erhard](#) als Leiter der Grundsatzabteilung. Von 1958 bis 1963 war er [Staatssekretär](#) für Europäische Angelegenheiten im [Wirtschaftsministerium](#).

Er entwarf 1947 die Idee und den Begriff der [Sozialen Marktwirtschaft](#) (er verwendete stets die Schreibweise von "sozial" in [Soziale Marktwirtschaft](#) mit großem "S") in seinem Buch "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" als einer in soziale Bindungen eingebetteten [liberalen Marktwirtschaft](#).

1971 veröffentlichte er seine Erinnerungen unter dem Titel "Auf dem Weg nach Europa".

Nach ihm ist der [Müller-Armack-Preis](#) benannt, der an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der [Westfälischen Wilhelms-Universität Münster](#) seit 2002 an die besten Absolventen des Studienganges [Volkswirtschaftslehre](#) vergeben wird.

[[Bearbeiten](#)]

Literatur

- Rolf Kowitz: Alfred Müller-Armack: *Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers*. 1998
- Friedrun Quaas: *Soziale Marktwirtschaft. Wirklichkeit und Verfremdung eines Konzepts*. Haupt, 2000, ISBN 3-258060-126

[[Bearbeiten](#)]

Bücher

- *Entwicklungsgesetze des Kapitalismus* (1932)
- *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (1946), 2. Auflage (1948), wiederabgedruckt in: "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik", erschienen in erster bzw. zweiter Auflage 1966 bzw. 1976 beim [Verlag Paul Haupt](#) sowie 1990 unter dem Originaltitel beim [Kastell-Verlag](#)
- *Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke*. (1971)
- *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft* (1974) (versammelt Frühschriften 1945-1948 – außer "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" – sowie Beiträge zu den geistigen Grundlagen und zur Fortentwicklung der [Sozialen Marktwirtschaft](#) von 1953-1973, 2. erw. Auflage (1981))

8. Quellen der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft

anders denken - anders Leben - die Welt verändern

Die Brüder Lilienthal und die Reformbewegung um 1900

Als „der erste Flieger“ ist Otto Lilienthal ein Name der Weltgeschichte. Aber auch Dampfmaschinengeschichte hat er geschrieben. Als erster Berliner Unternehmer führt er in seiner Fabrik die Gewinnbeteiligung ein. Mit dem Nationaltheater befördert er die Volksbühnenbewegung.

Auch Gustav Lilienthals Name erscheint in der Luftfahrtgeschichte. Aber er steht auch für den berühmten Steinbalken und viele andere Spielzeugpatente; für neue Baustoffe und Verfahren, für Wohnungsbaugenossenschaften und sozialreformerische Projekte, für Kunstgewerbe und eine reformierte Handarbeitsschule.

Zwei Biografien, die in ihrer Vielschichtigkeit schwer beschreibbar sind? – Es gibt einen roten Faden für beide, miteinander zeitlebens verwobenen Biografien: Diese Klammer heißt **Reformbewegung**.

Die Reformbewegung an der Schwelle zum 20. Jahrhunderts war eine heterogene und vielschichtige Bewegung zur humanen Umgestaltung der Gesellschaft von unten. Viele Strömungen sind bis heute lebendig, wie natürliche Lebensweise, Friedensbewegung, Ökologie, Liberalismus und Sozialstaat. Anderes ist – vielleicht zu unrecht – vergessen, wie Schwundzins, natürliche Wirtschaftsordnung und Freiland.

Moritz v. Egidy (1847 – 1898) - Christ, Offizier, Sozialreformer

Der heute fast vergessene Name des Sozialethikers Moritz von Egidy begegnet uns in den Biographien beider Lilienthals. Seine Schrift „Ernste Gedanken“, ein Aufruf zu einem geeinten Christentum der Tat, verlegt in 10 Sprachen, brachte ihm die Entlassung, heftigste Ablehnung durch die Kirche, vielbändige Polizeiuunterlagen und die geheimpolizeiliche Beschattung bis zum Tod ein. Auf Grund der heftigen Reaktionen hatte er zu Pfingsten 1891, am 19. Mai zu einer 2-tägigen Konferenz in Berliner Architektenhaus eingeladen. Gekommen waren 200 Männer aller Kreise, aller Richtungen, aller Berufsarten, Männer jeden Alters, 16 Träger von Adelsnamen, Theologen und Studenten, ...darunter die Brüder Lilienthal.

Otto Lilienthal richtet später an Egidy seine bekannte Vision vom friedensstiftenden „Kulturelement Flugzeug“, Gustav ist Mitglied des Comités seiner Gedächtnisfeier 1898 (siehe Liffaßsäule).

Franz Oppenheimer (1864 – 1943)

ist einer der bekanntesten Vordenker der Reformer. Stationen seines Lebens sind: Tätigkeit als Dozent in Palästina, Japan und den USA, Chefredakteur der „Welt am Sonntag“, 1919 erster Soziologieprofessor Deutschlands, Gründer des „American Journal of Economics and Sociology“.

In seinen Lebenserinnerungen schreibt Oppenheimer: Ich wurde überzeugter Sozialist - in bezug auf das Ziel. Aber diesozialdemokratische, marxische Lösung des Problems war mir nicht überzeugend. ... Jedenfalls war mir die Konzeption dieses »Zukunftsstaates«, der das ganze Leben seiner Bürger von einer Zentralstelle aus beherrscht, im tiefsten Grunde meines Herzens zuwider, und ich suchte nach einer anderen Lösung. ... Theodor Hertzka hatte bekanntlich in seinem Roman »Freiland« das Gedankenbild eines neuartigen Sozialismus entworfen, der dem autoritären Sozialismus der Marxisten die Spitze bot; eine Gesellschaft, in der die rationelle Gleichheit ohne Verzicht auf die wirtschaftliche und bürgerliche Freiheit als erreicht geschildert wurde. Überall in Deutschland und Österreich hatten sich Gruppen junger Leute gebildet, die entschlossen waren, dieses Ideal zu verwirklichen; ... Außerdem gehörte z. B. noch der Miterfinder des ersten Flugzeuges, der Bruder Otto Lilienthals, Gustav, zu der Gruppe dieser »Freiländer«, wie sie sich nannten, und Otto selbst erschien des öfteren in ihren Sitzungen.

Adolf Damaschke (1865 – 1935) und die Bodenreform

Nach der Ausbildung zum Volksschullehrer wendet sich Damaschke lebensreformerischen Bestrebungen (Antialkoholismus, "Ethische Kultur", etc.) zu. Zur ökonomischen Grundlage vieler Reformprojekte wird die Bodenreform, nach deren Lehre der Boden dem kapitalistischen Marktbetrieb entzogen werden müsse, da er anderer Natur sei als die übrige Ware.

Nach dem Scheitern des Nationalsozialen Vereins, dessen Mitgründer Damaschke ist, wird der Bund der Bodenreformer – eine überparteiliche Organisation - sein Instrument einer weitreichenden Sozial- und Volkspädagogik. Gustav Lilienthal ist Mitglied.

Werke:

"Die Bodenreform" 1913, "Geschichte der Nationalökonomie" 1913, "Aufgaben der Gemeindepolitik" 1913, "Volkstümliche Redekunst" 1913, "Geschichte der Redekunst" 1913, "Aus meinem Leben" 1924, "Zeitwende" 1925.

Silvio Gesell (1862 – 1930) und die Freiwirtschaftslehre

Eine der radikalsten und vergessenen Ideen der Reformbewegung ist die Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und zinsloses Freigeld (Schwundzins). Ihr Schöpfer, Silvio Gesell, will eine freie Marktwirtschaft durch Ausschaltung der privaten Monopole herstellen. Das Bodenmonopol des privaten Landeigentümers soll durch Kauf des bebauten und unbebauten Bodens durch Staat oder Gemeinde aufgehoben werden (Freiland). In der Freiwirtschaft wird das Geldmonopol von einem staatlichen Währungsamt verwaltet, das den amtlichen Lebenskostenindex und damit die Kaufkraft der Landeswährung (Indexwährung) unverändert zu erhalten hat.

1918 prophezeit Gesell in einem offenen Brief an die "Berliner Zeitung am Mittag", daß es keine 25 Jahre bis zum nächsten Kriegedauern würde, wenn das Geldwesen unverändert fortbestünde. Trotz von ihm vorhergesagter Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, bleibt Gesell weitgehend unbeachtet.

In seiner Schrift "Abbau des Staates" fordert Gesell 1919, den Staat bis auf alles abzubauen, "was nicht unbedingt von einem zentralen Gesichtspunkte aus geleitet werden muß". Am 7. April 1919 wurde die erste Bayerische Räterepublik ausgerufen und Silvio Gesell zum Volksbeauftragten für das Finanzwesen gewählt. Bereits am 13. April 1919 wurde die

Räteregierung gestürzt. Gesell wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat angeklagt, jedoch freigesprochen. Gesell wohnt bis zu seinem Tod in „Eden“.

Weitere Abschnitte der Tischvorlage im Lilienthal-Museum in Anklam:

Reformprojekte, an denen die Lilienthals beteiligt sind:

Der Garten Eden ..., Kulturelement Flugzeug ..., „Arbeit statt Almosen“ - die Bodelschwingschen Anstalten bei Bernau ..., Arbeiter-Gewinnbeteiligung ..., „Moderne Raubritter“ – Otto Lilienthal und das Theater ..., „Die Freiheit, die ich meine“ ..., *Gustav Lilienthal* ..., Die Kunstgewerbeschule ..., „Kinder seid kreativ“ ..., Die freie Scholle ..., "Das Vorortheus für eine Familie" ...,

Weitere Hinweise: www.lilienthal-museum.de

9. Marktwirtschaft (lt. Wikipedia)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Marktwirtschaft>

Marktwirtschaft

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Marktwirtschaft bezeichnet die Organisationsform eines arbeitsteiligen Wirtschaftssystems, dessen bedeutendster Aspekt das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage auf freien Märkten ist.

Die Marktwirtschaft grenzt sich damit von der Subsistenzwirtschaft ab, bei der die Produktion nur direkt für den eigenen Bedarf und nicht zum Zweck des Austausches stattfindet.

Elementar für eine hoch entwickelte Marktwirtschaft ist ein funktionierendes Tauschmittel (Geld), welches den indirekten Austausch von Waren und Dienstleistungen (Ware gegen Geld, Geld gegen andere Ware) gegenüber einem einfachen Tauschhandel (Ware gegen andere Ware) erst ermöglicht.

Im Gegensatz zur Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) plant in der Marktwirtschaft jedes Wirtschaftssubjekt prinzipiell für sich selbst. Produktion wie Konsumation werden dabei über den Markt gesteuert. Der freie Marktzugang für Konsumenten und Produzenten ermöglicht durch Wettbewerb und freie Preisbildung eine effiziente Allokation (Verteilung) von Gütern und Ressourcen. Strittig ist, ob dies auch zu einer optimalen Allokation der Produktionsfaktoren führt.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Geschichte der Marktwirtschaft
- 2 Formen der Marktwirtschaft
 - 2.1 Kapitalistische Marktwirtschaft
 - 2.1.1 Freie Marktwirtschaft
 - 2.1.2 Soziale Marktwirtschaft

- 2.2 Sozialistische Marktwirtschaft
- 3 Tendenz zur Kartell- und Monopolbildung
- 4 Siehe auch
- 5 Literatur
- 6 Weblinks

Geschichte der Marktwirtschaft

Im Mittelalter hatte sich am Rande einer agrarischen Naturalwirtschaft eine effiziente, regional ausgerichtete Marktwirtschaft entwickelt. Der Austausch der von Handwerkern gefertigten Produkte erfolgte auf einem durch Körperschaften (Zünften, Räten etc.) organisierten und durch persönliche Beziehungen geprägten Markt. Diese Körperschaften »planten« das Marktvolumen, indem sie die Zahl der Produzenten strikt begrenzten. So sollte ein Gleichgewicht von Produktion und Konsumation gewährleistet werden. Diese Regulation bezog sich auch auf die Produktionsmethoden, Werkzeuge und deren technische Innovation. In dieser regulierten Marktwirtschaft gab es keinerlei Platz für Konkurrenz.

Die heutige kapitalistische Form der Marktwirtschaft entstand zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. Im Absolutismus bildete sich ein moderner Territorialstaat heraus, für dessen bürokratische und militärische Bedürfnisse eine Expansion der Geldwirtschaft notwendig wurde. Im Außenhandel sollten die für den zentralen Staat notwendigen Geldüberschüsse erwirtschaftet werden. Der Merkantilismus versuchte deshalb die durch Zünfte stark regulierten lokalen Märkte für den entstehenden Weltmarkt aufzulösen. Zunehmend wurden die für lokale Märkte produzierenden Handwerker und Kleinbauern der anonymen Konkurrenz überregionaler, weltweiter Märkte unterworfen.

Formen der Marktwirtschaft

Kapitalistische Marktwirtschaft

Die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus werden oft synonym verwendet, bezeichnen aber nicht unbedingt das Gleiche. Märkte gab es schon lange vor der Entstehung der kapitalistischen Marktwirtschaft. Ausserdem gibt es andere Formen wie die sozialistische Marktwirtschaft. Manche betrachten es auch so: während der Begriff der Marktwirtschaft sich auf den Gütertausch auf einem freien Markt unter Wettbewerb (Konkurrenz) konzentrierte, zielt der Begriff des Kapitalismus auf Wirtschaftswachstum und Gewinnmaximierung für einzelne Marktteilnehmer. Andere verweisen darauf, dass beide Phänomene fast immer gemeinsam auftreten. Es werden auch Marktwirtschaftsmodelle ohne kapitalistische Einflüsse, wie zB in der Freiwirtschaft, propagiert.

Freie Marktwirtschaft

siehe Hauptartikel: Vollkommener Markt

Bei der freien Marktwirtschaft, deren Prinzip von Adam Smith (1723-1790) beschrieben wurde, bestimmen lediglich Angebot und Nachfrage die Wirtschaftstätigkeiten. Smith ging von der Theorie aus, dass jeder Mensch nur seinen Nutzen verfolge. Die unsichtbaren Hand des Marktes würde daraus einen Nutzen für das gesellschaftliche Ganze und einen Ausgleich

zwischen knappen Gütern und grenzenlosen Bedürfnissen entstehen lassen.

Smith begründete diese Wirtschaftsform wie folgt:

1. Jeder soll die Freiheit haben, selbst Unternehmen zu gründen.
2. Diese Unternehmen nützen sowohl dem Gründer (da er sein Privateigentum vergrößern kann), als auch der Wirtschaft (da das Produkt des jeweiligen Unternehmens genutzt werden kann, und Arbeit geschaffen wird.)(unsichtbare Hand)
3. Der Preis des Produktes ist gerecht, weil er durch Angebot und Nachfrage gesteuert wird und somit zu einer stabilen Wirtschaft beiträgt.
4. Die gegenseitige Konkurrenz der verschiedenen Unternehmer, trägt zur Verbesserung des Preis-Leistungsverhältnisses und der Qualität bei.
5. Um sein eigenes Produkt besser zu verkaufen, wird der Unternehmer automatisch versuchen, seine Produktion zu verbessern. Die Wissenschaft wird so vorangetrieben.

Gesellschaftliche beziehungsweise staatliche Eingriffe, bei der Angebot und Nachfrage gewissen Regeln unterworfen werden, finden nicht statt. Die freie Marktwirtschaft existiert in ihrer reinen Form nur in der Theorie.

Als weitere Grundlage für das Modell der freien Marktwirtschaft gilt die Theorie des rationalen Handelns von Max Weber. Den Handlungen des Menschen liegt ausschließlich ein Zweck-Mittel-Kalkül zugrunde.

Kritik

Selbst der Soziologe Max Weber gestand selbstkritisch ein, daß die Theorie des rationalen Handelns ein Modell ist, das die Wirklichkeit nur verkürzt darstellen kann.

Die von Smith entwickelte theoretische Grundlage für die freie Marktwirtschaft mit dem Bild von der "unsichtbaren Hand des Marktes", die aus den egoistischen Handlungen des Einzelnen automatisch das Beste für den allgemeinen Wohlstand erzeugen würde, wird regelmäßig angezweifelt. Doch als Grundlage des kapitalistischen Systems bildet sie das Fundament der heutigen Wirtschafts- und Finanzwissenschaft. Smiths Theorie ist ein Modell und damit eine unvollständige Abbildung der Wirklichkeit. Beispielsweise vernachlässigt seine Theorie die Transaktionskosten. So kommt es zum sogenannten Marktversagen. Unterschiede in Kenntnis, Wissen und Fähigkeiten bei den Marktteilnehmern führen ohne Regelungen zur Deformation der Marktwirtschaft (Monopole); externe Faktoren, zum Beispiel verschmutzte Luft, werden am Markt nicht berücksichtigt (ökologische Marktwirtschaft); in der Zukunft sich auswirkende Handlungen werden nicht ausgeführt (warum soll ich einen Baum pflanzen, der erst in 100 Jahren auf den Markt gebracht werden kann) (Nachhaltigkeit). In der Praxis zeigt daher sich die Notwendigkeit, gesellschaftliche Regeln einzuführen die dieses Problem eindämmen sollen.

Schon Jeremy Bentham und seine Nachfolger haben solche Einschränkungen erkannt. Der an sich liberal eingestellte Utilitarist Bentham entwickelte aus sozialen Gründen den **felicific calculus**. Diese Philosophie beruht auf der Grundlage, dass das größte zu erreichende Gut

dasjenige wäre, welches zum "größtmöglichen Glück für die größtmögliche Zahl" führt (greatest happiness for the greatest number). Der praxisnahe Sozialreformer schränkte allerdings später das zweite Prinzip zum greatest happiness principle ein. Es hat Ähnlichkeiten mit heutigen Encounter-Leitlinien der sozialen Interaktion.

Soziale Marktwirtschaft

Überblick

Zur Abgrenzung einer sozialverantwortlichen Form der Marktwirtschaft von seiner reinen Ausprägung wurde 1947 der Begriff Soziale Marktwirtschaft geprägt. Die Ökonomie der BRD wird diesem Begriff zugeordnet. Unter Einbindung des Umweltschutzes prägten Josef Riegler und andere um 1986 den Begriff ökosoziale Marktwirtschaft - zwar noch wenig gebräuchlich, aber in seinen Inhalten als Leitlinie anerkannt.

Die soziale Marktwirtschaft (manchmal auch "Rheinischer Kapitalismus" genannt) wurde in den 1950er Jahren unter Konrad Adenauers Regierung durch Wirtschaftsminister Ludwig Erhard als Alternative zur damaligen Mehrheitsmeinung der CDU -Mitglieder, doch insbesondere zu dem von der SPD geforderten Sozialismus entworfen. Gleichzeitig wurde er auch in anderen Staaten entwickelt. Wichtige Schritte in Österreich waren beispielsweise Kartellverbote und Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb.

Um 1960 war die zunächst heftige Kritik an der sozialen Marktwirtschaft versiegt. Die Marktwirtschaft hatte ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt, und die Devise "Wohlstand für alle" von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard schien keine Utopie mehr zu sein: Das enorme Wirtschaftswachstum der fünfziger Jahre ermöglichte zugleich die Eingliederung der Flüchtlinge, Heimatvertriebenen und Donauschwaben und den Ausbau der Sozialpolitik. Doch das nächste "heiße" Thema wartete schon: der (teilweise oder vermeintliche) Widerspruch zwischen Familien- und Frauenpolitik. Immerhin meinten Ende 1963 über 62 % der Deutschen, es ginge ihnen "im Moment am besten".

Geistige Väter der Idee waren Franz Oppenheimer und nach dem Zweiten Weltkrieg Alfred Müller-Armack, sowie der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard. Während Armack eher der "Denker" war, musste Erhard innerhalb und außerhalb seiner eigenen Partei, der CDU, jahrelang für die Umsetzung der Idee einer nicht staatlich gelenkten Allokation von Waren und Dienstleistungen kämpfen - obwohl anfangs längst nicht alle Preise auf einmal freigegeben worden sind. Erhard hat die Idee der Marktwirtschaft insbesondere in seinem Werk "Wohlstand für alle" propagiert.

Karl von Vogelsang (1818 - 1890) hat als einer der wichtigsten Sozialreformer der Gründerzeit die christliche Soziallehre geprägt, während fast gleichzeitig die sozialistische Bewegung den "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus entwickelte (erste Parteigründungen England 1883 Hyndman, Deutsches Reich Bebel und Liebknecht 1869/75).

Ansätze der sozialen Marktwirtschaft gehen auf den Kathedersozialismus (siehe Verein für Socialpolitik und Historische Schule) zurück.

Wesentliche Namen sind Adolph Wagner, Gustav von Schmoller und besonders Lujo Brentano, sowie außerhalb dieser direkten Tradition Wilhelm Röpke.

Interpretation von "sozial"

Das Adjektiv "sozial" wurde und wird unterschiedlich interpretiert: Erhard ging - ganz im Sinne von Adam Smith und den Nationalökonomern des 19. Jahrhunderts - davon aus, dass Marktwirtschaft immer sozial wäre, da eigennütziges Handeln des Einzelnen zur Steigerung des Gemeinwohls führe; 'soziale Marktwirtschaft' wäre demnach ein Pleonasmus.

Adenauer ließ aus politischen Gründen den Begriff 'freie Marktwirtschaft' zugunsten des Begriffs 'soziale Marktwirtschaft' fallen und benutzte die Instrumente der Umverteilung (Steuerprogression, Sozialversicherungssystem, Sozialhilfe, sozialer Wohnungsbau) als Argumente für das 'Soziale' in der bundesdeutschen Wirtschaftsform. So sollte die damals weit verbreitete Forderung nach einer – angeblich sozialeren - "planwirtschaftlichen" Wirtschaftsform (richtiger: Zentralverwaltungswirtschaft, analog zur DDR) entkräftet werden.

Kritik am Begriff der 'sozialen' Marktwirtschaft übte von nicht-sozialistischer Seite insbesondere Friedrich A. Hayek, der vor allem im Begriff 'sozialer Rechtsstaat' einen inneren Widerspruch sah.

Während die Praxis der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland weitgehend unumstritten ist und mit der Sozialstaatsgarantie ihren Niederschlag im Grundgesetz gefunden hat, bestehen gravierende Unterschiede in der Auslegung von Begriff und Zielsetzung einer so benannten Wirtschaftsform. Wiederholt bricht beispielsweise (in Wellen von einigen Jahren) der alte Streit zwischen Monetaristen und Keynesianern auf und findet seinen Niederschlag auch in der Berufung oder Nichtberufung von Wirtschafts-Wissenschaftlern in die Kreise der so genannten Wirtschaftsweisen. Neuere Beispiele für solchen Streit sind die keynesianisch begründeten Publikationen und öffentlichen Auftritte des ehemaligen Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine.

Wesentlichen Problemfelder der bundesdeutschen Marktwirtschaft sind derzeit Arbeitslosigkeit, Rentensysteme, Gesundheitswesen und Ökologie.

Sozialistische Marktwirtschaft

Die sozialistische Marktwirtschaft bildet den Gegenentwurf zur kapitalistischen Marktwirtschaft und orientiert sich am Konkurrenzsozialismus.

Sie ist gekennzeichnet durch das Staatseigentum an Produktionsmitteln bei gleichzeitig dezentraler Planung und Koordination des Wirtschaftsgeschehens. Sie grenzt sich somit von der sozialistischen Planwirtschaft ab, bei welcher auch die Koordination und Planung zentral erfolgt. Bis zu den Umbrüchen in den Wirtschaftssystemen in den 1990er Jahren war die sozialistische Marktwirtschaft das System in Ungarn und Jugoslawien.

Nach anfänglicher Euphorie scheiterte die sozialistische Marktwirtschaft an theoretischen Unzulänglichkeiten. So blieben die Investitionstätigkeiten der Betriebe gering. Das System neigte auch zur Finanzierung durch Fremdkapital, wodurch die Banken an Macht in den Betrieben gewannen.

Tendenz zur Kartell- und Monopolbildung

Die Marktwirtschaft kann zu Kartellen und Monopolbildungen rühren. Diese Wettbewerbsbeschränkungen verhindern die idealisierend angenommene perfekte Ressourcenallokation.

Als Gegenmaßnahmen installieren Staaten Aufsichtsbehörden und erlassen Kartellgesetze (<http://www.bwb.gv.at/BWB/Gesetze/Kartellgesetz/default.htm>).

Man spricht in diesem Zusammenhang von Marktversagen. Die Hauptaufgabe eines Staates ist es nun, Marktversagen zu verhindern. Gelingt dies nicht im gewünschten Maß, so spricht man von Staatsversagen.

Siehe auch

- Angebot und Nachfrage, Liberalismus, Neoliberalismus, sozialliberal. Sozialethik, Sozialpolitik, Konsumentenfreiheit, Katholische Soziallehre, Soziale Gerechtigkeit

Literatur

- Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle. 1957.
- Hayek, Friedrich A.: Freiburger Studien. 1969.
- Kurz, Robert: Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft ISBN 3-548-36308-3
- Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft.
- Adam Smith: Der Wohlstand der Nationen; ISBN 342330149-X
- Ulrich van Suntum: Die unsichtbare Hand ISBN 3540410031

Weblinks

- Soziale Marktwirtschaft - Die Flucht noch vorn (<http://www.opp.uni-wuppertal.de/oppheimer/eh53a.htm>)
- Artikel über "Soziale Marktwirtschaft" beim DHM (<http://www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/JahreDesAufbausInOstUndWest/Wirtschaftliche/> (?))

Verfasser NN

Gibt es einen liberalen Sozialismus?

WSZ. Franz Oppenheimer definierte den Sozialismus folgendermassen:

«Sozialismus ist der Glaube an und das Streben nach einer von allem arbeitslosen Einkommen erlösten, darum klassenlosen und darum brüderlich geeinten Gesellschaft von Freien und Gleichen.» Gleichheit verstanden im Sinne von Gleichberechtigung.

Das Schweizer Lexikon definiert den Liberalismus folgendermassen:

«Er wird von der Ueberzeugung getragen, dass die freie Konkurrenz die beste Gewähr für gerechte Ordnung in einer hochentwickelten, arbeitsteiligen Wirtschaft, für die höchstmögliche Entwicklung der Produktivkräfte und für die Bändigung des Eigennutzes im Interesse der Gesamtheit biete.»

Vergleicht man die beiden Definitionen, so erkennt man unschwer, dass sie beide das gleiche Ziel im Auge haben: eine gerechte Ordnung, insbesondere auch eine gerechte Verteilung des Produktionsertrages. Sobald wir den Begriffen klare Definition zugrunde legen, ergibt sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Zielvorstellungen. Es zeigt sich, dass man beiden Definitionen gleichzeitig zustimmen kann, dass man Liberaler und Sozialist sein kann. Richtig verstandener Sozialismus und richtig verstandener Liberalismus sind miteinander identisch.

Wer von uns kann der Definition des grossen Nationalökonomen Oppenheimer zustimmen? Indem wir das tun, sind wir Sozialisten. Genau gleich ist es mit dem Liberalismus. Indem wir der oben erwähnten Definition zustimmen, sind wir Liberale. Wir sind Liberalsozialisten.

Aber warum liegen sich denn Sozialisten und Liberale immer wieder in den Haaren? Die Antwort ist sehr einfach: weil sie den Sozialismus mit dem Marxismus verwechseln und den Liberalismus mit dem Kapitalismus. Was der Marxismus erstrebt, ist nicht Sozialismus, sondern ein - wie die Praxis lehrt – falscher Weg zum Sozialismus. Ebenso führt der heute betriebene Liberalismus nicht zum echten Liberalismus, sondern zum Kapitalismus.

«Sozialismus und Liberalismus sind eben nicht Feuer und Wasser, sondern in ihrem ursprüng-

lichen Bemühen um den Menschen durchaus vereinbar»; schrieb der Generalsekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, Karl Hermann Flach (Zitiert nach Jürg Tobler, «Freisinn ohne Gemeinsinn?»).¹²

Die Frage, ob es einen liberalen Sozialismus gebe, ist also rückhaltlos zu bejahen. Ja, wir dürfen feststellen, dass es dieser liberale Sozialismus ist, der die Welt vor dem Untergang im marxistisch-kapitalistischen Durcheinander retten kann. Wer sich zum Liberalsozialismus bekennt, bekennt sich zu einer Gesellschaftsordnung der Freiheit und Gerechtigkeit.

Quelle: „evolution – Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft, Nr. 15, Dez. 1977

(Die Zeitschrift existiert nicht mehr. TA 8/2005)

¹² Karl Hermann Flach war Generalsekretär der FDP in der BRD. TA

WÄHRUNG und WIRTSCHAFT

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik

Herausgeber

LUDWIG ERHARD / ERVIN HIELSCHER / MAX SCHONWANDT

unter Mitwirkung von

WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

1. Heft 1949

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozial-
Ordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder
sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken
der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in
Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit
denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusam-
hängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppen-
sen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Poli-
tiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die
deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen
Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesent-
gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen 'zugute kommen

kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“, sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z.B. über „Inflation und Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleichermaßen in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundfragen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch so scharfe Kritik an

den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und Jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an einen engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist Jeder angesprochen der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / I Wilhelm Kromphardt
Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Währung und Wirtschaft

1949/50 Heft 19

Irrtum lockert Irrtümer

„Die 'Bibel' der Freiwirte“ neu herausgegeben

SILVIO GESELL: Die natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Auflage, bearbeitet von Karl Walker. Rudoll Zitsmann Verlag, Laut bei Nürnberg. 1950. 391 S. kart. 7,50 DM, geb. 10,50 DM. Liebhaber-Ausgabe (auf holzfr. Papier) 13,50 DM.

Hand aufs Herz: Wer von uns, die wir über sie urteilen und sie zitieren, hat wirklich *Adam Smith, Karl Marx, Silvio Gesell, John Maynard Keynes* gelesen, wer liest wirklich auch nur die BIBEL (von PLATO und AUGUSTIN ganz zu schweigen)? Wir nehmen Meinungen und Urteile an statt zu den Quellen zu gehen. Daher zum großen Teil die Oberflächlichkeit und Blindheit gegenüber den wirklichen Problemen unsres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, die Gebundenheit im Dogma und die oft beschämende Unwissenheit. Sie sind wohl auf keinem Gebiet so verbreitet und so verheerend wie dem des Geldwesens. Von der jeweils herrschenden Meinung abzuweichen, gilt als Verstoß gegen die gute Sitte, als Ketzerei, die nicht vergeben werden kann. Kein Unterschied der politischen Überzeugungen trennt so unerbittlich wie (von beiden Seiten aus) das Dogma der Geld-Theorie. Dabei kann es hier weder Offenbarung noch Dogma geben. Wenn schon unsre Vorstellungen von der Natur ständigen Wandlungen unterworfen sind, so dürfen wir von denen unsres geistigen und gesellschaftlichen Lebens erstrecht keine Starrheit erwarten. Sie sind mehr oder weniger brauchbare Hilfen und das Beste, was man von einer von ihnen sagen kann, ist daß sie zur

Entfaltung der nächsten beigetragen habe. Erinnern wir uns, daß das Weltbild des ARISTOTELES zwar völlig überholt ist, aber doch in seinem Wesens-Kern eine Auferstehung gerade in der jüngsten Lehre der Naturwissenschaften fand.

Wer sich damit begnügt, über das Schwundgeld von *Silvio Gesell* zu lächeln, sollte sich nicht einbilden, etwas vom Gelde zu wissen und berufen zu sein, anderen etwas über dies „verflucht und zaubrisch Wesen“ zu sagen oder gar, es zum Beeten seines Volkes oder der

Menschheit handhaben zu können. So wie man *Keynes* immer wieder und zwar sehr genau lesen muß um seine Wirkung zu verstehen und die größten Fehler in Theorie und Praxis zu vermeiden, so darf man sich auch nicht mit Meinungen über *Silvio Gesell* oder Auszügen aus seinen Büchern begnügen. „*Die natürliche Wirtschaftsordnung*“ war allerdings lange nicht zu haben. Es ist sehr zu begrüßen, daß sie wieder in vollem Wortlaut vorliegt, ergänzt durch die Vorworte zu den von *Silvio Gesell* selbst besorgten Auflagen, durch einen Anhang und durch Anmerkungen des Herausgebers *Richard Batz*.¹³

Wer auch nur ein loses Interesse an den Fragen der Wirtschaft und des Geldes hat, muß dieses Buch tatsächlich genau kennen. Gewiß: es enthält viele Fehler und oft seitenlange Stellen ohne grundsätzliche Bedeutung und Interesse. Daß diese nicht fortgelassen wurden, ist zu bedauern, aber erklärlich: grade wenn jemand, der etwas zu sagen hat - und das hat *Silvio Gesell* -, von der Fachwissenschaft nicht ernst genommen wird, erheben seine Anhänger ihn leicht zum Propheten. Aber was die Irrtümer und Fehler betrifft, so werden sie bei weitem aufgewogen durch die Erkenntnisse und Anregungen, mit denen dieser eigenwillige Geist ein Gebiet durchdringt, dessen Wesen eben dunkel und wechselnd ist. Was im letzten Jahrhundert sonst über das Geldwesen veröffentlicht wurde, war fürwahr nicht weniger behaftet mit krassen Irrtümern und weit mehr verstrickt in Vorurteile.

Was *Silvio Gesell* wie kein anderer klar erkannt und anschaulich dargestellt hat, sind die Mängel des heutigen Geldsystems, mag es an das Gold gebunden sein oder nicht. Die Vereinigung von Zahlungs- und Sparmittel mußte sogar dann zu Störungen des Wirtschaftsablaufs führen, als das Geld noch eine Ware war. Es ist gleichgültig, ob man dabei die Gefahren der Hortung des Geldes für größer hält oder die seiner Enthortung. Durch beide Willkür-Handlungen des Geldbesitzers wird die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft gestört und die Ergiebigkeit der Arbeit beeinträchtigt. Es ist eine Illusion, bei dem heutigen Geld-Sy-

¹³ Hier irrt der Rezensent, nicht *Richard Batz* ist der Herausgeber, sondern *Karl Walker*. TA

stem die Spar- und Entspar-Vorgänge (in Geld) durch Kredit-Ausweitung und -Einschränkung kompensieren zu können. Die Geldmengen-Politik ist bei diesem System tatsächlich, unwirksam. Bei einem Schwindgeld wäre das ganz anders. Aber es würden nicht die Wirkungen eintreten, die Silvio Gesell und seine Anhänger erwarten. Der Schwund würde sogar die Eigenschaft als Tauschmittel stören (dasselbe gilt vom „Umlaufs-Antrieb“, der jetzt anstelle des Schwunds empfohlen wird). Schon garnicht würde durch eine Änderung des Geld-Systems der Zins verschwinden. Geld mit Hortungs-Nachteil wäre eine ungeheure Verbesserung der Verkehrswirtschaft – das wirtschaftliche Paradies und, die menschliche Freiheit würden dadurch aber nicht herbeigeführt und gesichert.

Mag sein, daß die übertriebenen Erwartungen, die *Silvio Gesell* und noch mehr seine Anhänger an die Beseitigung der Sparmittel-Eigenschaft des Geldes knüpfen, daß die tatsächlich falschen Vorstellungen von einer Anspornung der produktiven Arbeitsteilung durch den Wertverlust des Geldes diejenigen abgeschreckt haben, sich ernsthaft mit Silvio Gesell zu beschäftigen, die auf jeden Fall das Bestehende für das Beste halten. Wenn man von solchen Maßstäben ausgeht, dürfte man überhaupt kein volkswirtschaftliches Lehrbuch, am wenigsten aber irgendwelche Darstellungen über das Geldwesen noch ernst nehmen und lesen. In keinem kann man nur Richtiges erfahren, von *Silvio Gesell's* „Natürlichewirtschaftsordnung“ aber doch sehr viel davon. Und vor allem in einer Darstellung, die grade da lesenswert ist, wo sie zum Widerspruch Anlaß gibt, die nirgends die Verbindung mit der Wirklichkeit und die Kraft der Sprache verliert.

Silvio Gesell's Lehre darzustellen und in Verbindung zu bringen mit denen anderer Denker, die nicht weniger als er wirklich etwas vom Geld wissen, sie auf ihre Richtigkeit und Brauchbarkeit zu prüfen, ist bisher kaum ernsthaft versucht worden. Es kann auch nicht mit obigen Zeilen unternommen werden. Ihr Zweck ist vielmehr: für das aufmerksame Lesen, für das eingehende Studium von Silvio Gesell zu werben (so wie in andern Zusammenhang für das der Werke von Keynes oder Adam Smith oder Karl Marx geworben werden muß um zu einem begründeten und selbständigen Urteil zu führen).

(Ohne Autorenangabe, TA)

Hinweis: Das Heft 22, Jg. 1950/51 ist eine Sonderheft mit dem Thema: „Von der 'Umlaufgeschwindigkeit' des Geldes“ Inhaltlich kann ich keine Angaben machen, da ich die Beiträge nicht gelesen habe. TA

13. Die Indexwährung im Marshall-Plan, 1948

Die Indexwährung im Marshall-Plan

The Index Standard System within the Marshall Plan (ERP)

EINE DENKSCHRIFT

/

A MEMORANDUM

Mai 1948

May 1948

(Fußzeile)

FREIWIRTSCHAFTSBUND

Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft

DER BUNDESVORSTAND

~~Geschäftsstelle: (14a) Ludwigsburg-Egloshelm in Württemberg, Hahnenstraße 17, Fernruf
3533 und 4332~~

~~Postscheckkonto Stuttgart 9907 • Girokonto HO bei der Krelasparkasse Ludwigsburg~~

(Wiedergabe der deutschen Fassung / TA)

Der Bundesvorstand des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes überreicht die vorliegende Denkschrift dem Präsidenten und dem Außenminister der USA den Herren H a r r y S. T r u m a n und G.C. Marshall mit der Bitte um Kenntnisnahme und Prüfung, damit die Vorschläge bei der Durchführung des Europa-Wiederaufbau-Programms (European-Recovery-Program) berücksichtigt werden können.

Ferner geben wir die Denkschrift den Regierungen der am Marshall-Plan beteiligten europäischen Staaten bekannt.

Schließlich senden wir Abdrucke der Denkschrift an die Herren Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland und der Länder Bayern, Württemberg-Baden, Hessen und Bremen.

Wir halten es für unsere Pflicht, diese Denkschrift zu überreichen als einen Beitrag zum wirt-

schaftlichen Aufbau des durch den Krieg und seine Folgen zerrütteten Europas.

DIE INDEXWAHBUNG
als einheitliches Währungssystem
für alle in den Marshall-Plan einbezogenen
Nationen

I.

Der Marshall-Plan

Die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen in den beiden Weltkriegen lahmte die europäische Wirtschaft so weitgehend, daß eine Erholung aus eigener Kraft zweifelhaft erschien. Die Rede des Außenministers der Vereinigten Staaten von Amerika am 5. Juni 1947 wurde daher in den meisten Ländern begrüßt als ein rettender Ausweg aus Hunger, Verzweiflung und Chaos. Er erklärte, daß, unter der Voraussetzung eines geschlossenen Aufbauwillens der beteiligten Nationen, die USA gewillt seien, eine festgefügte, nach Art einer Körperschaft organisch gebildete und geleitete europäische Wirtschaft mit großen Mitteln zu unterstützen, und als zusammengefaßtes Ergebnis seiner Rede darf die Errichtung einer Zollunion mit einheitlicher Währungsverfassung angesehen werden. Der überwiegende Teil der europäischen Staaten leistete diesem Aufruf Folge, und die USA scheinen nach der ergebnislosen Vertagung der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 bereit, den Marshallplan mit Europa durchzuführen.

II.

Die Goldwährung und ihre Folgen

Die älteren Währungstheoretiker vertraten einheitlich den Standpunkt, daß das Geld nicht um seiner Eigenschaft als Tauschmittel für Waren und Dienste, sondern um seiner selbst willen begehrt würde. Als notwendige Folge ergibt sich dann, daß der Geldstoff „vollwertig“ sein muß, oder daß zumindest das Währungsmetall als „Deckung“ für die umlaufenden papierenen Zahlungsmittel bereit zu halten ist.

Diese grundlegende Auffassung ist in der echten, klassischen Goldumlaufwährung klar erkennbar und konsequent durchgeführt. In ihr gab es nur eine rechtliche Kategorie, nur eine alleinige Maßeinheit, nämlich das Gold. Gold allein war definitives, valutarisches Zahlungsmittel; alle außer den Goldmünzen umlaufenden papierenen oder metallenen Geldzeichen

waren nur „akzessorisches“, nebensächliches Geld und nicht gesetzliches, schuldentilgendes Zahlungsmittel, und nur in den Gewichtsteilen des Goldes wurden die Warenpreise festgelegt.

Papiergeldpreise für Waren gab es in der Goldumlaufwährung nirgends. Das Gold konnte auch daher keine echte Ware sein und keinen wirklichen Preis haben, denn in keinem Maßsystem ist es möglich, die Einheit durch sich selbst zu messen. Auf diese absolut einheitlich definierte Basis und die von allen Nationen freiwillig aufgenommene und ohne internationale Sicherungen innegehaltene Verpflichtung zur Einlösung in Gold, zum Ankauf und Verkauf von Gold zu einem festen Preis des Papiergeldes, gründete sich der berühmte Automatismus der Goldbewegungen, der prinzipiell durchaus gewollt war und den gesinnungsmäßigen Voraussetzungen der Zeit entsprach. Er hat bewirkt, daß eine ungleiche Goldverteilung von ausschlaggebender Bedeutung über längere Zeiträume hinweg trotz aller Querschüsse der Wirtschaftler sich nicht halten konnte. Goldbewegungen riefen automatisch Kräfte hervor, durch die sie selbst zum Erliegen kamen.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde in den sogenannten Goldkern- bzw. Golddevisenwährungen, die keine Goldmünzen im Umlauf mehr kannten, diese einheitliche Grundlage verlassen. Es wurde außer der alleinigen „aufdrängbaren“ Zahlungsmittelinheit Gold noch eine zweite definitive rechtliche Kategorie eingeführt, nämlich die in den einzelnen Staaten jeweils umlaufende papierene Geldeinheit. Diese Maßnahme entsprach im letzten Grunde der aus den Tiefen vieler Völker heraufgestiegenen neuen politischen Gesamthaltung. Hierdurch aber wurde der Automatismus der Goldbewegungen aufgehoben. Gold war eben nicht mehr alleinige Maßeinheit, und durch die gleichberechtigte Einsetzung des landeseigenen papierenen Zahlungsmittels konnten zweierlei Arten von Warenpreisen entstehen: Goldpreise und Papiergeldpreise. Auf diese Weise wurde das Gold zu einer echten Ware mit einem wirklichen Preis. Nun wurden die vielerörterten, durch reine Marktconstellationen oder andere außerwirtschaftliche Motive verursachten großen Goldwanderungen von Land zu Land möglich, und es kam zu den verhängnisvollen Anhäufungen monetärer Weltgoldbestände in einzelnen Ländern. Auch heute noch sind einige Wirtschaftseinheiten im Besitz eines unverhältnismäßig großen Anteils am gesamten monetären Weltgoldvorrat. Wenn auch die klassische Goldumlaufwährung in ihren Grundlagen bedeutend konsequenter erscheint als ihre zwispältigen Nachfolgerinnen, die - so könnte man sagen - schon halbe Papierwährungen waren, so gilt doch für beide Arten, daß in ihnen der Gesichtspunkt maßgebend war, die Notemission habe sich innerhalb der Grenzen der gesetzlich festgelegten Deckung zu bewegen. Dieser Gesichtspunkt kann sinngemäß und zwangsläufig in keiner metallgedeckten Währung, welcher Art sie auch sein möge, aufgegeben werden. Damit aber, entsteht nach einer längeren

Periode aufsteigender Konjunktur mit reichlicher Warenerzeugung immer ein Mißverhältnis zwischen Warenmenge und Geldvolumen mit der entsprechenden Auswirkung auf die Preisgestaltung, und es ist daher in einer metallgedeckten Währung unmöglich, eine gleichbleibende Kaufkraft des Geldes über längere Zeiträume hinaus aufrechtzuerhalten. Es ist aber für die dauernde Existenzsicherung der weitaus meisten Bürger eines Staates von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Kaufkraft des gesetzlichen Zahlungsmittels stabil bleibt. Hierdurch wird ein gleichbleibender allgemeiner Durchschnittspreisstand entwickelt, der für einen stetigen und krisenfreien Wirtschaftsverlauf, und damit für die Wohlfahrt aller von der Preisbildung abhängigen Staatsbürger - und das ist nahezu die Gesamtheit der Angehörigen einer Nation - von höchster Wichtigkeit ist. Daher ist die erste und vornehmste Forderung, welche an ein modernes Währungssystem zu stellen ist, die, daß es die Möglichkeit biete, einen solchen gleichbleibenden Durchschnittspreisstand zu schaffen und aufrechtzuerhalten.

III.

Die Indexwährung

Dieser Grundforderung entspricht unter den gegenwärtig bekannten Währungssystemen allein die Indexwährung.

Die Indexwährung ist von jeder metallenen Grundlage losgelöst. Wie die Erfahrung hundertfältig gelehrt hat, besitzt eine metallene Deckung für die Sicherung der Kaufkraftbeständigkeit einer Währung keinerlei Bedeutung. Alle Deckungsvorschriften wurden sogar in außerordentlichen Gefahrenzeiten, in denen es auf ihre Bewährung in erster Linie angekommen wäre, regelmäßig außer Kraft gesetzt. Man denke an die diesbezüglichen Anordnungen in Deutschland in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Außerdem wird seit etwa 50 Jahren durch die bedeutendsten Fachwissenschaftler gelehrt, daß der Stoff des Geldes bedeutungslos sei, daß das Geld vielmehr seinen Charakter als Zahlungsmittel lediglich empfangen durch die vom Staate, aufgeprägte Ziffer und durch die Finanzgebarung und Autorität dieses Staates. Dieser Auffassung schlossen sich maßgebende moderne Wirtschaftsführer aller Kulturstaaten an. Die einzige bedeutungsvolle und ihre Kaufkraft sichernde Deckung einer Währung liegt nach den Erkenntnissen der Gegenwart in dem Ausmaß der in einer Wirtschaftseinheit hergestellten und angebotenen Warenmenge, in letzter Linie also in der von den Bürgern einer Nation geleisteten produktiven Arbeit. Eine metallene Grundlage ist in keiner Weise erforderlich.

Um eine Kaufkraftbeständigkeit herzustellen, muß die in einer wirtschaftlichen Einheit um-

laufende Geldmenge in entsprechende Beziehung gebracht werden zu der in ihr angebotenen Warenmenge. Solange das Verhältnis der angebotenen Warenmenge zu dem im Umlauf befindlichen Gelde dasselbe bleibt, wird dann der allgemeine Preisstand sich nicht verändern, und erst eine Vermehrung der angebotenen Warenmenge bei gleichbleibendem Geldumlaufvolumen. wird eine Kaufkraftsteigerung des Geldes und damit ein Fallen der Preise nach sich ziehen. Umgekehrt wird bei konstantem Warenangebot eine Vergrößerung der Geldmenge eine Kaufkraftminderung, also eine Steigerung der Preise verursachen. Die schnelle und ungehinderte, durch keine Rücksicht auf metallbedingte Deckungsvorschriften beeinflusste Anpassungsmöglichkeit des Geldvolumens an das Volumen der angebotenen Waren ist aber allein durch die Indexwährung, dank ihrem Charakter als reiner Papierwährung, möglich. Die schnelle Ermittlung aller Inlandspreise bietet heute für die hochentwickelte Statistik keine Schwierigkeiten mehr, und es lassen sich gegen die Ausgestaltung einer für Währungszwecke berechneten Währungskennziffer auf Grund der Kennziffern für die Bewegung der Großhandelspreise keine wissenschaftlich haltbaren Einwendungen erheben.

IV.

Sicherung der Indexwährung

Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung eines stabilen Gesamtpreisstandes und damit die Möglichkeit der Durchführung einer krisenfreien Wirtschaft über längere Zeiträume hinaus wird aber auch heute noch in der wissenschaftlichen Literatur als ein schwer lösbares Problem angesehen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, daß es bei dieser Stabilhaltung nicht ankommt auf die Menge des überhaupt vorhandenen, sondern auf die Menge des umlaufenden Geldes und darauf, daß das Tempo dieses Umlaufs nicht beliebig gesteigert oder (durch Zurückhaltung) verlangsamt wird. Eine gleichmäßige Umlaufgeschwindigkeit stellt also eine notwendige Bedingung für die dauernd erfolgreiche Handhabung der Indexwährung dar. Gegenwärtig wird sie in der Hauptsache erreicht durch die Anwendung einer rationellen Diskontpolitik, und das Beispiel Schwedens, das 1931 in einer wirtschaftlich durchaus ungünstigen Lage die Indexwährung einführte, zeigt, daß sich diese Methode bewährt hat. Der schwedische Preisstand blieb annähernd stabil, und die wirtschaftliche Lage des Landes entwickelte sich sehr befriedigend. Es müßte die Erfahrung lehren, ob und wann - verursacht etwa durch die Bevölkerungsbewegung oder den Stand der Technik - noch weitere finanztechnische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der dynamischen Tauschäquivalenz zwischen Waren und Geld erforderlich würden. Ein wirksames Mittel zur Umlaufsicherung des Geldes

bei der Indexwährungspolitik stellt zweifellos der von dem erfolgreichen deutschen Kaufmann Silvio Gesell vorgeschlagene Umlaufzwang des Geldes dar, für dessen Verwirklichung verschiedene technische Vorschläge vorliegen, die zeitweise in Deutschland, Oesterreich und den USA schon lokal erprobt worden sind. Dieser Umlaufzwang des Geldes müßte spätestens dann eingeschaltet werden, wenn die quantitative Angleichung der Geldmenge an die angebotene Warenmenge allein nicht mehr ausreicht, um das Ziel dieser Politik, die Vollbeschäftigung und Krisenfestigkeit der Wirtschaft, auf die Dauer zu sichern.

Dieser Vorschlag Silvio Gesells hat den Beifall bedeutender moderner Wirtschaftswissenschaftler wie John Maynard Keynes, England, und Irving Fisher, USA, gefunden. Seine Verwirklichung würde es erheblich erleichtern, eine gleichmäßige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu sichern; außerdem würde dadurch dem „Hang zur Liquidität“ - wie Keynes die Unlust zur Neuinvestierung umschreibt - wirksam begegnet. Dieser für die Gesamtwirtschaft verhängnisvolle „Hang zur Liquidität“ befällt die Kapitalanleger regelmäßig dann, wenn ihnen die Rendite für das Sachkapital oder - um wieder mit Keynes zu reden - die „langfristige Erwartung“ als zu gering erscheint. Wenn die Kapitalanlagen diesem „Hang zur Liquidität“ folgen, dann führt dies, wie die Erfahrung vielfach gelehrt hat, z.B. 1929 in den USA, mit Sicherheit in eine Wirtschaftskrise. Wir schlagen aus diesen zwingenden Gründen vor, in dem Währungssystem der Marshallplan-Staaten den Umlaufzwang des Geldes in der Weise gesetzlich zu verankern, daß er dann einzuführen ist, wenn mit den bisher angewandten Mitteln die Indexwährung mit Vollbeschäftigung nicht mehr gesichert erscheint.

V.

Indexwährung und Außenhandel

Weiterhin wird gegen die Indexwährung mit grosser Zähigkeit der Einwand erhoben, eine auf den Durchschnittspreis aller Inlandswaren abgestellte Papierwährung ließe sich nur als Landesgeld, nicht aber zum Tausch mit dem Ausland gebrauchen. Diese Behauptung besteht durchaus zu Unrecht. Für die Bewertung eines Landesgeldes durch das Ausland spielt die öffentliche Finanzgebarung des betreffenden Staates, seine Handelsbeziehungen, seine Zahlungsverpflichtungen, die ganze Beschaffenheit seiner Zahlungsbilanz, seine ganze allgemeine Politik eine Rolle. In erster Linie aber gründet sie sich auf die heimische Kaufkraft. Solange diese eine bestimmte Ebene aufrechterhält, wird die Valuta auch an auswärtigen Märkten ihren entsprechenden Preis behaupten. Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler

Professor Gustaf Cassel hat diese Frage genau untersucht und dafür das Gesetz der „Kaufkraftparität“ aufgestellt, das in der modernen Wissenschaft allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Die Richtigkeit dieses Gesetzes haben die Währungen einer Reihe von Staaten bewiesen (England, Japan u. a.), die jahrelang vor dem Kriege vom Golde gelöst und nach den oben skizzierten-Grundsätzen verwaltet wurden. Die betreffenden Länder trieben Außenhandel, ohne daß ihre Valuten von der Kaufkraftparität abgewichen wären, und dabei wurden diese Währungen nicht einmal exakt nach einem festen Preisindex formal verwaltet. Von einer Erschwerung oder gar der Unmöglichkeit des Außenhandels durch eine gesicherte Indexwährung kann also keine Rede sein. Es erscheint uns wichtig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß der Erfolg der Marshall-Hilfe recht beträchtlich gesteigert würde, wenn die beteiligten

Länder

1. die gesicherte Indexwährung einführen;
2. die Wechselkurse der einzelnen Währungen untereinander frei blieben, sich aber nach den Kaufkraftparitäten ausrichteten; und
3. die beteiligten Länder untereinander und für ihre Handelsbeziehungen zu allen Staaten der Welt den Freihandel verkündeten.

VI.

Indexwährung und Weltgoldbestände

Aus dem oben Gesagten dürfte hervorgehen, daß die . Indexwährung dem bisher verwirklichten Währungssystem der Gegenwart, welche Ausprägung es auch haben möge, überlegen ist. Im Falle der hier in Betracht kommenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaft käme noch die Ueberlegung hinzu, daß alle in Frage stehenden Länder keine Goldproduzenten sind, die monetären Goldvorräte der meisten aber, infolge des skizzierten Charakters der Goldkernwährungen zum größten Teil in andere Wirtschaftsgebiete abgeflossen sind. Sie müßten also bei Einführung einer deckungspflichtigen Goldwährung die notwendige Goldreserve von goldbesitzenden Ländern durch irgendwelche Leistungen kaufen oder auf dem Wege einer zu verzinsenden Anleihe erwerben. Es braucht nicht näher ausgeführt zu werden, daß dadurch die goldlosen Länder von vornherein in eine mehr oder weniger große Abhängigkeit von den goldbesitzenden geraten müßten. Zudem lehrt alle Erfahrung, sowie die heute vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, daß bei einer Rückkehr zu einer metallgedeckten Währung der verhängnisvolle und zerstörerische Konjunkturzyklus ohne Ende von neuem beginnen

würde. Sollte aus irgendwelchen Gründen für die Durchführung des Marshall-Planes ein Goldwährungssystem für die beteiligten Staaten als unerlässlich angesehen werden, so können die schweren Gefahren einer solchen Regelung nur dann vermieden werden, wenn man auf den „kompensierten Dollarplan“ Irving Fishers (dargestellt in Irving Fisher: „Stabilizing the Dollar“, New York 1920, McMillan Co.) zurückgreift, der vorsieht, im Falle von eintretenden Preisschwankungen den Goldgehalt der Währungseinheit fortlaufend entsprechend zu ändern. Dieser Plan bildete die Grundlage für das von Präsident Roosevelt am 15. Januar 1934 vom Kongreß verlangte „Goldrücklagegesetz“, das am 31. Januar 1934 unterzeichnet wurde. Wenn schon geglaubt wird, man könne auf die Goldwährung nicht verzichten, dann besteht nur in einem veränderlichen Goldgehalt der Währungseinheit die Möglichkeit, einen festen durchschnittlichen Preisstand, die Voraussetzung einer krisenfesten Wirtschaft, zu schaffen. Dieses Verfahren fügt sich auch ohne Schwierigkeiten in das Abkommen von Bretton Woods ein, es ist aber umständlicher und komplizierter in der Durchführung als das der oben skizzierten Indexwährung.

Die verantwortlichen Leiter der zu bildenden Wirtschaftsgemeinschaft sollten daher die Einführung der Indexwährung ernsthaft ins Auge fassen und fordern, um eine Gesundung der notleidenden nationalen Wirtschaften einzuleiten und ihren reibungslosen Zusammenklang in einer freien Weltwirtschaft herbeizuführen. Hierin besteht eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entwicklung zu allgemeinem Wohlstand und gesichertem Frieden.

(Hervorhebungen durch Sperrung, soweit erkannt, durch Unterstreichung ersetzt. TA)

Herausgeber: Freiwirtschaftsbund, Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft. Sachbearbeiter: (Prof.) Dr. Olga von Plotho, geboren 8. September 1881 in Holegruft Kreis Segeberg. Veröffentlicht 1948 unter Zulassung Nr. 17 (Kurt Sellin) des Freiheit-Verlags, Heidelberg. Alle Rechte vorbehalten. Verlags-Nr. 83/10.

Gedruckt bei Martin Hoch in Ludwigsburg. Auflage 5000.

DIE NEUE SOZIALE ORDNUNG

- Aktive Währungs- und Wirtschaftspolitik -
- Vollständige Beseitigung der Zwangswirtschaft -
- Gerechter Lastenausgleich mit Liquidierung der Vergangenheit -
- Finanzreform mit radikalem Steuerabbau -
- Überwindung der Wohnungsnot -
- Einleitung einer Bodenrechtsreform
- Freihandel

ZWEITE DENKSCHRIFT DES FREIWIRTSCHAFTSBUNDES

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN NEUORDNUNG

Oktober 1948

Die vorliegende Denkschrift wurde im Oktober 1948 vom Bundesvorstandes überparteilichen Freiwirtschaftsbundes (Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und -Wirtschaft) an folgende Behörden, Ämter, Organisationen, Damen und Herren zugestellt:

Militärgouverneure der vier Besatzungszonen;
Regierungen (Ministerpräsidenten und Minister) aller deutschen Länder;
Abgeordnete aller deutschen Länderparlamente;
Alliierte Bankenkommision; Bank der deutschen Länder; Landeszentralbanken;
Verwaltung für Wirtschaft; Wirtschaftsrat;
Industrie- und Handelskammern; Handwerkskammern;
Gewerkschaften; Parteien;
sowie viele führende Frauen und Männer des öffentlichen Lebens.

Die vorgenannten Personen, Behörden, Ämter und Organisationen, die unmittelbar oder mittelbar an der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung Deutschlands beteiligt oder interessiert sind, erhalten bei Bedarf weitere Abdrucke der Denkschrift. Der Freiwirtschaftsbund erwartet und begrüßt eine Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Denkschrift. Vertreter des Bundes stehen zu einer Aussprache über ihre Durchführung zur Verfügung.

FREIWIRTSCHAFTSBUND

~~Bund für natürliche Ordnung von Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft~~

~~DER BUNDESVEREIN~~

~~(17a) Heidelberg-Ziegelhausen, ...~~

UNSERE VERANTWORTUNG

(Schlußteil der 14seitigen Denkschrift / zweiseitig / + 6 Seiten Anhang TA)

Von uns Deutschen werden noch im Laufe des Jahres 1948 schwere Entscheidungen verlangt, die eine neue soziale Ordnung zum Ziele haben müssen. Es kommt dabei darauf an, das mit der Einführung der D-Mark unzulänglich begonnene Werk von Fehlern und Irrtümern zu befreien, die ergänzenden Voraussetzungen besonders im Lastenausgleich und dem Steuerabbau zu schaffen. Auf den beiden Grundpfeilern jeder Lebensordnung, einer durch aktive Währungs politik reibungslos funktionierenden Arbeitsteilung und einem sozialen Bodenrecht, müssen wir eine neue soziale Ordnung errichten, die sich durch ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit unter der Bedingung der sozialen Gerechtigkeit auszeichnet und nach außen durch den Freihandel auf alle Vorrechte verzichtet, den freien Wettbewerb auf allen Märkten international herstellt. Die Verwaltung für Wirtschaft, der Wirtschaftsrat, die Länderbank und die Landeszentralbanken, die Länderregierungen und die Parteien tragen nach außen die Verantwortung für Form und Inhalt der hierzu erforderlichen Gesetzgebung.

Zur Lösung der gestellten Aufgaben sind jedoch die durch die Parteipolitik gezogenen Zäune zu eng. Es handelt sich nicht darum, irgendwelche Teilprobleme innerhalb der deutschen Wirtschaftspolitik nach diesen oder jenen Interessen zu entscheiden, sondern darum, eine neue soziale Ordnung zu schaffen, in der das ganze Volk leben muß und leben wird. Infolgedessen müssen die Parteien sich in dieser Frage parteipolitischer Doktrinen entledigen, die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Wirtschaftsverbände, die führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Einsichtigen aus allen Schichten des Volkes müssen sich zusammenfinden, um in dieser entscheidenden Frage für die deutsche Zukunft die Prüfung der Gegenwart zu bestehen. In der Frage der sozialen Neuordnung ist die wissenschaftliche Erkenntnis soweit fortgeschritten und durch vielfältige Erfahrungen bestätigt, daß es nicht mehr erlaubt sein kann, einer anderen Meinung zu sein, als diesen Erkenntnissen zu folgen, die zentralen Fragen nach einer Lösung der Währungsfrage und des Bodenrechts haben ein Stadium erreicht, in welchem der Irrtum ebensowenig erlaubt

ist, wie etwa darüber, ob zweimal zwei vier ist oder nicht. Eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit kann nur noch darin bestehen, ob man den Menschen die persönliche Freiheit gewährt, ihr Zusammenleben nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit, also der sozialen Gerechtigkeit, anerkennt oder den Menschen dafür bestimmt hält, von anderen Menschen durchkollektiven Zwang zu einem willenlosen Werkzeug einer seelenlosen Apparatur herabgewürdigt zu werden.

Die Frage nach einer neuen sozialen Ordnung ist beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung und Erfahrung keine Frage mehr des Könnens, sondern nur noch eine Frage des Wollens. Die Situation nach dem zweiten Weltkrieg hat uns die große Chance gegeben, zu einer neuen sozialen Ordnung in Freiheit vorzustoßen, die Mittel, sie zu schaffen, stehen bereit, es kommt darauf an, sie anzuwenden, die vorhandenen Erkenntnisse und Einsichten zur Grundlage zielbewußten Handelns zu machen.

Aus dem

ANHANG

Stimmen zur Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“

Im August 1947 hat der Freiwirtschaftsbund seine Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ an den Alliierten Kontrollrat eingereicht und den deutschen Regierungen aller Länder, den Abgeordneten aller Länderparlamente, den Landeszentralbanken, dem Wirtschaftsrat, den Landräten, Oberbürgermeistern, den Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, den Gewerkschaften, allen Parteien und führenden Frauen und Männern des öffentlichen Lebens zugestellt mit der Aufforderung, sich mit den Vorschlägen auseinanderzusetzen und gegebenenfalls für deren Durchführung auf überparteilicher Grundlage einzutreten. Von den nahezu 6000 angeschriebenen Damen und Herren, Behörden, Ämtern und Organisationen haben mehr als 1000 geantwortet oder sind in eine Aussprache und Verhandlungen über den Gegenstand eingetreten. Von den Zuschriften sprachen sich etwa zwei Drittel positiv für die Durchführung der Vorschläge aus.

Der Freiwirtschaftsbund hat in etwa 250 Vorträgen in den drei westlichen Zonen, zum Teil auf Einladung von Industrie- und Handelskammern und Wirtschaftsverbänden den Vorschlag öffentlich bekannt gemacht, die Presse und die einschlägigen Zeitschriften mit der Denk-

schrift bedient, und auch über die Radiostationen Stuttgart, Frankfurt/M. und Bremen wurde die Denkschrift in mehreren Sendungen behandelt.

Ferner bildete die Denkschrift auch die Grundlage für wissenschaftliche Diskussionen, und schließlich waren die Vorschläge auch Gegenstand von Beratungen mit den zuständigen deutschen Regierungsstellen.

Nachstehend geben wir Auszüge aus einigen Zuschriften, Stellungnahmen, Resolutionen und Verhandlungen zur Unterrichtung über das Maß und die Kraft der Bewegung, die die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ ausgelöst hat.

Presse ... / Parteien, politische Organisationen und Gewerkschaften ... / Industrie- und Handelskammern und wirtschaftliche Verbände ... / Wirtschaftskreise ... / Ämter und Behörden ... / Wissenschaft ... /

Verhandlungen zur Durchführung

Für die Durchführung der Vorschläge der Denkschrift wurden Konferenzen abgehalten und Verhandlungen geführt. So fanden u. a. in Bad Kreuznach, Hanau, Gießen und Stuttgart Konferenzen statt, zu denen vom Freiwirtschaftsbund die Ministerien, Abgeordneten, Behördenvertreter, Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände eingeladen waren. In der Hanauer Konferenz wurde Übereinstimmung erzielt, und nachträglich hat sich auch der Oberbürgermeister von Hanau zu den Forderungen der Denkschrift bekannt. Nach der Konferenz in Gießen wurde folgende Resolution angenommen:

Die äußerst kritische Lage der deutschen Wirtschaft duldet keinen weiteren Aufschub für eine grundsätzliche wirtschaftliche Neuordnung, insbesondere eine zielsichere Währungsberichtigung und Finanzordnung. Die Versammelten sehen in den Vorschlägen des Freiwirtschaftsbundes, wie sie in dessen Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ niedergelegt sind, einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg zu einer freien, rationell arbeitenden Wirtschaft, ohne schwerfällige, unproduktive bürokratische Fesseln, mit sicheren Kalkulationsgrundlagen, einer wirtschaftlichen Nutzung aller vorhandenen Kräfte und Mittel und damit zu einer stetig steigenden Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und zu einem friedlichen Zusammenleben mit der Welt.

Ferner sehen sie in den Vorschlägen die Möglichkeit eines gerechten Lastenausgleiches, einer gründlichen Finanzreform und einer endgültigen finanziellen und wirtschaftlichen Liquidation der Vergangenheit.

Die Hessische Staatsregierung, der Zweizonenwirtschaftsrat und dessen Sonderstelle Geld und Kredit werden aufgefordert, unverzüglich die Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ und deren umfassende Vorschläge eingehend zu prüfen und mit Vertretern des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes zu beraten.

Die Versammelten erwarten als Ergebnis dieser Prüfung einen baldigen Antrag zur Durchführung einer entsprechenden wirtschaftlichen Neuordnung an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland und an den Alliierten Kontrollrat.

Zur Stuttgarter Konferenz im Furtbachhaus am 9 Januar 1948 waren Vertreter von allen Ministerien, Behörden, Parteien und Verbänden erschienen. Die Konferenz war von 1250 Teilnehmern besucht. In der Aussprache haben sich vor allem die Landtagsabgeordneten Ministerialrat Dr. Adolf Scheffbuch und Dr. Haering beide von der CDU entschieden für die dort gefaßte Resolution und die Durchführung der Vorschläge des Freiwirtschaftsbundes eingesetzt. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

1. Die Versammelten sehen in den Vorschlägen des Freiwirtschaftsbundes, wie sie in der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ niedergelegt sind, insbesondere in der vorgeschlagenen Währungs- und Finanzordnung, einen gangbaren Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Überwindung der Vergangenheit, zu einem gerechten Lastenausgleich und zum Aufbau einer gesunden Wirtschaft ohne bürokratischen Zwang mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

2. Die Versammelten fordern die Württemberg-Badische Regierung, den Württemberg-Badischen Landtag, den Zweizonenwirtschaftsrat und dessen Sonderstelle „Geld und Kredit“ auf, unverzüglich die Denkschrift und deren umfassende Vorschläge zu prüfen und mit Vertretern des überparteilichen Freiwirtschaftsbundes zu beraten.

3. Die Versammelten erwarten als Ergebnis dieser Prüfung einen baldigen Antrag zur

Durchführung einer entsprechenden wirtschaftlichen Neuordnung an die Amerikanische Militärregierung für Deutschland und an den Alliierten Kontrollrat.

Der württemb.-badische Wirtschaftsminister Dr. Veit teilte am 1. März 1948 mit:

„Ihre Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ enthält beachtliche Erkenntnisse und dankenswerte Anregungen zum Problem der Währungsreform und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen. Das Problem der Währungsreform und die mit ihr zusammenhängenden Fragen werden durch bizonale Fachkommissionen vorberaten, denen, wie ich unterstelle, Ihre Denkschrift zugegangen ist. Die Wirtschaftsverwaltungen sind trotz dahingehender Vorstellungen bis jetzt nicht zur Beratung hinzugezogen worden, so daß mir eine unmittelbare Einflußnahme nicht möglich ist.“

Der Finanzminister der Regierung Württemberg-Baden, Dr. Köhler, äußerte sich am 25. Mai 1948:

„Die Denkschrift und die Entschließung des Freiwirtschaftsbundes zur wirtschaftlichen Neuordnung sind hier eingehend geprüft worden. Ihre Vorschläge stimmen, insbesondere soweit sie einen gerechten Lastenausgleich und einen Abbau der Zwangswirtschaft anstreben, weit hin mit den von der Regierung verfolgten Zielen überein.“

Bereits gelegentlich des Warenmarktplans hat sich der Regierungspräsident von Wiesbaden, vertreten durch Regierungsdirektor Dr. Brinkmann; für die Verwirklichung jener Zwischenlösung nach einer Sachverständigenkonferenz, zu der auch Vertreter des Bundes geladen waren, eingesetzt. Zu der Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ schrieb der Regierungspräsident von Wiesbaden,

Nieschalke, am 28. Sept. 1947:

„Für die mir freundlichst übersandte Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ spreche ich Ihnen meinen besonderen Dank aus. Ich habe die Denkschrift mit größtem Interesse gelesen. Die in der Denkschrift gemachten Vorschläge sind es wert, von den zuständigen Stellen mit allem Ernst geprüft zu werden. In knapper, sachgemäßer Form stellt die Denkschrift die deutsche Wirtschafts- und Finanzlage dar und versucht, Wege aufzuzeigen, um zu einer allmählichen Gesundung der Finanz- und Wirtschaftslage zu kommen. Es dürfte Ihnen gewiß auch völlig klar sein, daß in den heutigen Zeitverhältnissen die allmähliche Anbahnung einer Gesundung außerordentlich

schwierig ist, da bei dem Vorhandensein verschiedener Kompetenzen die Einheitlichkeit fehlt und dadurch die Entscheidung schwierig wird. Immerhin muß ich die Klarheit der Sachdarstellung in Ihrer Denkschrift rühmen und jede Initiative begrüßen, die darauf hinzielt, geeignete und beachtenswerte Vorschläge auf diesem Gebiet zu machen, damit endlich die verschiedenen zuständigen Stellen sich zu einem Entschluß aufraffen. Da ich beabsichtige, den Inhalt Ihrer Denkschrift verschiedenen Interessenten und Sachkennern zuzuleiten, bitte ich, mir wenn möglich 30 weitere Exemplare Ihrer Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ zugänglich zu machen.“

Durch Sachverständige ließ der Regierungspräsident die Denkschrift prüfen. In der Zwischenzeit ist dort auch die oben angeführte Gießener Resolution eingelaufen, woraufhin Regierungspräsident Nieschalke an den Kreisverband Gießen des Freiwirtschaftsbundes am 20. Januar 1948 mitteilte: *„daß mein Sachbearbeiter über Ihre Denkschrift „Wirtschaftliche Neuordnung“ eine ganze Reihe von Urteilen und Gutachten von Sachverständigen eingeholt und das gesamte Material mit eigener Stellungnahme dem für diese Angelegenheit zuständigen Herrn Finanzminister Dr. Hilpert persönlich vorgelegt hat.“*

Auf die Rückfrage des Bundesvorstandes des Freiwirtschaftsbundes übermittelte Regierungsdirekt. Dr. Brinkmann uns für den Regierungspräsidenten die Unterlagen für das, was von dort aus in der Sache geschehen war. In dem Schreiben vom 12. Dez. 1947 heißt es: *„Aus all diesen Unterlagen mögen Sie entnehmen, daß von mir aus alles in die Wege geleitet wurde, um den zuständigen Stellen Ihre Gedankengänge zugänglich zu machen. Hoffentlich kommt bei der Sache nun endlich eine vernünftige Lösung und recht bald eine praktische Entscheidung der hierfür zuständigen Stellen heraus, damit es nicht nur bei Vorschlägen und Entschließungen verbleibt.“*

Der hessische Finanzminister Dr. Hilpert schrieb bereits am 21. Nov. 1947 an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden: *„Ich bestätige Ihr Schreiben vom 23. 10. 47 pp mit der Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes und den Äußerungen verschiedener Sachverständiger zu den in der Denkschrift behandelten Fragen, die bereits in meiner Abteilung Bankenaufsicht behandelt wurde, da der Freiwirtschaftsbund die Denkschrift mir auch direkt eingereicht hatte. Ich habe sie mit einer Empfehlung dem Zweizonenwirtschaftsrat weitergereicht. Sollte es erforderlich sein, auf Einzelfragen noch zurückzukommen, erhalten Sie von mir weitere Nachricht.“*

Der Regierungspräsident und der hessische Finanzminister Dr. Hilpert haben sich also darum bemüht, den Denkschrift das erforderliche Gehör zu verschaffen. Bereits am 22. Oktober 1947 ließ der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft (damals noch Dr. Semler) folgendes mitteilen: „Herr Dr. Semler hat von Ihren Ausführungen mit Interesse Kenntnis genommen und wird sie zum Gegenstand von Besprechungen mit den maßgebenden Herren in der Verwaltung für Wirtschaft machen.“

Bei den Mitgliedern des Zweizonenwirtschaftsrats in der Sonderstelle „Geld und Kredit“ sowie in der Verwaltung für Wirtschaft ist dann auch die Denkschrift bei den Beratungen bis in die letzten Tage vor dem 20. Juni herangezogen worden. Die Entscheidung der Militärregierungen hat dann allerdings nur zu einem geringen Teil den Forderungen entsprochen, die der Freiwirtschaftsbund in seiner Denkschrift gestellt hat.

Die Ergebnisse des 20. Juni zwingen nach diesem Sachverhalt mit um so größerer Entschiedenheit, für die Durchführung der Vorschläge des Freiwirtschaftsbundes über die Grenzen der Parteien und Interessengruppen hinweg einzutreten.

(Hervorhebungen durch Sperrung soweit bemerkt, durch Unterstreichung ersetzt. TA)

SCHRIFTEN DES FREIWIRTSCHAFTSBUNDES

(Beachtung: Es sind Hinweise aus dem Jahr 1948. TA)

Die Warenmark als Brücke zur Währungsordnung

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes - Januar 1947 - DIN A 4 - 8 Seiten - DM 1.50

Wirtschaftliche Neuordnung

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes - August 1948 - DIN A 4 - 16 Seiten - DM 1.80

Indexwährung Im Marshall-Plan

Denkschrift des Freiwirtschaftsbundes (deutsch und englisch) Mai 1948 - DIN A 4 - 8 Seiten - DM 1.50

Ruf zur Freiheit

Flugschriften der Freiwirtschaftsbundes, je 0,20 DM

Nr. 1 Unserer Jugend eine freie Zukunft (Prof. Dr. Paul Diehl) - Nr. 2 Bodenreform - aber gründlich (Georg Bäurle) - Nr. 3-4 Währungsvereinigung und Finanzordnung (Paul Jansohn) - Nr. 5 Währungsordnung - aber richtig (Georg Bäurle) - Nr. 6 Planwirtschaft - die Sklaverei des 20. Jahrhunderts (Prof. Dr. Paul Diehl) - Nr. 7 Aufbruch zur Freiheit (Otto Lautenbach) .

Freiwirtschaftliche Post - Mitteilungsblatt des Freiwirtschaftsbundes

erscheint zweimal im Monat - vierteljährlich DM 1.- zuzüglich Versandkosten .

15. Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, 1951

- Zitat aus der Begrüßung von Otto Lautenbach
- Zitat aus der Begrüßung von Otto Lautenbach
- WIRTSCHAFTSORDNUNG UND STAATSFORM / Alexander Rüstow
- THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

ERNST WINKLER / ALEXANDER RÜSTOW / WERNER SCHMID
OTTO LAUTENBACH

Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft

Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes
am 9. und 10. November 1951 in Heidelberg gehalten wurden
(Wiedergabe nach der Dimafon-Aufnahme)

VITA-VERLAG / HEIDELBERG – ZIEGELHAUSEN

INHALT

	Seite
Begrüßung: Otto Lautenbach	7
Persönliche Freiheit und Sozialordnung: Ernst Winkler	9
Wirtschaftsordnung und Staatsform: Alexander Rüstow	19
Freiheitliche Außenpolitik: Werner Schmid	35
Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft: Otto Lautenbach	47
Die Diskussion	69
Schlußwort: Otto Lautenbach	73
Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft	77
Pressestimmen	79

Zitat aus der Begrüßung von Otto Lautenbach:

„Mit großer Sorge haben wir die Entwicklung dessen betrachtet, was als soziale Marktwirtschaft von der Bundesregierung plakatiert worden ist. Und wir waren bereits veranlaßt, am vergangenen Bundestag darüber nachzudenken, was getan werden könnte, um bis zum Abschluß der gegenwärtigen Regierungsperiode eine echte soziale Marktwirtschaft tatsächlich durchzusetzen. Aus diesen Gedanken ist das Thema unseres heutigen Bundestages entstanden; nämlich ein geschlossenes Programm vorzulegen, das eine soziale Marktwirtschaft als Ganzes verwirklicht und nicht etwa einen Katalog von Einzelmaßnahmen, wodurch unseres Erachtens niemals eine soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden kann. Das ist der Zweck dieses Bundestages. Die Vorträge werden im einzelnen sagen, was wir wollen.“ (S. 8)

Zitat aus dem Vortrag von Otto Lautenbach:

„Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programms angelangt: bei der Steuerpolitik. Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden. Wir müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größerem Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmer und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende Verfälschung der Marktwirtschaft gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral.“ (S.51)

WIRTSCHAFTSORDNUNG UND STAATSFORM

Alexander Rüstow

Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß, sehr ich im Grundsätzlichen mit dem, was der Herr Vorredner vertreten hat, übereinstimme - andernfalls würde ich ja nicht hier stehen, - ich mich nicht mit allen von ihm angedeuteten Einzelheiten Ihres Programms identifizieren kann; aber um so höher ist es Ihrem Bund anzurechnen, und um so mehr entspricht es liberalen Grundsätzen, daß man über solchen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen das große gemeinsame Ziel der Freiheit auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet nicht aus den Augen verliert, und daß man nicht, wie das ja leider bei uns Deutschen immer die Gefahr ist, über den Differenzen im Einzelnen die verbindende Einigkeit im Ganzen vergißt.

Meine Damen und Herren!

Die beiden großen Heerlager, in die heute die Menschheit gespalten ist, östlich und westlich des Eisernen Vorhangs, unterscheiden sich ebenso durch ihre Staatsform wie durch ihre Wirtschaftsordnung. Nun ist aber diesseits des Eisernen Vorhangs unsere Einstellung zu diesen beiden Problemgebieten sehr verschieden. Was die Staatsform betrifft, so besteht bei uns hier wohl Einmütigkeit in der Ablehnung jener totalitären Tyrannei, die auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs herrscht und die wir ja auf etwas andere Art und in einer anderen Farbe am eigenen Leibe zu spüren bekommen haben. Nicht ebenso einmütig dagegen ist unsere Einstellung zu der Wirtschaftsordnung, die drüben herrscht. Vielmehr gibt es da hier bei uns alle Spielarten des ganzen Spektrums, von einer grundsätzlichen Bejahung der totalen Planwirtschaft bis zu dem Gegenpol einer völligen Staatsfreiheit der Wirtschaft im altliberalen Sinne des „laissez-faire“. Diese Uneinigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik ist nun aber ein großer Nachteil für uns, in den allerverschiedensten Hinsichten. Ein Nachteil zuallererst für den Herrn Bundeswirtschaftsminister, der trotz seiner bekannten Stoßkraft und Unbekümmertheit es nicht leicht hat, angesichts einer solchen Lage, wo die verschiedensten Gruppen nach den ver-

19

schiedensten Richtungen an ihm zerren, eine gerade, entschiedene, klare Linie durchzunähen. Aber schlimm auch für jeden einzelnen von uns, die wir infolgedessen eine Wirtschaftspolitik über uns ergehen lassen müssen, die keiner von uns hundertprozentig bejaht, ich bin jedenfalls einem solchen Exemplar in Deutschland noch nicht begegnet. Selbst diejenigen, die mit Teilen der heutigen Wirtschaftspolitik einverstanden sind, haben an anderen Teilen ihre Aussetzungen zu machen, und das liegt einfach daran, daß keines der verschiedenen Programme eindeutig durchgeführt werden kann, daß wir mitten im Kreuzfeuer der allerverschiedensten einander widersprechenden Interessen und Auffassungen stehen, und daß als Resultate sich meist Kompromisse ergeben, die an sich von niemandem gewollt waren, sondern die eben, wenn da in dieser und dort in jener Richtung gezogen worden ist, schließlich und endlich herausgekommen sind.

Aber davon abgesehen ist diese Lage der grundsätzlichen Uneinigkeit in den wirtschaftspolitischen Fragen noch bedenklicher und noch schlimmer angesichts des kalten Krieges, in dem wir uns befinden. Denn wir haben es mit einem Gegner zu tun, der auch in dieser Frage, wie in allen anderen, ein Übermaß an erzwungener Einigkeit und Geschlossenheit hat, und wenn wir uns gegenüber diesem drohenden Gegner behaupten wollen, so ist jedenfalls eine derartige Zerfahrenheit und Uneinigkeit in einer so grundlegenden Frage nicht gerade die geeignete Heeresordnung. Es besteht also ein dringendes Interesse, alles daranzusetzen, um auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu einer Einigung oder, weniger optimistisch gesagt, mindestens zu einer Annäherung zu kommen. Die Chancen für eine solche Verständigung sind grundsätzlich gar nicht so schlecht. Wenn ich die Zeit der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 vergleiche, wo ich in der Wirtschaftspolitik stand, so waren damals die Fronten unvergleichlich viel verhärteter, war es unvergleichlich viel aussichtsloser, sich mit einem, der einen anderen Standpunkt vertrat, zu einigen. Heute ist das Gottseidank anders geworden, und einer der stärksten und erfreulichsten Eindrücke, die ich

hier in Deutschland bekam, als ich vor anderthalb Jahren aus meiner siebenjährigen Emigration zurückkam, war der, wie aufgeschlossen fast alle Menschen auch gegenüber diesem Problem sind, wie sehr, unbeschadet des Standpunkts, den er zunächst natürlich hat, doch Jeder bereit ist, zu diskutieren, und zwar anständig, ehrlich, demokratisch zu diskutieren und sich äußerstenfalls sogar überzeugen zu lassen.

Ich selbst gehöre ganz und gar nicht zu den Menschen, die ein Patentrezept in der Tasche tragen, das man nur herauszuziehen braucht, und die fest davon überzeugt sind, alles Unheil in der Welt käme nur daher, daß die dummen und böswilligen Anderen die wunderbare Heilsamkeit

20

dieses Patentrezepts nun einmal nicht einsehen wollen. Das früher ein sehr verbreiteter Standpunkt in den verschiedensten Lagern. Jeder warf dem andern diese Unbelehrbarkeit und Verstocktheit vor. Aber so etwas gibt es heute eigentlich kaum noch. Das ist doch eine sehr hoffnungsvolle Situation; wir alle fühlen uns im Grunde in der gleichen Lage wir suchen wir fühlen vor, wir glauben gewisse Dinge zu wissen, wir geben zu, daß wir andere Dinge noch nicht wissen, und wir sind in jedem Fall kameradschaftlich bereit, gemeinsam über diese Dinge zu diskutieren. Und in diesem Sinne bitte ich Sie auch, meine heutigen Ausführungen aufzufassen.

Nun angesichts der Tatsache, von der ich ausging, daß bei uns die Einigkeit bezüglich der wünschenswerten oder nicht wünschenswerten Staatsform größer ist, als die bezüglich der als wünschenswert erachteten Wirtschaftsform, diese Tatsache legt den Gedanken nahe, ob nicht möglich wäre, da eine Brücke zu schlagen und die im Prinzip vorhandene Einigkeit über die wünschenswerte Staatsform, nämlich Demokratie in irgend einer der zur Wahl stehenden Schattierungen, zu übertragen auf das Gebiet der Wirtschaftsdiskussion, wo die Einigkeit zunächst noch so viel geringer ist. Und ich glaube in der Tat, daß das möglich ist, und eben diesen Versuch will ich deshalb heute machen. Ich glaube, es läßt sich nachweisen daß zwischen Staatsform und Wirtschaftsordnung ganz bestimmte, leicht einzusehende, zwangsläufige und notwendige Verbindungen bestehen und daß, wenn man auf dem Gebiet der Staatsform seine Entscheidung getroffen hat, also in unserem Fall die Entscheidung für Demokratie (wobei innerhalb dieses Gebiets die Wahl zwischen den verschiedenen Spielarten und ihren möglichen Verbesserungen durchaus offen bleibt), daß, wenn man in diesem Punkte einig ist, es sich zeigen läßt, daß man dann konsequenterweise keine beliebige Wahl zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen mehr hat, sondern daß sich daraus unausweichlich ganz bestimmte notwendige Folgerungen für die Wirtschaftsordnung ergeben. Wo bei noch zu sagen ist, daß, wenn dieser Gedankengang stimmen sollte, und wenn es mir gelingen sollte, ihn Ihnen plausibel zu machen das ja eine *argumentatio a fortiori* ist. Denn die Staatsform und die mit ihr unmittelbar zusammenhängende Gesellschaftsform, Lebensform, ist ja doch etwas unmittelbar Wichtiges und Entscheidendes, viel wichtiger als die Wirtschaftsordnung und ihre Details. Und wenn wir also über die während der Staatsform einig sind, dann werden wir um so mehr bereit sein die Konsequenzen, die sich daraus für die Wirtschaftsordnung ergeben auch

dann zu akzeptieren, wenn innerhalb des engeren und untergeordneten Gebiets der Wirtschaft an sich wir vielleicht geneigt gewesen waren, anders zu optieren.

21

Meine Damen und Herren! Um die Auseinandersetzung zu erleichtern, will ich an die Spitze meiner Ausführungen vier Thesen stellen, in die ich den Gedankengang meines Vertrags zusammenfassen kann.

Die 1. These würde etwa so lauten: Die totale Planwirtschaft, die totale Sozialisierung, oder, um es wissenschaftlich in der Terminologie meines verstorbenen Freundes Walter Eucken auszudrücken, die Zentralverwaltungswirtschaft, ist notwendigerweise, unvermeidlicher Weise, zwangsläufiger Weise gekoppelt mit der totalitären Staatsform.

2. These: Die schrittweise Sozialisierung, die allmähliche Entwicklung zur Sozialisierung, zur Zentralverwaltungswirtschaft hin, kann sich zwar zunächst noch auf dem Boden der Demokratie vollziehen, und wir haben das Beispiel dafür ja bis vor kurzem in England gehabt, aber je näher diese Entwicklung ihrem Ziel, nämlich der Vollsozialisierung kommt, desto näher kommt sie auch der totalitären Staatsstruktur, und am Ende aller Enden kann kein noch so großes Talent zur Inkonsequenz, wie es unsern englischen Freunden besonders eignet, vor dieser Konsequenz schützen, vorausgesetzt, daß man diesen Weg ohne Unterbrechung bis zum Ende geht.

3. These: Für die freie Wirtschaft alter Art, die Wirtschaft des Paläoliberalismus, jene Wirtschaft, die ursprünglich von dem Grundsatz ausging, daß der Staat sich überhaupt nicht um die Wirtschaft zu kümmern hätte, die dann aber durch die Inkonsequenz, daß man den erst zur Vordertür hinausgeworfenen Staat zur Hintertür wieder herein bat, wenn einem dies oder jenes weh tat und man geholfen haben wollte, - diese Wirtschaftsform des traditionellen big-business-Kapitalismus oder wie man sie sonst nennen will, diese Wirtschaftsform paläoliberaler „laissez-faire“-Wirtschaft, ist in sich unstabil und führt auf den Weg der eben angedeuteten Inkonsequenzen zur Bildung von Monopolen, zu privaten Machtzusammenballungen und zu entsprechenden Gegenwirkungen, da der Staat sich aus den verschiedensten Gründen gezwungen sieht, gegen diese Machtzusammenballungen, die er doch erst selber ermöglicht und unterstützt hat, Gegengewichte zu bilden. Diese Kombination von eigentlich systemwidrigen Wirkungen und Gegenwirkungen, die sich wechselweise immer mehr steigern, führt schließlich auf den Weg Nr. 2, nämlich auf den Weg der fortschreitenden Verstaatlichung, der fortschreitenden Sozialisierung, und weiter, wie ich schon gesagt habe, auf den Weg Nr. 1. Das heißt also, auch dieser Weg einer Wirtschaftsordnung, wie sie z. B. zur Zeit noch in Amerika herrscht, führt über New Deal u. dgl. in seiner letzten Konsequenz genau dahin, wohin der zweite und der erste auch führen. Alle diese Wege führen, teils auf Umwegen, teils mit sehr eleganten Kurven, letztendlich nach Moskau.

22

Ja, meine Damen und Herren, wenn das so ist, dann könnte ja die Lage ziemlich verzweifelt erscheinen, denn was steht uns denn außer diesen

drei Möglichkeiten, die wir eben besprochen, noch zu Gebote? Nun, ich bin überzeugt, - Gott sei dank, sonst wäre es ja vergeblich, hier überhaupt noch zu reden -, daß es eine vierte Möglichkeit gibt, und das ist jene Möglichkeit, nach der meine Freunde und ich seit Jahren suchen, ein Weg freilich, den wir bei weitem noch nicht zu Ende gegangen sind, auf dem wir aber schon ein ganzes Stück vorwärts gekommen und in weiterem Vorwärtsschreiten begriffen sind, nämlich der Weg des Neoliberalismus, der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Wobei ich gleich hier betonen möchte, daß bei diesem von meinem Kollegen Müller-Armack geprägten Terminus der Sozialen Marktwirtschaft das Wort sozial dick rot unterstrichen werden muß. Denn so ist es nicht gemeint, daß man auf die paläo-liberale, uns allen sattsam bekannte kapitalistische Wirtschaft des laissez-faire nur dieses Etikettchen „Sozial“ obendrauf zu kleben brauchte und damit alles getan wäre, so wie wenn man etwa auf die Weinflasche eines sauren Jahrgangs das Etikett 1949 daraufkleben würde. Aber leider Gottes geschieht das vielfach, und das ist das schlimmste, was zur Diskreditierung dessen, was wir eigentlich wollen, geschehen kann.

Beginnen wir nun also mit unserer These I.

Meine Damen und Herren! Es ist von Theoretikern früher manchmal so argumentiert worden: wenn die ganze Wirtschaft sozialisiert ist, wenn wir eine reine totale Zentralverwaltungswirtschaft haben, wenn also der Leiter dieser Planwirtschaft oder das Gremium, das sie leitet, die ganze Verfügungsgewalt über die Wirtschaft in der Hand hat, dann kann der Betreffende ja per definitionem tun, was er will, dann ist er sozusagen wirtschaftlich allmächtig, und also, was steht dann noch dem im Wege, daß er idealistisch, wie er ja sicherlich sein wird, das Ganze nur unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohles verwalten wird?

Meine Damen und Herren! Man muß schon ein sehr weltfremder Theoretiker sein, um solche Gedankengänge zu verfolgen. Denn der Leiter einer total sozialisierten Wirtschaft ist ja in Wirklichkeit alles andere als frei.

Er ist zwar persönlich allmächtig allen anderen Wirtschaftsbeteiligten gegenüber, die er im Notfall, der oft eintritt, durch Schuß in den Hinterkopf erledigen lassen kann. Aber sachlich ist er alles andere als frei, er befindet sich vielmehr dauernd in den furchtbarsten Schwierigkeiten. Nicht nur, wie wir wissen, in politischen Schwierigkeiten, so daß die kugelfesten Scheiben seines Autos gar nicht dick genug sein können. Sondern vor allen Dingen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Zunächst einmal ist das Aufstellen der berühmten Fünfjahrespläne eine Aufgabe, die menschliche

23

Fähigkeiten offensichtlich bei weitem überschreitet. Aber die größten Schwierigkeiten kommen erst hinterher. Keiner der Vier- oder Fünfjahrespläne hat sich bisher durchführen lassen, kein einziger, in keinem Lande. Dann werden die Sundenböcke gesucht und erledigt, die für das Mißlingen verantwortlich gemacht werden. Aber in Wirklichkeit ist es doch so, daß die Sache eben einfach nicht klappt und nicht klappen kann. Im großen wie im kleinen gibt es immerfort Reibungen, es zeigen sich die berüchtigten Erscheinungen der „Flaschenhälse“, der „Engpässe“, Erscheinungen, von

denen wir früher gar nicht wußten, daß es so etwas überhaupt gäbe, die vielmehr ein Spezifikum der Planwirtschaft sind. Außerhalb der Planwirtschaft gibt es so etwas wie Flaschenhalse nur bei Bier- und Weinflaschen. Von solchen Schwierigkeiten ist der unglückselige verantwortliche Leiter rings umdroht, aus jedem neuen Telefonanruf ergibt sich für ihn eine neue Verlegenheit und wenn er das eine Loch glücklich gestopft hat, dann klafft natürlich an anderer Stelle ein desto schlimmeres. Das ist eine so gespannte und so auf des Messers Schneide stehende Lage, daß wenn die Sache überhaupt irgendwie gehen soll - sei es auch auf Kosten der Verbraucher, denn die müssen ja immer die Zeche zahlen -, man es gar nicht anders machen kann, als mit absolut diktatorischen Methoden. Wenn man da noch Gremien konsultieren, Mehrheitsbeschlüsse fassen lassen humanitäre Überlegungen anstellen sollte, mein Gott, wo käme man da hin? Man kommt schon sowieso kaum durch.

Also meine Damen und Herren, wenn man die Dinge auch nur etwas reahstisch betrachtet dann ist vollkommen klar, daß derjenige, der die Gesamtverfügung über die vollsozialisierte Wirtschaft in der Hand hat der also die Möglichkeit omnipotenter diktatorischer Entscheidung besitzt, von dieser Möglichkeit in absolut diktatorischer, totalitärer Weise Gebrauch machen muß, selbst wenn er nicht wollte. Im übrigen aber will er es selbstverständlich auch, denn bei der Auslese der Menschen, die an die Spitze kommen, setzen sich natürlich nur die durch, haben nur die Chancen sich durchzusetzen, die von einem fanatischen Maatwillen beseelt sind und gerade nach dieser Möglichkeit des diktatorischen Befehlens streben.

Dieser eben nur skizzierte Beweis ließe sich noch sehr viel detaillierter führen, aber jede Detaillierung hätte nur dasselbe Ergebnis: die totale Sozialisierung, die Zentralverwaltungswirtschaft läßt sich gar nicht anders führen als in Form des totalitären, allmächtigen, tyrannischen Staates. Das ist eine Einsicht, die sich inzwischen auch so ziemlich herumgesprochen hat, und es gibt wohl heute nur noch sehr wenige Menschen, die in einer schalldicht abgepolsterten Studierstube die entgegengesetzte These der Vereinbarkeit zwischen totaler Planwirtschaft und Demokratie noch vertreten.

24

Vielmehr ist es so, daß auch die sozialistischen Theoretiker, soweit sie überhaupt für solche Überlegungen zugänglich sind und die Freiheit haben, ihrer eigenen Überzeugung zu folgen, das eingesehen haben und die Konsequenzen daraus ziehen. Und da gibt es, wie gesagt, außerhalb des kommunistischen Lagers kaum noch einen, der die totale Sozialisierung, die Zentralverwaltungswirtschaft verträte, sondern man vertritt abgeschwächte Formen. Man will irgendwo haltmachen, man will die Sozialisierung irgendwie mit Maßnahmen anderer Art, anderer Struktur verdünnen, entgiften, unschädlich machen. Und insbesondere sagen diese Leute - das ist ja praktisch der einzige Standpunkt, mit dem wir es hier noch zu tun haben, der insbesondere auch von der Labourparty vertreten wurde -: wir sind ja gar nicht so wild, wir sind ja gar nicht so radikal, wir sind vernünftige, realpolitische Menschen, wir wollen zunächst einmal mit der Sozialisierung anfangen, und nur ganz langsam, schrittweise vorwärtsgehen, es wird sich dann ja zeigen, wie weit wir kommen. Das wird

sich in der Tat zeigen, aber ich glaube, es läßt sich schon vorher bestimmen, wie weit man da kommt, und es ist sehr nützlich und nötig, sich das vorher zu überlegen, und sich nicht auf einen Weg zu begeben, von dem man erst hinterher merkt, wohin er geführt hat. Wenn ich mit einem Plan: Sozialisierung bis auf weiteres, ohne bestimmte Abgrenzung, unter der Devise: „mal sehen“, wenn ich mit einer solchen menschenfreundlichen Absicht anfangen, dann ist der weitere Hergang regelmäßig so, daß sich aus den ersten Sozialisierungen natürlich Schwierigkeiten ergeben, Schwierigkeiten innerhalb des sozialisierten Bereichs, und ganz besonders Schwierigkeiten an der Berührungsfläche des sozialisierten mit dem noch nicht sozialisierten Bereich. Das kann gar nicht anders sein, wenn zwei so verschiedenen Prinzipien unterstehende Bereiche sich berühren, und berühren an einer Schnittstelle, die ja neu ist, wo sich die Beziehungen noch gar nicht eingespielt haben können, vielmehr an dieser Berührungsfläche völlig neue Verhältnisse eintreten, neu sowohl für die sozialisierten Betriebe, die mit dem Markt verkehren müssen, als auch für die Marktbetriebe, die es nun mit sozialisierten Partnern zu tun haben. Da müssen sich ja Schwierigkeiten, müssen sich ja Reibungen ergeben. Nun, wenn sich in der freien Wirtschaft Reibungen ergeben, das gibt es ja gelegentlich auch da, dann muß eben jeder Teil die sich für ihn ergebenden Schwierigkeiten auf sich nehmen und irgendwie damit fertig werden. Wenn sich die Reibung aber zwischen dem allmächtigen Staat und privaten Betrieben der freien Wirtschaft ergibt, dann sind keineswegs beide Partner in gleicher Weise bereit, ihre Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, sondern dann sagt der Staat: „das wäre ja noch schöner, diese Unordnung hört auf, wir wollen doch einmal sehen, wer sich hier durchsetzt, wer hier zu entscheiden hat“. Dann

25

muß eben, den Teufel nochmal, der nächste Wirtschaftszweig auch sozialisiert werden: wer nicht hören will, muß fühlen. Das ist ganz selbstverständlich, wenn ich Beamter, Sozialisierungsbeamter wäre, würde ich wahrscheinlich ebenso empfinden. Das heißt also, jede derartige planwirtschaftliche Maßnahme fordert aus innerer Konsequenz heraus den nächsten Schritt. Und dann wird eben der nächste Schritt getan, der nächste Bereich der "Wirtschaft sozialisiert. An der Berührungsfläche dieses nächsten Bereichs mit der freien Wirtschaft ergeben sich aber wiederum genau dieselben Schwierigkeiten, und das Spiel geht weiter.

Wenn man diesen Weg lange genug verfolgt, dann geht es eben Schritt für Schritt weiter, bis zum bitteren Ende. Die Engländer freilich haben ja nun das Experiment vorzeitig abgebrochen, wenn man Theoretiker ist, muß man sagen, leider; wenn man Menschenfreund ist, Gott sei dank. Sonst würden wir gesehen haben, daß sich das Tempo dieser Schritte zum Schluß immer mehr erhöht. Denn je mehr der freie Sektor der Wirtschaft ins Gedränge kommt, je weiter die Sozialisierung fortschreitet, je bedrohter von künftigen Sozialisierungsschritten dieser noch freie Sektor ist, desto unsicherer wird er, desto erschütterter in seinem Selbstvertrauen und Zukunftsvertrauen, desto mehr stellt er sich auf den Gedanken ein: wir werden ja morgen oder übermorgen auch sozialisiert, es hat also gar keinen Sinn, jetzt noch Investitionen zu machen, jetzt noch sorgsam zu wirtschaften, wir wirtschaften ja doch nur noch für den Staat, also jetzt noch mal

so viel wie möglich herausgewirtschaftet und schnell weg mit dem Geld ins Ausland. Und dann heißt es: Da seht ihr, wie die private Wirtschaft funktioniert, es sind ja alles Halunken und Schieber, die nichts anderes im Kopf haben, als ihr Kapital ins Ausland zu verschieben: also Sozialisierung! Diese Dynamik muß sich, je weiter sie fortschreitet, desto mehr verstärken, und es müssen also die letzten Schritte auf diesem Wege in einem immer schnelleren Tempo gegangen werden.

Diesen Gedankengang hat mein Kollege Hayek, wie Sie wissen, in seinem bekannten Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ entwickelt. Ich sagte schon damals, es sei schade, daß das Buch gerade in England erschienen ist, weil in England mit seinem Talent zur Inkonsequenz diese Zwangsläufigkeit am wenigsten in Erscheinung treten wird, und die letzten Wahlen haben mir ja recht gegeben, übrigens bin ich in vielem anderen mit Hayek nicht einverstanden, ganz besonders nicht darin, daß er nicht nur den Weg, den der Sozialismus zur Erreichung seines Zieles einschlägt, negiert, sondern auch das Ziel selbst, während ich das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, der lebendigen Beteiligung aller an der Wirtschaft, der Erzeugung eines Wirgefühls innerhalb der Wirtschaft bejahe, wie Sie noch

26

sehen werden, und nur glaube, daß man ganz andere Wege einschlagen muß, um dieses Ziel zu erreichen.

Es gibt heute schon eine wachsende Zahl von Sozialisten, die die schweren Gefahren des von ihnen bisher propagierten Weges sehen und die sich bemühen, Schutzmaßnahmen gegen diese Gefahren zu ersinnen. Es gibt Sozialisten, die ehrlich nach einer Art der Befriedigung ihrer sozialen Forderungen suchen, die das Abgleiten ins Totalitäre, in zentralistische Planwirtschaft, vermeidet. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung ist unser verehrter Senior hier, Alfred Weber. Es arbeiten aber auch eine ganze Anzahl jüngerer Nationalökonomien auf dieser Linie. Das an sich verständliche Bestreben, so viel wie möglich von dem traditionellen sozialistischen Programm aufrechtzuerhalten, führt dabei oft zu reichlich komplizierten, umwegigen und wirklichkeitsfernen Konstruktionen. Es ist aber grundsätzlich durchaus richtig, sich von überkommenen, liebgewordenen Gedanken nicht eher zu trennen, ehe man nicht alle Möglichkeiten erschöpft hat, sie doch noch in die inzwischen neu gewonnenen Erkenntnisse einzubauen. Tatsächlich liegen hier ja auch für uns noch ungelöste Probleme und unbewältigte Schwierigkeiten, und jeder, der mit intellektueller Redlichkeit und ethischer Leidenschaft sich bemüht, die Gerechtigkeitsforderung des Sozialismus auf freiheitliche und menschliche Weise zu erfüllen, soll uns als Mitstrebender willkommen sein.

Aber an der Einsicht müssen wir festhalten, daß die schrittweise Sozialisierung unter Ausschaltung der Konkurrenz, schließlich zur totalen Sozialisierung, und die totale Sozialisierung mit Notwendigkeit zum totalen Staat führt. Das also war die 2. These.

Wir kommen nun zu der 3. These, nämlich der, daß die kapitalistische Wirtschaft im engeren Sinne, insbesondere die spätkapitalistische Wirt-

schaft, in der die Ausschaltung des Staates dazu geführt hat, daß sich innerhalb der Wirtschaft Machtgruppen gebildet haben, und daß diese Machtgruppen den Staat wieder zur Hilfe gerufen haben, - daß auch diese Form der Wirtschaft nicht haltbar ist und zu den gleichen verhängnisvollen Konsequenzen führt, wie die von mir bisher behandelten Wirtschaftsformen. Das Experiment haben wir ja nun auf breitester Front in den letzten hundert Jahren gemacht, und da sollten wir wirklich belehrt sein. Wir haben ja in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts diese Wirtschaft gehabt, um die sich der Staat nach der altliberalen *Maxime laissez faire, laissez passer* möglichst wenig gekümmert hat, damit ist es eine Zeit lang sehr lebendig vorwärts gegangen, dann hat es zu Unzuträglichkeiten geführt, man hat den Staat zur Hintertür wieder hereingerufen, man hat dem Staat gesagt: ja also, alles was recht ist, aber so, wie das hier jetzt

27

ist so geht das doch nicht weiter, ich gehe zugrunde dabei, mein Unternehmen, mein Wirtschaftszweig, die ganze Volkswirtschaft -, man ist ja mit solchen Konsequenzen immer sehr schnell bei der Hand, „wo solch ein Köpfchen keinen Ausweg findet, stellt es sich gleich das Ende vor“. Der Staat hat das dann auch meist nur allzu bereitwillig eingesehen und ist zu Hilfe gekommen, und zwar punktuell, nach der Terminologie von Eucken, er hat hier eingegriffen, dort eingegriffen, und dabei ist das uns allen leider nur zu wohl bekannte Bild der spätkapitalistischen Wirtschaft herausgekommen, einer Wirtschaft, die durchsetzt ist von privaten Machtzusammenballungen auf Unternehmerseite, den Monopolen, den Kartellen den Trusts usw., auf Arbeitnehmerseite den Gewerkschaften, und infolgedessen von Kämpfen zwischen diesen privaten Machtgruppen, die immer schärfere Formen annehmen, die uns immer mehr zu Formen des Faustrechts zurückführen, die wir stolz glaubten, seit dem Mittelalter überwunden zu haben, und die mit Notwendigkeit, wenn man diesen privaten Faustrechtskämpfen nicht einfach ihren Lauf lassen will, dazu führen, daß der Staat sich verpflichtet fühlt, irgendwie zu regulieren, zunächst in der Form, daß er Kampfregeln aufstellt und ihre Einhaltung überwacht. So war es im Mittelalter ja auch zunächst, statt des unregelmäßig gegenseitig Totschlagens wurden ordentliche Fehden nach festen Kampfregeln konstituiert, und in diesem Stadium befinden wir uns ja teilweise heute: der Staat als Platzrichter für die Kämpfe der Sozialpartner. Aber auch das ist ja ein Zustand, der auf die Dauer sehr kostspielig wird und nach stärkerer Regulierung ruft, diese stärkere Regulierung tritt ein, man begibt sich auf den Weg, den wir auf einer ganzen Reihe von Gebieten auch beschritten haben und wenn man erst mal auf diesem Weg ist, daß der Staat sich unvermeidlicherweise mehr und mehr, wenn die Dinge so laufen, einschalten muß dann kommen wir auch auf diesem Umweg genau dahin, wohin wir auf den anderen Wegen auch kamen, nämlich auf die fortschreitende Verstaatlichung, die Sozialisierung in der einen oder anderen Form. Und übrigens exekutieren wir auf diese Weise geradezu die Prophezeiung von Karl Marx, daß die Entwicklung des Kapitalismus - in Wahrheit allerdings nur dieser entarteten Zerrform des Spätkapitalismus - zwangsläufig zum Sozialismus und Kommunismus führen müsse.

Diese Konsequenz unserer 3. These ist besonders wichtig, und es ist

besonders dringend, daß die Beteiligten sich das klar machen, denn es ergeben sich daraus Folgerungen, die den unmittelbaren Interessen der Beteiligten widerstreiten. Es ist immer eine schlimme Lage, wenn man gezwungen ist, wegen weit in die Ferne weisender grundsätzlicher Überlegungen unmittelbare Interessen opfern zu müssen. Denn die einzelnen

28

Beteiligten haben von den ersten Schritten auf diesem verhängnisvollen Wege zunächst einmal Vorteile. Wenn sie den Staat zu Hilfe rufen, und wenn der Staat ihnen ihre Wünsche erfüllt, so ist das natürlich ihr Vorteil.

Wenn der Staat Kartelle konzessioniert oder eine Kartellgesetzgebung macht, die bewährter Weise so unwirksam ist, daß die Kartelle dabei nur den Vorteil haben, einen Stempel des Staates unter ihren Kartellvertrag zu bekommen, dann ist das für die einzelnen kartellierungsfähigen Zweige ein unmittelbarer Vorteil, und ebenso für alle anderen an diesem System beteiligten Sozialpartner. Nur daß es bei diesem unmittelbaren Vorteil ja nicht bleibt, daß, wer A gesagt hat, eben auch B, C, D usw. sagen muß, bis zu jenem 2, jenem Ende, das keiner der Beteiligten gewollt hat und will. Doch es erfordert eben schon, wie man zugeben muß, ein überdurchschnittliches Maß an Weitblick und an Opferbereitschaft, an Bereitschaft, kurzfristige Interessen gegenüber langfristigen größeren Interessen zu opfern, um sich das klar zu machen. Um so notwendiger ist es, das immer und immer wieder zu sagen, und immer -wieder darauf hinzuweisen.

In Amerika freilich sind die Dinge noch nicht so weit. In Amerika stehen die Dinge noch nicht so auf des Messers Schneide wie bei uns. In Amerika hat das alles noch gute Weile. Da geht es noch eine ganze Weile so oder so weiter ohne allzu schlimme Konsequenzen. Infolgedessen haben die Leute da nicht das Gefühl, am Rande des Abgrundes zu stehen, wie wir hier, sondern sie denken, ach, es ist ja gar nicht so schlimm. Es ist auch wirklich drüben noch nicht so schlimm. Das hat einerseits den ungeheuren Vorteil, daß dieser Teil unserer Front noch unerschüttert ist. Denn, meine Damen und Herren, wenn die innere Erschütterung, die innere Problematik in Amerika auch schon so weit wäre wie hier, dann wäre ja unsere Front heute gar nicht zu halten. Wir müssen froh und dankbar sein, wenn unsere amerikanischen Freunde ihrer Sache noch so sicher sind. Aber wir, die wir den Weg abwärts schon viel weiter durchmessen haben als sie, die wir schon an dem Abgrund stehen, zu dem dieser Weg führt, wir müssen es uns und ihnen klar machen, daß es so ist, und wir dürfen uns von dieser Gott sei dank dort vorläufig noch vorhandenen Sicherheit nicht anstecken lassen und nicht meinen, daß business as usual eine Devise wäre, unter der wir in dem großen Weltkampf siegen könnten.

Nun kommen wir also zu der 4. These, oder bescheidener gesagt, zu der Frage, ob es denn aus diesen gestaffelten, dreifach gestaffelten Konsequenzen, die verhängnisvollerweise alle letztendlich zu demselben Ziel des totalitären Sklavenstaates führen, einem Ziel, das wir doch alle verneinen, - ob es denn da keinen Ausweg gibt? Ich bin fest überzeugt, und meine Freunde sind es mit mir, daß es einen solchen Ausweg gibt. Dieser Aus-

29

weg, dieses Gegenprogramm, hat ja das Etikett der Sozialen Marktwirt-

schaft erhalten. Nun sagte ich schon, daß es ein schwerer Mißbrauch dieses schönen Schlagwortes ist, aber leider ein vielfach geübter Mißbrauch, diesen Terminus „sozial“ einfach als solchen in Anspruch zu nehmen, das Etikett einfach aufzukleben, und darunter genau dasselbe weiter zu tun wie vorher auch. Natürlich wäre das für viele das Erwünschte, daß man sagt, ja bitte schön, unser Laden ist ja sozial, ihr könnt es ja auf dem Ladenschild lesen, aber im übrigen laßt uns in Ruhe, laßt uns so weiter machen wie bisher, dann wird schon alles gut gehen. Meine Damen und Herren! Es wird alles schlecht gehen, das ist sicher, wenn wir so weiter machen wie bisher. Die Möglichkeit, daß es gut geht, hängt davon ab, daß wir mit diesem Schlagwort „sozial“ wirklich ernst machen.

Ich kann Ihnen natürlich hier nicht die Einzelheiten unseres neoliberalen Programms entwickeln, es würde den Rahmen meines Themas weit überschreiten. Ich will nur auf ein paar Dinge hinweisen, die Ihnen ja alle geläufig sein werden. Der eine Punkt ist der, daß der Wettbewerb, der unserer Überzeugung nach das einzig gesunde, wirtschaftlich gesunde und sozial gesunde Prinzip der Wirtschaftsordnung ist, daß dieser Wettbewerb seine positiven Wirkungen nur dann entfalten kann, wenn es sich um einen echten Leistungswettbewerb handelt, wenn er nicht durch Monopole verfälscht und unterbunden wird. Eine wirksame Antimonopolgesetzgebung ist daher eine der grundlegenden Forderungen unseres Programms und einer neuen wirklich sozialen Marktwirtschaft. Ich kann das, so interessant und verlockend es wäre, hier nicht im einzelnen ausführen, die Forderung beruht nicht nur darauf, daß nur die wirkliche Leistungskonkurrenz jene Gleichschaltung zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse hervorbringt, die die Grundlage für die Überlegenheit der Marktwirtschaft ist, sondern auch darauf, daß sie allein moralisch gesunde, wirtschaftlich gesunde, politisch gesunde Verhältnisse, eine gesunde Atmosphäre erzeugt, die in sich selber eine lebendige Rechtfertigung dieser Form der Wirtschaft darstellt. Was damit gemeint ist, wissen Sie ja alle ganz genau. Sie brauchen nur die Atmosphäre vor 1948 mit der nach 1948 zu vergleichen, um zu wissen, was eine gesunde marktwirtschaftliche Atmosphäre ist. Diese unsere Forderung nach gesetzlicher Sicherung des Leistungswettbewerbs ist allerdings bisher noch keineswegs erfüllt, denn dieses unglückselige Antimonopolgesetz, das jetzt inzwischen die, ich weiß nicht wievielte vorgeburtliche Fassung hinter den Kulissen bereits angenommen hat, ist ja immer noch nicht durch, und Sie wissen, daß stark dagegen gekämpft wird. Nicht nur ist diese Vorkehrung gegen die Bildung privater Monopole

30

noch nicht getroffen, sondern es sind ja eine ganze Reihe von wichtigen Wirtschaftsbereichen noch gar nicht der Konkurrenzwirtschaft unterstellt, und es ist ja doch sehr eindrucksvoll, daß, seitdem 1948 die Wirtschaftsfreiheit in einem großen Teil der Wirtschaft hergestellt wurde, die freien Teile der Wirtschaft sich in einer erstaunlichen Weise aufwärts entwickelt haben, während die nicht freien Teile, die nach wie vor der Zwangswirtschaft unterstehen, krank geworden und geblieben sind, so daß die jetzt beschlossene Investitionshilfe darauf hinauskommt, daß der zwangswirtschaftliche und deshalb krank gebliebene Teil der Wirtschaft von dem gesunden Teil finanziert sein will. Das ist eine groteske Situation. Die

Forderung, auch die noch unter Zwangswirtschaft verbliebenen und deshalb ungesunden Teile der Wirtschaft gleichfalls freizugeben, insbesondere die Kohle, wo sich völlig unhaltbare Verhältnisse entwickelt haben, innerhalb einer sonst so gesunden Wirtschaft, diese Forderung hätte von Anfang an seit 1948, mit viel größerer Wucht vertreten werden müssen, und muß es jetzt.

Ich könnte noch stundenlang fortfahren, will aber nur noch kurz auf unsere Steuergesetzgebung eingehen. Die heutige Steuergesetzgebung mit ihrer exorbitanten Progression auf das Einkommen wird begründet mit der Forderung sozialer Gerechtigkeit. Man sagt, es ist doch selbstverständlich, daß die Leute mit riesigen Einkommen mit entsprechend hohen Sätzen besteuert werden müssen. Wenn es sich um Einkommen aus ererbtem Vermögen handelte, wie es zum großen Teil in England war, ist das eine berechnete Forderung. Denn wenn jemand ohne sein Verdienst, nur durch Vorsicht in der Wahl seiner Eltern, ein riesiges Vermögen zugefallen ist, dann ist es nur gerecht, wenn er zur Tragung der sozialen Lasten mit entsprechend hohen Sätzen herangezogen wird. Ganz anders ist es aber, wenn es sich um Arbeitseinkommen handelt. Denn was ist das für eine Konsequenz, wenn ich zunächst sage: Also, Kinder, nun mal die Ärmel aufgekrempt und fest zugepackt, verdiene jeder soviel er kann, wie es die Wirtschaft erfordert, es haben ja alle den Vorteil davon. Und wenn man dann dieser wohlgemeinten Aufforderung folgt, sich ins Zeug legt und etwas leistet, dann heißt es: Ja, mein Lieber, wenn du aber so unverschämt verdienst, dann gib es nur schleunigst wieder her. Das ist eine völlige Inkonsequenz, aber eine Inkonsequenz, die mit sachlicher Aussicht auf Erfolg nicht bekämpft werden kann, solange die Verhältnisse so verschränkt sind, solange die Trennung zwischen wirklich durch Arbeit verdientem und unverdientem Einkommen so unklar ist wie heute. Denn da sich das nicht klar trennen läßt, so können die Verteidiger jenes Standpunktes, der Gerechtigkeit mit Neid verwechselt, immer sagen: Ja bitte, aber die unver-

31

dienten Einkommen sind doch auch dabei, und wie wollt ihr die aussondern? Das heißt also, die Freiheit des in der Leistungskonkurrenz erarbeiteten Verdienstes, die einer der stärksten Antriebe der ganzen Marktwirtschaft ist, und ohne die die Marktwirtschaft jene Dynamik, die ihr innewohnt, gar nicht entfalten kann, setzt unter den heute obwaltenden Verhältnissen voraus, daß gleichzeitig Maßregeln ergriffen werden, die in der Richtung auf Startgerechtigkeit und Startgleichheit gehen und zwar marktkonforme Maßregeln, ohne Beeinträchtigung der Leistungskonkurrenz. Denn die Gerechtigkeitsforderung des Sozialismus, die ich im Prinzip für absolut gerechtfertigt halte und die meiner Überzeugung nach jeder ehrliche Mensch anerkennen muß, diese Gerechtigkeitsforderung lautet in Wahrheit nicht „Jedem das Gleiche“, sondern „Jedem das Seine“, und müßte sich deshalb vor allem richten auf das, was ich Startgerechtigkeit genannt habe. Das läßt sich nicht mit einem Schlage erreichen, das muß Schritt für Schritt angestrebt werden. Aber diese Schritte müssen gegangen werden. Die Gesetzgebung, die Wirtschaftsgesetzgebung muß in der Richtung tendieren, einen Ausgleich der Chancen zu geben, eine Gleichheit der Chancen so herzustellen, daß endlich jeder wirklich seines Glückes Schmied

ist. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann man die Ungleichheiten, die sich dann aus ungleicher Leistung ergeben, rechtfertigen und ungeschoren lassen. Wenn aber dieser Gedanke vielfach auf Ablehnung stößt, so scheint man sich nicht klar zu machen, daß auf einem anderen und wie mir scheint weit schlimmeren Wege diese Vermögensnivellierung ja bereits im Gange ist, nämlich auf dem der scharf progressiven Einkommensbesteuerung bis zu geradezu prohibitiven Höchstsätzen. Das verhindert die Vermögensbildung, es sei denn auf dem Wege des Steuerbetrugs, und bedeutet eine schwere Störung unserer Wirtschaftsordnung an ihrer Wurzel, eine Lähmung ihrer wesentlichsten Triebkraft. Wir haben also in Wirklichkeit nur die Wahl zwischen diesen beiden Alternativen. Wer das nicht sieht, der weiß nicht, was es geschlagen hat. Alles in allem ist es ja selbstverständlich, daß die Soziale Marktwirtschaft, insofern sie diesen Namen zu Recht trägt und sich von der früheren unsozialen Marktwirtschaft unterscheidet, von allen denen, die von dieser bisherigen Wirtschaftsordnung begünstigt waren, Opfer fordert. Anders geht es nicht. Man kann nicht sagen, wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß. Wenn ich irgend etwas an der bisherigen Verteilung ändere, so geht das selbstverständlich immer auf Kosten von jemanden. Es kann ja gar nicht anders sein. Es muß ja welche geben, die von den bisherigen Verhältnissen begünstigt waren und die also logischerweise durch die neuen Wirtschaftsverhältnisse benachteiligt sein werden. Von diesen zunächst einmal Benachteiligten muß man Opferbereitschaft fordern, und zwar Opferbereitschaft gar nicht nur aus christ-

32

licher Nächstenliebe und Uneigennützigkeit, sondern auch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse. Man muß allen Beteiligten sagen, wir leben nicht in einer friedlichen Welt, wo jeder seine nächsten Interessen verfolgen kann und den lieben Gott für's übrige sorgen läßt. Wir leben in einer Welt, wo die Situation auf des Messers Schneide steht, wo es sich darum handelt, ob unsere Lebensweise, unsere Staatsform, unsere freiheitliche Gesellschaft überhaupt weiter existieren kann oder nicht. Daß sie es kann, ist noch gar nicht gesagt. Und wenn es so steht, und da es so steht, so kann die Sicherung alles dessen, was uns teuer ist, nicht ohne Opfer durchgeführt werden.

Man muß Opferbereitschaft haben, man muß bereit sein, weitgehendere Ziele voranzustellen und unmittelbare Nachteile dafür in Kauf zu nehmen. Diese Opferbereitschaft im eigenen wohlverstandenen Interesse ist geradezu der Prüfstein, ob es denen, die diesen Standpunkt vertreten, damit ernst ist, oder ob das nur ein Vorwand ist, um ihre eigensüchtigen Interessen zu verdecken. Solange die Wirtschaftspolitik mit ihren nächsten Interessen übereinstimmt, ist es kein Kunststück, sie zu bejahen, das tut natürlich jeder gerne. Aber die Probe aufs Exempel, ob er wirklich und ehrlich Prinzipien vertritt, die ergibt sich dann, wenn der Weg sich gabelt und wenn man auf unmittelbare Vorteile verzichten muß. Anders werden sie niemals die geringste Aussicht haben, diesen ihren Standpunkt durchzusetzen und diese ihnen, wie sie doch selbst sagen, teure Lebensordnung zu retten. Wenn sie ihnen wirklich teuer ist, so sollen sie es sich auch etwas kosten lassen.

Meine Damen und Herren! Wir, die wir für Soziale Marktwirtschaft eintreten, tun das also nicht nur, weil sie nachweislich die bei weitem ergiebigste Wirtschaftsordnung ist, die Wirtschaftsordnung, die an Produktivität allen anderen weit überlegen ist, sondern weil es die einzige Wirtschaftsordnung ist, die mit politischer Freiheit, mit menschlicher Würde vereinbar ist, die einzige, auf die sich auf die Dauer eine demokratische Staatsform stützen kann. Und das war das Thema meines Vertrages.

33

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT

Wahre Demokratie mit persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft). Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Sicherheitsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten.

Die soziale Marktwirtschaft kann nicht mit Einzelmaßnahmen erreicht werden, die zumeist unter den wechselnden und sich täglich wandelnden politische und wirtschaftlichen Konstellationen von Macht- und Interessengruppen stehen. Auf diese Weise kann eine grundsätzliche, über den Tag hinaus gültige Ordnung nicht errichtet werden.

Wir fordern deshalb ein Grundgesetz der Wirtschaft, das von den gesetzgebenden Körperschaften als Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft zu erlassen ist:

I.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem unbehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen.

Die soziale Marktwirtschaft wird als Wirtschaftsordnung auf gesetzlicher Grundlage errichtet, die staatlichen Organe enthalten sich jeden Eingriffs in den Ablauf der einzelnen Wirtschaftsprozesse innerhalb dieser Ordnung. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währungsverwaltung ist verpflichtet, die Währung der Bundesrepublik so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben. - Das Bundesbankgesetz regelt die Einzelheiten.

2. Der freie und unbehinderte Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz
- 77 -

des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole (Bodenmonopol) sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und steigender Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden. - Das Antimonopolgesetz regelt die Einzelheiten.

3. Die Bundesrepublik deckt ihren Finanzbedarf ausschließlich aus direkten Steuern auf die verschiedenen Formen der Einkommen.

Die Länder, Kreise und Gemeinden decken ihren Finanzbedarf durch Zuschläge zu diesen Bundessteuern.

Bund, Länder und Gemeinden sind mit Zustimmung der Parlamente berechtigt, auf dem freien Kapitalmarkt für besondere Zwecke Anleihen aufzulegen. - Die Große Steuerreform regelt die Einzelheiten

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung und der freien Preisbildung. Die Freiheit der Märkte ist durch Gesetz zu sichern.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Sie erläßt keine Ein- und Auswanderungsbestimmungen, erhebt keine Zölle und zahlt keine Subventionen. Die Devisenzwangswirtschaft ist aufzuheben, der Wechselkurs der Währung der Kaufkraftparität zu überlassen.

II.

Die Bundesregierung wird ermächtigt und verpflichtet, innerhalb von drei Jahren, gerechnet von der Verkündung des Grundgesetzes der Wirtschaft an

1. Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die dieses Gesetz erfüllen

2. Alle Gesetze und Verordnungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft zu setzen.

Die Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft erhält verfassungsrechtlichen Charakter, um den im Grundgesetz formulierten Menschenrechten einen realen Inhalt zu geben.

- 78 -

16. Das Programm der Freiheit, 1952

- Begrüßung: Paul Diehl
- THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFT (ASM)

mit einem Kommentar von Ludwig Erhard

ERNST WINKLER • FRANZ BÖHM • FRITZ HELLWIG

WOLFGANG FRICKHÖFFER • GEORG STRICKRODT

OTTO LAUTENBACH

DAS PROGRAMM DER FREIHEIT

Wortlaut der Vorträge, die auf dem
Bundestag des Freiwirtschaftsbundes am 6. und 7. November 1952
in Heidelberg gehalten wurden

VITA-VERLAG BAD NAÜHEIM

INHALT:	Seite
Begrüßung: Paul Diehl	7
Grundriß einer sozialen Marktwirtschaft: Ernst Winkler	11
Der vollständige Wettbewerb und die Antimonopolgesetzgebung: Franz Böhm ..	23
Marktwirtschaft und Mitbestimmungsrecht: Fritz Hellwig	57
Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform: Otto Lautenbach	79
Überwindung der Wohnungszwangswirtschaft: Wolfgang Frickhöffer	95
Organische Steuerreform: Georg Strickrodt	117
Erste Diskussion	149
Die politische Verwirklichung: Otto Lautenbach	153
Zweite Diskussion	169
Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung	173
Schlußwort: Otto Lautenbach	177

BEGRÜSSUNG

Paul Diehl

Meine Damen und Herren! Ich eröffne hiermit den Bundestag iv1 1952 des Freiwirtschaftsbundes und heiße Sie alle herzlich willkommen. Wir haben im vergangenen Jahr auf unserem Bundestag Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft erarbeitet, die Ihnen unter dem Namen „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ bekannt geworden sind. Es war nicht möglich, im Laufe dieses Jahres diese Thesen zur Grundlage der Gesetzgebung zu machen, obgleich in verschiedenen Ministerien die „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ in ihren Prinzipien anerkannt worden ist, und eine ansehnliche Reihe von Abgeordneten des Bundestags ihre Sympathie für eine solche Gesetzgebung aussprach. Vorwiegend haben sich die Herren darauf berufen, im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen könne eine solche Gesetzgebung nicht mehr durchgesetzt werden. Darum erscheint es uns um so wichtiger, auf dieser Grundlage in den Streit der Meinungen einzugreifen, um in den kommenden Monaten diese entscheidenden Fragen zu klären, damit sie Richtlinien für das politische Handeln ergeben können. Ich hoffe, daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, für eine solche Aktion einen guten Start zu finden.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie als Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Verwaltung, der Wirtschaftsverbände und der Kammern auf das herzlichste. Wir bedauern, daß kein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu uns gekommen ist, denn es wäre sicher fruchtbar gewesen, sich mit ihnen in sachlicher Weise auseinanderzusetzen. Mit besonderem Dank begrüßen wir unsere Gastreferenten, die sich für einen Vortrag aus ihrem Tätigkeitsbereich zur Verfügung gestellt haben, und auf diese Weise an unseren Zielen mitarbeiten:

Herrn Prof. -Dr. Franz Böhm, von der Universität Frankfurt,
Herrn Dr. Fritz Hellwig vom Industrie-Institut in Köln, und
Herrn Finanzminister a. D. Dr. Georg Strickrodt.

Meine Damen und Herren! Ein „Programm der Freiheit“ zu entwickeln und schließlich in die Tat umzusetzen, ist das letzte Ziel des Freiwirtschaftsbundes. Wenn man die heutige Welt-situation mit offenen Augen betrachtet, bedarf es keiner Rechtfertigung dieser unserer Zielsetzung. Kaum jemals seit den Zeiten der Verkündung der Menschenrechte stand die Freiheit der Persönlichkeit geringer im Kurs als in unseren Tagen. Gleich der versengenden Lava eines Vulkans ergießt sich die Woge der Unfreiheit aus dem riesigen Eruptionsherd des Ostens nach allen Seiten, jedes individuelle Leben vernichtend, die Eigenständig-

keit der Völker bedrohend. Und überall beobachten wir eine gefährliche Neigung bei den bedrohten Völkern, jenen verheißungsvollen Parolen Gehör zu schenken. Der Westen aber hat es nicht verstanden, die ihm z. T. einst hörigen Völker gegen die trügerische Heilsbotschaft jener neuen Erlöser zu immunisieren. Die Sünden der Väter beginnen sich zu rächen. Die besondere tragische Situation unseres eigenen Vaterlandes ist uns dabei ein immerwährender Kummer. Die Frage, ob wenigstens das noch freie Deutschland ausreichend gewappnet ist - ich denke und meine dabei geistig gewappnet - gegen jene Infiltration aus dem Osten, können wir leider nur verneinen. Im großen gesehen stellen wir eine erschreckende Indolenz gegenüber den Möglichkeiten der Freiheit, etwa bei den Parteien, den politischen Wirkorganen der Nation, fest. Sie sind in ihrer überwiegenden Mehrheit beherrscht von einem kaum zu erschütternden Glauben an die Allmacht des Staates als Helfer und Richter, als Planer und Versorger. Das Vertrauen auf die Bewährung der eigenen Kräfte im Menschen im Lebenskampf ist subjektiv und objektiv in bedenklichem Schwinden begriffen. Dem Staate werden als Wirtschaftler und Unternehmer Aufgaben überlassen und Zugemutet, die allein im freien Spiel der Kräfte zweckmäßig zu lösen sind. Dies führt zwangsläufig zu Fehldispositionen in der Wirtschaft, deren notwendige Korrekturen immer aufs neue den Gesetzgeber auf den Plan rufen. Ein durch Überorganisation charakterisierter Pseudosozialismus hat damit Platz gegriffen, wie er sich am erschreckendsten wohl in der völlig in die Sackgasse geratenen Wohnungsbewirtschaftung dokumentiert Und daß man noch keineswegs gewillt ist, diesen verhängnisvollen Kurs auf-

-8-

zugeben, dafür scheint mir der kürzliche Wahlsieg des radikalen Flügels der Gewerkschaften ein nicht mißzuverstehendes Symptom. Wo wir aber noch Parteien finden, die die Idee der Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, dort stellen wir eine in den Tagesaufgaben sich erschöpfende Interessenpolitik fest, ohne eine weitschauende, wissenschaftlich fundierte Programmatik. Kein Wunder, daß deren werbende Kraft außerordentlich gering ist. Unsere Hoffnung aber, die Verteidiger der Freiheit dort zu finden, wo sie ehemals immer ihre Heimstätte hatte - bei der Jugend -, ist ebenfalls bedenklich geschmälert. Gerade bei ihr beobachten wir heute ein nüchternes Zweckdenken, und daraus entspringend eine Abkehr von allen geistigen Interessen, die sie in außerberufliche Sphären, insbesondere in die des politischen hineinführen könnte. Wir konstatieren vor allem, daß ihr in ihrer Mehrheit die Freiheit ein geringeres Anliegen bedeutet als die Sicherheit, die Sicherheit ihrer Existenz. Eine Entwicklung, eine Tatsache, die wir auch allgemein im ganzen Volk beobachten: der Staat als Versorger und Betreuer, der Glaube an diesen Staat, der wie eine Seuche das ganze Volk durchsetzt und ergreift. Und betrachten wir zum Schluß jene Kategorie unter den Berufsgruppen, der die Freiheit, die freie Wirtschaft, die per-

sönliche Freiheit als solche das eigentliche Lebenselement bedeutet - ich meine das freie Unternehmertum -, so ist auch hier Bedenkliches zu konstatieren. Das freie Unternehmertum stellt in der Tat heute, sofern es als geschlossene Macht in Erscheinung träte, das einzig wahre Gegengewicht gegen die freiheitsfeindlichen Tendenzen der Zeit dar. Allein wir sehen es in kleine und kleinste Interessengruppen zersplittert, im Gegensatz zu ihren planerisch orientierten Gegenspielern, ohne eine aufs Ganze gerichtete Konzeption, die zielklar ausgerichtet, nicht nur ihrem eigenen wahren Interesse, sondern auch dem der Allgemeinheit dienlich wäre. Eine solche Konzeption aber, meine Damen und Herren, finden Sie im Programm des Freiwirtschaftsbundes. Seine Bedeutung braucht nach dem Gesagten hier kaum noch unterstrichen zu werden. Der Arbeit an einem wesentlichen Teil dieser unserer Zielsetzung soll die diesjährige Tagung dienen. Möge ihr ein guter und in die Breite wirkender Erfolg beschieden sein.

- 9 -

THESEN FÜR EIN GRUNDGESETZ DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist. Es hat sich gezeigt, daß die einzelnen Fragen wie das Notenbankgesetz, die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, das Kartellgesetz, die Steuerreform, die Wohnungswirtschaft und unzählige Einzelgesetze für wirtschaftliche Teilfragen mehr und mehr unter die wechselnden Konstellationen des Tages gerieten und zum Tummelplatz der Interessengruppen wurden, die sich einmal mehr und einmal weniger durchsetzten.

Es wird oft übersehen und weit unterschätzt, daß diese Entwicklung den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft ständig verstärkt, die Demokratie unterhöhlt, so daß unsere Gesellschaftsordnung Zug um Zug dem Kollektivismus verfallen muß.

Diese Gefahr kann durch die soziale Marktwirtschaft als Wettbewerbsordnung überwunden werden. Die soziale Marktwirtschaft

kann indessen nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern ihre Verwirklichung erfordert, daß die Wirtschaftsordnung als ein in sich geschlossenes Ganzes gesetzt wird.

Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft als freie Wettbewerbsordnung:

Dieses Bekenntnis soll die Bundesregierung verpflichten, in angemessener Frist alle Gesetze und Verordnungen, die ihm widersprechen, Zug um Zug aufzuheben und alle, die zu seiner Erfüllung notwendig sind, zu erlassen.

- 173 -

Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unabdingbar eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft); Demokratie und Zentralverwaltungswirtschaft sind unvereinbar.

Die vollendete soziale Marktwirtschaft ist imstande, den Lebensstandard zu erhöhen, die Kriegsfolgelasten leichter zu tragen, den Lastenausgleich durchzuführen und den Verteidigungsbeitrag ohne Beeinträchtigung des gegenwärtigen Lebensstandards zu leisten. Unter allen denkbaren Wirtschaftsformen ist die soziale Marktwirtschaft diejenige, welche durch den unbehinderten Wettbewerb höchstmögliche Löhne, Gehälter und Einkommen für alle wirtschaftlich Tätigen, niedrigst mögliche Preise für die Verbraucher verwirklicht, und zwar wird dies in einem Ausmaß und Tempo geschehen, das heute noch von vielen als utopisch angesehen wird.

Wir fordern deshalb:

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die *Währung* der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.
2. Der *freie Leistungswettbewerb* ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; so lange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Ka-

pitalbildung nicht erliegen, ist ihr Entstehen durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die *Große Steuerreform* wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die *Märkte für alle Waren und Dienstleistungen* (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen

- 174 -

ausschließlich der freien Vereinbarung auf der freien Preisbildung.

5. Der *Kapitalmarkt* ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. - Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das *Mitbestimmungsrecht* der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen *Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren- und Dienstleistungen*. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist so lange freizugeben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungsunion (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.

VORSTAND:

Vorsitzer: Otto Lautenbach, Herausg. der „Blätter der Freiheit“, Heidelberg; stellvertretende Vorsitzende: Wilhelm Blum, Direktor, Frank'sche Eisenwerke AG, Adolfshütte, (Niederscheid, Dillkreis); Dr. Johann Lang, Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes (Schulze-Delitzsch) e. V., Wiesbaden. - Walter Hoch, Druckerei Martin Hoch, Ludwigsburg; Dr. G. W. Kalbfleisch, Rechtsanwalt, Gießen; Dr. Alexander Meier-Lonoir, Rechtsanwalt und Notar, Wiesbaden; Heinrich Schwab, Firma Heinrich Schwab, Import-Großhandel, Gießen; Prof. Dr. Ernst Winkler, München-Gräfelfing.

BEIRAT:

Prof. Dr. Paul Diehl, Bürgermeister, München-Grafelfing; Walter Großmann, Rektor a. D., Hanau; Dr. Hans Jlau, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Franz Böhm, Frankfurt; Adolf Lindenkohl, Bankkaufmann, Göttingen; Dr. Oswald Mirbach, Bankhaus Vogeler & Co., Düsseldorf; Dr. Volkmar Muthesius, Wirtschaftsjournalist, Frankfurt; Universitätsprofessor Dr. Alexander Rüstow, Heidelberg; Dipl.-Kaufm. K. K. Schürer, Wirtschaftsprüfer, Coburg; Dr. med. H. H. Vogel, Bad Liebenzell.

Zur Verwirklichung des Programms der Freiheit haben sich Frauen und Männer aus allen Ständen in der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft zusammengeschlossen.

- 175 -

Besorgt sehen wir in die Zukunft, weil der totalitäre Machtanspruch der Planwirtschaftler mit unverminderter Schärfe geltend gemacht wird, während die Vertreter der freien Wettbewerbsordnung, in die Defensive gedrängt, von einem Kompromiß in den anderen schlittern und dadurch die soziale Marktwirtschaft mißkreditieren.

Der Bundesminister für Wirtschaft, *Prof. Dr. Ludwig Erhard* hat in einem ¹⁴Telegramm vom 23. 1. 53 die Gründungsversammlung begrüßt:

„Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Wir wollen das Programm der Freiheit in populärer Form in das Volk hineinragen. Die Diskussion dieser Fragen in den Kreisen von Sachverständigen und Verbänden kann keine positiven politischen Ergebnisse erzielen, weil die große Mehrheit des Volkes keine blasse Ahnung davon hat, was eine soziale Marktwirtschaft zu leisten vermag. Wir müssen die soziale Marktwirtschaft offensiv vertreten. Das Maß unserer aktiven Aufklärungsarbeit hängt davon ab, wie weit der Kreis der aus innerer Überzeugung für die soziale Marktwirtschaft Arbeitenden gezogen werden kann und welche Mittel ihm zur Verfügung stehen. Die Zeit drängt.

14 Hervorhebung durch größeren Zeilenabstand und größerer Schrift durch TA.

Wir rechnen auch mit Ihrem Entschluß, ideell und materiell
in unserem Kreis für die Verwirklichung des Programms der
Freiheit mitzuarbeiten, wozu wir Sie herzlich und dringend
einladen.

- 176 -

(Kommentar eines damaligen Akteurs dazu in Dokumentation 7 zu Agenda Niedersachsen 2001 2. Teil. TA)

Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

eMail *Abromeit@T-online.de*

An die
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages

Offener Brief vom 1. Mai 2001

Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

Inhaltsverzeichnis / Offener Brief

1. Abschnitt

1.	Einleitung.....	1
2.	Ein neuer Ministerpräsident verändert die Situation unwesentlich.....	2
3.	Das politische Profil Niedersachsens ist so flach wie die Marsch.....	3
4.	Wehrt Euch.....	4
5.	.. nach gründlicher Debatte.....	4
6.	Seid bereit!.....	4
7.	Über die Schwierigkeit der thematischen Eingrenzung / Charles Reich.....	5
8.	Seneca und die Mitscherlichs.....	6
9.	Die Fülle der Information ohne Handlungsperspektive kann erdrücken.....	8
10.	Das isolierte Denken führt leicht zum Unsinn.....	9
11.	Anregung für Parlamentarier, die sich nur in den Grenzen etablierter Bildungspolitik auskennen.....	9
12.	Widerspruch bei Rousseau.....	10
13.	Pädagogen mit dem Blick für die Gesellschaft.....	10
14.	Warum „profitiert“ die Politik nicht von so vielen klugen Menschen.....	11
15.	Verhinderung von Freiheit durch Betrug und Selbstbetrug.....	11
16.	Die zornigen alten Männer.....	14
17.	Freie Bildung und freie Gesellschaft nicht mit beliebiger Struktur.....	15

18.	Mein Lese-Ertrags-Filter.....	16
19.	Zu der Text-Dokumentation von Nr. 1 bis 15.....	16

2. Abschnitt

20.	Die Einstimmung mit Bundeskanzler Schröders Mahnung.....	18
20.1	Der Kanzler hat recht und irrt doch, wenn er erst bei Hitler anfängt!	18
20.2	„Im Gespräch - Rolf Wernstedt“.....	21
20.3	Die „10 mal 100“ von Ministerpräsident Gabriel.....	23
20.4	Joschka Fischer und Rupert Scholz.....	24
20.5	„Aufmüpfigkeit vermisst“.....	26
20.6	„Der schwarze Goethe-Freund“.....	28
21.	Über meine Wert- und Einschätzung meiner Adressaten.....	30
21.1	Versuch einer thematischen Annäherung.....	30
21.2	Der gute, böse Parlamentarier bzw. die gute, böse Parlamentarierin.....	33
21.3	Zum Thema Verfassungsfeindlichkeit der Verfassungorgane.....	35
21.4	Ein paar Anmerkungen zum Grundgesetz.....	37
21.5	Die europäische Grundrechte-Charta ist eine Verfassungsfrage.....	43

3. Abschnitt

22.	Wurde BSE medienmäßig aktiviert, um eine „Marktbereinigung vornehmen zu können?.....	44
22.1	Gängige Landwirtschaftspolitik schafft Verantwortungslosigkeit.....	44
22.2	Die eigene Sympathie für die Landwirtschaft.....	44
22.3	BSE als Mittel der „Marktbereinigung“?.....	45
22.4	Die Verbraucher haben richtig reagiert.....	45
22.5	Was den Bauern recht ist, ist den Bauunternehmern billig.....	45
22.6	Zwiespältiger Status der Landwirtschaft.....	46
22.7	Weniger Fleisch ist viel gesünder.....	47
22.8	Fleisch - ein Stück vom lebendigen Wesen.....	47
22.9	Alternativen zur Rindfleischvernichtung.....	48
23.	Über den Umgang mit politischen Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und 'Leitkultur'.....	49
24.	Einwanderung, Multikultur und die Vielfalt als Schöpfungsprinzip.....	64
25.	„Ein politisches Signal für die Familie“.....	75
26.	Das Rabattgesetz wird aufgehoben.....	81
27.	„Es gibt kein Recht auf Faulheit“.....	82
28.	„Berlin fürchtet um deutsches Kartellrecht“	86

4. Abschnitt

30.	Die Mängel in der Ökonomietheorie als Ursache für Drangsal, Tod und Verderben.....	88
30.9	Magna Charta der soziale Marktwirtschaft.....	106
31.	Die Mängel in Bildung, Kunst und Kultur	116
31.6	„Gabriel will Kindergeld in Anschaffung von Computern lenken“	120
32.	Kurze Anmerkung zur Berufsbildung.....	131
33.	Die Erwachsenenbildung.....	135
34.	Das Gesetz zur Hochschulreform in Niedersachsen.....	137

5. Abschnitt : Ausklang - Aufbruch statt Resignation

35.	Der Weg in die Zukunft.....	142
36.	Mögliche künftige Strukturen und Institutionen.....	144
37.	Schlußworte.....	147
1. Mai / Nachträge:	148

- a) In eigener Verantwortung
- b) Tag der Phrasendrescher
- c) Röpke / Vater und Sohn Eucken
- d) ... nicht nur eine Babyklappe, sondern auch eine Buchklappe?

- Ende: Seite 151 -

Anmerkung zur Gliederung und zum Inhaltsverzeichnis für den Brief

Ein Brief ist im allgemeinen nicht gegliedert und sicher auch nicht bis ins Detail im Voraus durch geplant. Ich hatte der einfacheren Bezugnahme wegen eigentlich nur vor, die einzelnen Absätze mit einer Textziffer zu versehen und hin und wider ein Stichwort als Zwischenüberschrift zu setzen. Ich bekam aber Schwierigkeiten mit der automatischen Aufzählung des Schreibprogramms, die ich nicht abstellen konnte. Zwischendurch habe ich dann gewohnheitsmäßig Textzusammenhänge durch Untergliederungsziffern zu kennzeichnen versucht. Die Einfügung von Zwischenüberschriften habe ich auch nicht konsequent durchgehalten. Das Ergebnis ist für mich sehr unbefriedigend. Ich bin zeitlich aber nicht in der Lage, eine neue Numerierung oder Gliederung in den Text einzuziehen. Wer sich ernsthaft mit dem Text auseinandersetzen will, wird auch mit der Vorhandenen Kennzeichnung auskommen. Und wozu gibt es Textmarker?.

XXXXXXXXXXXXXX

Inhaltsverzeichnisse Dokumentationen 1 - 15

XXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 1

Seite 1 - 39

Auszug aus: ***Die zornigen alten Männer***

Rowohlt, 1979

<i>Inhalt:</i>	<i>Seite</i>
• Axel Eggebrecht, Vorwort (S. 7).....	2
• Ossip K. Flechtheim, Blick zurück im Zorn, Westdeutschland 1945 bis 1960 (S. 29)....	5
• Eugen Kogon, <i>Dreißig Jahre - wohin?</i> (S. 71)	8
• <i>Gespräch mit Heinrich Böll</i> (S. 104)	13
• <i>Wolfgang Abendroth</i> , Haben wir «Alten» noch etwas zu sagen? Sind wir zornig?(143)..	14
• <i>Walter Fabian</i> , Versagen wir zum zweitenmal? Die Bildungsreform, zum Beispiel (165)...	14
• <i>Heinrich Albertz</i> , Über die Aufrichtigkeit in der Politik (S.193).....	22
• <i>Gespräch mit Wolf Graf von Baudissin</i> (S. 203)	24
• <i>Fritz Sänger</i> , <i>Gefährdete Meinungsfreiheit</i> (S. 225)	26
• <i>Bernt Engelmann</i> , Die Deutschen Ein Volk der Dichter und Denker (S. 241)	28
• <i>Jean Améry</i> , In den Wind gesprochen (S. 258).....	28
• <i>Über die Autoren</i> (S. 280)	34

XXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 2

Seite 1 - 14

Auszug aus *Das Erbe Adenauers* von Rüdiger Altmann, Seewald Verlag, 1960

XXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 3

Seite 1 - 43

Auszüge aus:

Seite

Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft“

Reiner Opitz

Sonderdruck aus „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 9/1965 2

Auszüge aus:

Wohlstand für alle

Ludwig Erhard

Eccon Verlag 195715

Franz Oppenheimer / Lebenserinnerungen

Geleitwort von Ludwig Ehrhard 34

25 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Tagung der Ev. Akademie Loccum 1972, Zeitungsberichte 36

Zehn Verpflichtungen zur Bekämpfung der Armut 1995 42

Benda: Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsverfassung vor 43

XXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 4

Seite 1 bis 38

Ganze Texte oder Auszüge aus:

Seite

- Währung und Wirtschaft Hrsg. Ludwig Erhard u.a.
 - Geleitwort 2
 - Buchbesprechung „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Silvio Gesell 4
- Oswald Hahn: In Memoriam Silvio Gesell 6
- Die neue Soziale Ordnung 8
- Das freiwirtschaftliche Manifest 1932 9
- Freiwirtschaftsbund / Das Programm von Pfingsten 1943 10
- Das Programm der Freiheit / Auszüge / Wurzel der

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	15
• Anzeigentexte Ludwig Erhard / Karl Schiller aus der HAZ 1972	21
• Brief an Erhard und Schiller	25
• Manifest der SG formuliert von Karl Walker	28
• Auftakt zur großen Denkpause /von Karl Walker aus: SG Kommentare	33
• Meine persönliche Begegnung mit Karl Walker / von Hanns Linhardt aus der Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker am 5. 12. 1975	35

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 5

Seite 1 bis 37

	Seite
<u>Beiträge und Auszüge</u> aus Texte von:	
Fritz Penserot: „Die Verwirklichung der Gerechtigkeit in Freiheit“	2
Erich Reigrotzki: Thesen zum Thema „Institutionsabsolutismus“	10
Erich Reigrotzki: Freie Gesellschaft - Ihr notwendiger Wirkraum und ihr notwendiger Gegenpol	12
Seminar für freiheitliche Ordnung: Wir brauchen einen eigenständige Sozialwissenschaft der Kultur	16
Ralf Dahrendorf: Demokratie aus der Basis	17
Fritz Bauer: Die neue Gewalt	28

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 6

Seite 1 bis 39

<u>Aussagen zur freiheitlichen Bildungspolitik und Pädagogik</u>	Seite
Silvio Gesell: Die Privatisierung des Lernens (1927)	2
Hinweis auf die „Zeitschrift für Sozialökonomie“	5
Aktion mündige Schule <u>aktuelle</u> Beiträge aus dem Internet:	
- Änderung des Artikels 8 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein mit Begründung	6
- Henning Kullak-Ublick: Freie Schule und staatliche Finanzierung - ein Widerspruch	10

- Rudolf Steiner zu - Waldorfschule Dreigliederung	12
- Henning Kullak-Ublick: Wie man seinen Hund zum Jagen trägt gibt es eine „mündige Schule“?	16
- Denken über Schule, Staat und Freiheit / Zitate	19
Wichtige „Erinnerungsposten“	22
Eine Denkschrift von Deinem Kind	34
Helmut Creutz: Haken krümmt man beizeiten / Kahlil Gibran: Deine Kinder	37
((Siehe auch Dokumentation <u>1</u> : > Walter Fabian, Seite 14 und <u>14</u> : > Peter Kafka, Schlußteil))	

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 7 Seite 1 bis 25
Seite

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)

Aus ASM Bullintin 1/92 erste und letzte Seite	2
---	---

Ernst Winkler: Freiheit - oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbe- wegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ (Auszüge).....	5
--	---

Werner Zimmermann: Über das Trauma der Sozialdemokratie..	21
---	----

XXXXXXXXXXXX

Dokumentation 8 Seite 1 bis 37
Seite

Innentitel: Marktwirtschaft und soziale Verantwortung
Sammelband zur Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in der
Evangelischen Akademie Loccum vom 6. - 9. Okt. 1972

herausgeben von Bodo B. Gemper in Verbindung mit der Ev. Akademie Loccum 2

Ludwig Rosenberg

(Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1962-1969):

Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft

(aus Sammelband Seite 160 - 171)..... 3

Wolfgang Frickhöfer

(Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft)

Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung

Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft

- Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -

(aus Sammelband Seite 296 - 309) 15

Die neue Ordnung, Übersicht der Ausgabe 3/1993 29

Horst Friedrich Wünsche

(Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn)

Soziale Marktwirtschaft und der Rückfall

des Neoliberalismus in den Harmoniegläubigen (aus *Die neue Ordnung*) 30

Innentitel der *Fragen der Freiheit* Folge 256 daraus Schematische Darstellungen

der Neoliberalismen aus Beitrag von Andreas Renner

(Walter Eucken Institut, Freiburg) 37

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 9

Seite 1 bis 72

(Eigene Texte, die im Zusammenhang mit Parteiarbeit entstanden sind.)

Seite

LSP / Mitteilung an die Presse (4) 17.4. 68 // Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke
und die dadurch ausgelösten Demonstrationen 2

LSP / Mitteilung an die Presse (11) 5. 10. 68 // Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD 3

LSP / Mitteilung an die Presse (13) 3.11. 68 // Aktionsbündnis Bundestagswahl 1969 5

Flugblatt für die Teilnehmer des Gründungskongresses 2. 11. 68 6

An die Parteifreunde, Ralf Dahrendorf, Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer / Anschreiben vom 11. 10. 1971 8

Offener Brief zum Thema Parteiprogramm vom Sept. 1971 9

PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD
im allgemeinen und in der FDP im besonderen ,Februar 1978 17

SEIN und WIRKEN der GLU, November 1978 30

Die Zukunft der Ökonomie // Tagung der Evangelischen Akademie Loccum im Mai 1984 - Protokoll-Hinweis 35

Diskussionsbeitrag, eigener 36

Dringlichkeitsantrag zur Situation der Arbeit, Bundesversammlung der GRÜNEN 1/83 in Sindelfingen 40

Alternativen, 10/83 41

Frieden schaffen! Aber wie? 10 / 83 45

„Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?“ Anmerkungen zu einer Dissertation, 9/84 47

Antrag zu Arbeitslosigkeit für die BDK der GRÜNEN 4 / 85 54

politische Begründung dazu, 6 / 85	55
Bei den Grünen tabu? (Deckblatt für das nachfolgende Info), 12 / 85	57
Wählerinitiative für oder gegen die Grünen, 12 / 85	58
Arbeitslosigkeit / Aktuelles Forum 1986 / Fragen an Lippelt, Rau, Schröder und Stock	64
Petition an den deutschen Bundestag, 6 / 87	69
Unzufrieden mit den Grünen: Acht haben den Austritt erklärt, 6 / 91	71

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 10

Seite 1 bis 44

Eigene Texte

mit Bezug auf betriebliche / gewerkschaftliche Arbeit und der Suche nach alternativen Lebensformen

Seite

„In diesem Betrieb steckt der Wurm“ (Jahreswechsel 1968 /69)	2
Antwort des Betriebsrates	7
Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwarts- forderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen?(3/70).....	9
Betriebseigener Kindergarten (Juli 1970)	21
Über die Ursachen des Unbehagens in den Unternehmen und in der Gesellschaft und über Maßnahmen zu ihrer Beseitigung (1972 (?))...23	
Personalversammlung 1976 - der Nord LB - Bereich Hannover	27
• Anhang: Über die Demokratisierung der Personalversammlung (1975)	36
Neuordnung des Bankwesens (März 1977)	39
Alternative Lebensformen ihr Verhältnis zur politischen Macht und ihre ordnungspolitische Bedeutung (1978)	41

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 11

Seite 1 bis 40

(eigene Texte im Zusammenhang mit der Bildungspolitik)

Seite

- Schreiben an den LFA der FDP für Kultur- und Bildungspolitik vom 5.1. 1972 Skizzen über die Grundlagen einer freien Bildungslandschaft	2
- Schreiben an den Nieders. Kultusminister Prof. Dr. Peter von Oertzen vom 26. 7. 73 Stellungnahme zum „Vorentwurf Niedersächsisches Schulgesetz“	6
- Hinweis auf die Schrift „Darauf kommt es an!“ < 1989 >	11
- Läßt sich die Pädagogik auf die Prozentrechnung reduzieren? (1975)	12

- Ein Schloß für die Grünen (1980)	14
-Thesen zur grünen Bildungspolitik (1984)	18
- Vom Modell Arbeiten und Lernen zum Modell Trainieren und Starten (1984)	20
- Hinweis auf die Schrift „Der Dritte Weg - NWO“ < 1980 >	27
- Neue Berufsqualifikationen für die Zukunft (Tagungsbeitrag) (1985)	28
- Hinweise auf die Schrift „Die freie Berufsbildungs-Assoziationen“ < 1982 >	29
- Den Wandel in der Erwachsenenbildung der DDR aktiv gestlten ... (6 / 1990)	30
- Die Zukunft der Erwachsenenbildung in den vereinigten Republiken Deutschland (3. Okt. 1990)	35
- Leserbrief: Zur Zukunft der Kreis-Volkshochschule (21. 9. 97)	37
- Brief an Kommunalparlamente: Umgestaltung der Rechtsform der KVHS (27. 11. 2000)	39

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Dokumentation 12

Seite 1 bis 72

(Stimmen von Verfolgten und anderen Zeitgenossen aus der Zeit vor und nach der NS-Katastrophe)

Seite

Paul Heinrich Diehl

Aufstieg oder Untergang?

Hrsg. Ernst Winkler, 1980, Sonderdruck von Fragen der Freiheit

(äußere Aufmachung der Schrift in Anlehnung an Veröffentlichungen der ASM)

aus: Teil II Wahrheit in der Bewährung gegen den Strom der Zeit

1. Paul Heinrich Diehl 10. 1. 1886 - 3. 1. 1976	2
2. Wohin führt uns der Nationalsozialismus, Nürnberg 1931	5
3. Deutschland ist tot ... Es lebe Deutschland Einführung von Winkler in das Folge-Kapitel	26

P. Laurentius Siemer OP

Die Schuld der Deutschen

- Ein Brief aus dem Jahre 1948 -

Aus: Das alte Kirchspiel Barssel , 1994 Bürger und Heimatverein Barbel 28 / 29

Sophie Goll

An die Spätgeborenen 36

Karl Walker

Ausschnitte aus: Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung

Anmerkungen von TA 38

Vorwort 39

Neue Politik 43

Nachtrag 53

Hinweise auf Hans R.L. Cohrsen und Bertha Heimberg64 / 65

Horst Bethmann

Sind die Deutschen nicht auch nur Menschen? 66

Carsten Lilge

Leben im Überfluß „Hitlers Geld“ Das Ende einer Legende (HAZ 24.10.98)72

(Themen: Pflegeversicherung / nördliches Ostpreußen / Litauen)

	Seite
• Die Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall! Artikel aus: <i>Der Dritte Weg 11/94</i>	2
• Brief an die AOK Stadthagen vom 20.2. 95 „Pflege-versicherungs-police“	4
• Von geheimen Gesprächen will weder Moskau noch Berlin etwas wissen - aus der HAZ vom 24.1. 01	7
• Leserbrief zum HAZ-Artikel vom 24. 1. 01	8
• Brief an Virgis Viningas in Litauen vom 17. 11. 94	10
• Wer ist Herr Erdmann? Welche Hilfe benötigt Litauen? Ostern 1995	15
• Brief an Menschen in Litauen vom 1. 5. 95	27